

Das Parlament

Berlin, 28. November 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 48 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

An der Spitze der Vermittler

Manuela Schwesig Die Sozialdemokratin ist vergangene Woche als Vertreterin der Länder zur Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses gewählt worden – ein Amt, das sie bereits in der vergangenen Legislaturperiode seit 2019 innehatte. Die frühere Familienministerin im Kabinett Merkel ist seit 2017 Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet sie, als sie lange an der umstrittenen Nord-Stream Pipeline festhielt, die in ihrem Bundesland nahe Greifswald anlanden sollte: Ein Fehler, wie sie nach dem russischen Angriff auf die Ukraine einräumte. Den Vorsitz im Vermittlungsausschuss teilen sich Bundestag und Bundesrat vierteljährlich. Als Vertreter für den Bundestag ist der CDU-Abgeordnete Hendrik Hoppenstedt gewählt worden (siehe auch Seite 9). *aha*



ZAHL DER WOCHE

800

Gesetze, über die zuvor im Vermittlungsausschuss verhandelt wurde, konnten seit 1949 verkündet werden. Auf der Strecke blieben 109. Am häufigsten, nämlich 100 Mal, wurde der Ausschuss in der verkürzten Wahlperiode 2002 bis 2005 angerufen.

ZITAT DER WOCHE

»Ein großer Erfolg des Föderalismus.«

Boris Rhein (CDU), hessischer Ministerpräsident, über den von Ampel und Union vorverhandelt und dann im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromiss beim Bürgergeld.

IN DIESER WOCHE

HAUSHALT
Verteidigung Wehretat profitiert vom Sondervermögen Bundeswehr Seite 11

EUROPA UND DIE WELT
Europa EU-Haushalt reagiert auf Energiekrise und Ukrainekrieg Seite 12

AKTUELL
Bundestag Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung Seite 13

KEHRSEITE
Ortstermin Fachgespräch mit Opfern der SED-Diktatur Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



4 194560 401004

Der Realitätscheck

GENERALDEBATTE Ampel und Opposition streiten über Bilanz des ersten Regierungsjahres

Es gehört zum Repertoire einer Politikerin und eines Politikers auf der Regierungsbank, beim Schlagabtausch im Parlament das Pokerface zu beherrschen. Da wird konzentriert eine Akte studiert (auf dem Deckel prangt gut sichtbar der Stempel „EILT“), geschäftig in der Tasche gekramt, besonnen mit dem Kabinettskollegen getuschelt oder aufmerksam eine E-Mail auf dem Handy gelesen. Es wird also alles getan – nur nicht dem Redner oder der Rednerin der Oppositionsfraktionen zugehört. Vermeintlich. Denn natürlich haben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen sehr wohl die Kritik an ihrem Regierungshandeln verfolgt. Und weil der Ton in der Generaldebatte durchaus auch mal rauer werden kann, mussten sich die Bundesminister und Staatsministerinnen ziemlich darin üben, ihr Pokerface zu wahren.

Bilanz Knapp ein Jahr nach der Konstituierung des Bundestags ist die Generalausprache in der Haushaltswoche, in der es formal um die Debatte über die Einzelpläne 04 (Bundeskanzleramt) und 22 (Unabhängiger Kontrollrat) geht, für die Ampelkoalition und die Oppositionsfraktionen die Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Während die Opposition der Koalition „handwerklich miserables Regierungshandeln“ (Friedrich Merz, CDU) bescheinigte, sie als „Zu-spät-Koalition“ und „Zu-wenig-Koalition“ (Dietmar Bartsch, Die Linke) bezeichnet oder ihr „dümmliche Besserwisseri“ (Alice Weidel, AfD) vorwarf, zeigten sich die Rednerinnen und Redner von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sehr zufrieden mit dem Geleisteten. Es seien „fast 100 Gesetze“ verabschiedet worden (Scholz), man „tue alles, um Entlastungen auf den Weg zu bringen“ (Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen) und „löst Versprechen ein“ (Christian Dürr, FDP). Die Debatte drehte sich wie erwartet um die alles dominierenden Themen des bald endenden Jahres: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Energiekrise, die hohe Inflation, die drohende Rezession und der immer weiter voranschreitende Klimawandel. Es ging um Solidarität mit und Waffenlieferungen in die Ukraine, die andauernde Aufarbeitung der Flutkatastrophe im Ahrtal, den Umgang mit der Gasknappheit und die Entlastungen für die unter den steigenden Energiepreisen leidende Gesellschaft und



Beindruckend unbeeindruckt: Kanzler Scholz (r.) und die Minister Habeck (M.) und Lindner (l.) tun so, als würden sie der Debatte nicht folgen.

Wirtschaft. Die Themen der Aussprache waren gesetzt. Deren Einschätzung hätte jedoch konträrer nicht sein können.

Zeitfenster So warf Friedrich Merz, der als Fraktionsvorsitzender der größten Oppositionsfraktion bei der Generaldebatte als Erster spricht, dem Bundeskanzler vor, er habe eine „historische Chance, unser Land zum Besseren zu verändern“ verstreichen lassen. Scholz habe das Zeitfenster, das sich mit seiner „wirklich bemerkenswerten Regierungserklärung“ im Frühjahr geöffnet habe, nicht genutzt, um das Land auf einen neuen Kurs zu bringen. „Sie hätten sagen müssen, dass die Zeitenwende nicht nur eine große Herausforderung für uns ist, sie ist auch eine große Chance, eine Chance, verkrustete Strukturen aufzubrechen, eine Chance, Bürokratie abzubauen, eine Chance, Prioritäten neu zu setzen“, sagte Merz. Eine solche Chance, so legte der CDU-Vorsitzende nach, werde Scholz

„nach menschlichem Ermessen“ nicht noch einmal bekommen.

Mit einem Verweis auf den Roman „Alice im Wunderland“ kontierte der Bundeskanzler seinen politischen Widersacher und unterstellte ihm eine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit: „Was in Wahrheit groß ist, das reden Sie klein, und umgekehrt. Was eigentlich passiert ist und wer dafür verantwortlich war, das alles verschwimmt. Und was zunächst logisch klingt, ist in Wahrheit blanker Unsinn.“

»Was in Wahrheit groß ist, das reden Sie klein, und umgekehrt.«

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)

Entlastungen Entgegen der Vorwürfe der Opposition sei die Regierung „eine, die handelt“, sagte Scholz weiter. Und zählte auf, was er damit meint: Die Einführung des Neun-Euro-Ti-ums, die Anhebung des Mindestlohns und des Wohn- und Kindergeldes, das Inflationsausgleichsgesetz, die Dezemberhilfe und die Gaspreiskapazität. „Diese Bundesregierung hat in zwölf Monaten mehr in Gang gebracht, umgesetzt und aufgeräumt, als in

den Regierungen der vergangenen zwölf Jahre möglich war“, sagte Scholz in Richtung Merz. In der Union hingegen stehe die Realität „auf dem Kopf“. Doch auch darüber, zu welchem Preis all dies möglich ist, gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Während die Regierungskoalition jubelt, dass die Schuldenbremse eingehalten werde, sprechen die Regierungskritikerinnen und -kritiker von einem „Schattenhaushalt“ (Bartsch) und der „Zerstörung unserer Wirtschaft“ (Weidel). In der Debatte über die Bilanz des ersten Jahres der Ampelregierung fielen so einige Superlative. Da war von den „bedeutendsten Reformen des Energiesektors“ (Scholz), von einem „historischen Erfolg“ (Dröge) und den „umfangreichsten Entlastungen“ (Dürr) die Rede, aber auch vom „teuersten Lügegebäude“ (Weidel), einem „großen Schulden-sack im Keller des Finanzministeriums“ (Alexander Dobrindt, CSU) und „den höchsten Preisen in Europa“ (Bartsch). Wer liegt nun richtig in der Bewertung einer Lage, die komplexer kaum sein könnte? Wie so oft liegt die Wahrheit wahrscheinlich irgendwo in der Mitte. *Elena Müller*

EDITORIAL

Gefühlte Wirklichkeit

VON CHRISTIAN ZENTNER

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) eine verschwommene Wahrnehmung der Wirklichkeit vorgeworfen. Die Suche nach der richtigen Wahrnehmung erscheint gerade als Herausforderung, nicht nur bei der Bewertung der Bundespolitik im Plenarsaal. Da gibt es auch die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar, die nicht mehr als Sportereignis, sondern als Politikum wahrgenommen wird. Statt den Toren auf dem Platz gehört die Aufmerksamkeit der für den Spitzensport zuständigen Innenministerin Nancy Faeser (SPD) mit One-Love-Armbinde auf der Tribüne. Viele Fußballfans reagieren auf diese WM ähnlich rat- und emotionslos, wie schon 2018 in Russland. Gefühlte fand das letzte Fußballfest in Brasilien statt, und wir sind immer noch Weltmeister. Trügerische Wahrnehmungen sind gefährlich. Dies betrifft nicht nur den Fußballstandort Deutschland, der übrigens in zwei Jahren eine Europameisterschaft ausrichten soll. Kein Gas mehr, Arbeitslosigkeit, Absturz: Gemessen an diesen düsteren Prognosen von vor einigen Monaten fühlt sich die Lage in diesen Novembertagen geradezu gut an. Der nun beschlossene Haushalt für 2023 zeigt aber auch die Bedrohung, denn die Lage wurde durch einen noch vor kurzem kaum vorstellbaren Schuldenberg erkaufte. Eine Folge: Der Bundestag musste im Haushalt 10 Milliarden Euro mehr für Zinsen einplanen, 39,8 Milliarden Euro gehen im Jahr 2023 an Deutschlands Kreditgeber, 2021 waren es noch 3,8 Milliarden Euro. Die Bundesregierung gibt damit künftig mehr Geld für Zinsen und Co. aus, als die Etats für Bildung und Forschung sowie Familie und Jugend zusammen zur Verfügung haben. Selbst die in einem Kraftakt von Finanzminister Christian Lindner (FDP) erreichte Einhaltung der Schuldenbremse im Haushalt kann mit Blick auf die wahre Lage trügerisch wirken. Die Bremse erlaubt schlicht mehr Schulden, je schlechter es dem Land geht. Welche Wahrnehmung denn jetzt die richtige ist, hängt also sehr vom Standpunkt ab. Was der Oppositionsführer als „unangenehme Wahrheiten“ formuliert, ist für den Bundeskanzler „blanker Unsinn“. Klar scheint aber eins: Der Sieger von Doha wird am Ende tatsächlich Weltmeister sein und die Schulden im Haushalt von heute müssen in Zukunft tatsächlich zurückgezahlt werden.

Ein Ja im zweiten Anlauf

BÜRGERGELD Bundestag und Bundesrat stimmen dem Kompromiss des Vermittlungsausschusses zu

Der Streit war von Beginn an heftig und gipfelte irgendwann in „fake news“-Vorwürfen (Koalition Richtung Union) und der Feststellung einer sprachlichen Radikalisierung (Union Richtung Ampel-Regierung). Seit die Bundesregierung ihren Entwurf für das Bürgergeld-Gesetz vorgestellt hatte, trommelten vor allem CDU/CSU dagegen an und es war klar: Die nötige Zustimmung im Bundesrat wird teuer. Nach der Annahme des Gesetzes durch den Bundestag am 10. November - die Uhr bis zum geplanten Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2023 tickte - war die Euphorie in den Koalitionsfraktionen verhalten. Denn in der Ablehnung des Bürgergeldes durch die Unionsfraktion deutete sich die Ablehnung ein paar Tage später im Bundesrat durch den Widerstand unionsgeführter Landesregierungen bereits an. Der Vermittlungsausschuss (siehe Seite 9) von Bundestag und Bundesrat musste also eine Lösung finden. Vergangene Woche wurde dieser Kompromiss nun viel schneller gefunden als erwartet. Am Freitag stimmte dann erneut der Bundestag und anschließend der Bundesrat dem geänderten Bürgergeld-Gesetz zu, mit dem die Ampel-Regierung das bisherige



Johannes Vogel (FDP), Katja Mast (SPD) und Britta Haßelmann (Grüne) nach der Einigung mit der Union vor der Sitzung des Vermittlungsausschusses

System der Grundsicherung (Hartz IV) hinter sich lassen und eine neue Vertrauenskultur etablieren möchte. Kritiker aus der Linksfraktion und von Wohlfahrtsverbänden haben daran nun noch mehr Zweifel also vor der Einigung. Die Union dagegen sieht sich darin bestätigt, dass das Bürgergeld nur ein „Update“ von Hartz IV ist, denn die ihr so wichtigen Sanktionen wurden wieder verschärft.

Unstrittig war stets, dass die Regelsätze in der Grundsicherung angesichts der Inflation schnell angehoben werden müssen: Das kann nun passieren: Der monatliche Regelsätze für eine alleinlebende Person steigt zum 1. Januar von 449 auf 502 Euro. Deutliche Abstriche musste die Regierung dagegen in anderen Punkten machen: Die sechsmontatige, weitgehend sanktionsfreie Vertrauenszeit zu Beginn des Bürgergeld-

Bezugs fällt weg. Statt nur um zehn Prozent sollen die Regelleistungen von Beginn an in Stufen um bis zu 30 Prozent gekürzt werden können. Die bisherige Karenzzeit von zwei Jahren wird auf ein Jahr verkürzt. In dieser Zeit soll die Angemessenheit der Wohnung und des Vermögens nicht geprüft werden. Das Schonvermögen bleibt künftig nur noch bis zu 40.000 Euro (statt 60.000 Euro) vor Anrechnung geschützt. Alle weiteren Haushaltsmitglieder dürfen mit 15.000 Euro nur noch halb so viel behalten wie ursprünglich geplant. SPD, Grüne und FDP betonten nach der Einigung, das Bürgergeld bleibe „ein großer Systemwechsel“, mit dem Fokus auf nachhaltige Vermittlung und Qualifizierung und nicht mehr auf schnelle Vermittlung in irgendeinen Job. Höhere Hinzuerwerbserleichterungen für die Bürgergeld-Beziehenden führen. *Claudia Heine*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ÜBERNIMMT SICH DER STAAT?

Für jeden ein Bailout

PRO



Thomas Sigmund, »Handelsblatte«, Düsseldorf

Die Bundesregierung hilft den Haushalten und Unternehmen. Getreu dem Kanzlermotto: „You'll will never walk alone“ gibt es inzwischen Rettungsaktionen für jedermann. Wie die Kosten gegenfinanziert werden, fragt kaum jemand. Warum auch. Pandemie, Krieg in der Ukraine und dann die Inflation – die Politik kann ihrer Lieblingsbeschäftigung nachgehen: die Bürger mit ihrem eigenen Steuergeld retten. Und der Bundesfinanzminister sekundiert: Der Staat kann sich das bei einer Schuldenquote von 70 Prozent auch leisten. Nur lenkt Christian Lindner damit von seinen Schattenhaushalten ab. Der Doppel-Wumms, also der Energie-Abwehrschirm, kommt nun zum Umwelt- und Klimafonds. Nicht zu vergessen das Sondervermögen für die Bundeswehr. So viel Intransparenz war nie. Das alles wäre noch hinnehmbar, wenn das Land im Aufbruch wäre. Wenn weniger gejammert, sondern umso mehr angepackt würde. Die Jusos schwadronieren aber lieber über die Drei-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Bürger stimmen schon lange mit den Füßen ab: ab in die Rente mit 63. Jedem sei das gegönnt nach einem langen Arbeitsleben. Doch Deutschland wrackt sich langsam aber sicher selbst ab. Die Staatsquote beträgt inzwischen fast 52 Prozent. Da begann bei Helmut Kohl der Sozialismus. Investitionen in Infrastruktur oder Bildung können schon lange nicht mehr mit den Sozialausgaben mithalten. Dann gibt es auch für jeden und alles einen Fördertopf und noch einen Deckel obendrauf. Von keinem Wirtschaftsverband hört man was dazu. Klar, wer will schon freiwillig die Pfote aus dem Honigtopf nehmen. Doch wenn es mit den Ausgaben so weiter geht, übernimmt sich selbst ein reiches Land wie Deutschland.

Faktisch geschenkt

CONTRA



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Es gibt keinen Grund zur Sorge: Für die Bundesregierung ist es mühelos möglich, die nötigen Schulden aufzunehmen, um die Bürger in der Energiekrise zu entlasten. Das zeigt die Reaktion auf den internationalen Finanzmärkten. Momentan muss der deutsche Staat Zinsen von nur 1,9 Prozent bieten, um einen zehnjährigen Kredit zu erhalten. Das ist faktisch geschenkt, denn die Inflation liegt hierzulande bei etwa zehn Prozent. Die Realzinsen betragen also derzeit minus acht Prozent. Oder anders ausgedrückt: Die Investoren sind bereit, einen Verlust von aktuell rund acht Prozent zu machen, damit sie ihr Geld beim deutschen Staat parken können. Da wäre es ziemlich dämlich, wenn der Finanzminister keine Schulden machen würde. Zudem ist es dringend nötig, dass der Staat eingreift: Die ärmeren Schichten könnten die stark steigenden Energiepreise sonst nicht stemmen. Es wäre aber zutiefst asozial, wenn viele Menschen im Winter frieren müssten, weil sie sich das Gas nicht leisten können. Auch bestünde dann die Gefahr, dass die Solidarität mit der Ukraine rasch endet und auf einen schnellen „Frieden“ gedrängt würde, so dass Angriffskriegler Putin sein Ziel doch noch erreicht, die Nachbarn zu unterwerfen. Falsch ist nur, dass die Bundesregierung das Geld nach dem „Prinzip Gießkanne“ ausgibt. Ob Tankrabatt oder Gaspreisbremse: Die Reichen profitieren besonders, weil sie große Autos fahren und große Villen bewohnen. Dabei sind die Wohlhabenden von der Inflation weit weniger betroffen als die Armen, weil sie nicht große Teile ihres Geldes für Lebensmittel und Energie ausgeben müssen. Statt über Schulden zu diskutieren, müsste das Motto also lauten: Weg mit der Gießkanne!

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Die Koalition hat es geschafft, im Bundeshaushalt 2023 haarscharf unter der grundgesetzlichen Verschuldungsgrenze zu bleiben. Die Opposition wirft Ihnen allerdings vor, Sie hätten einen haushaltsrechtlich fragwürdigen Trick angewendet, indem Sie hunderte Milliarden künftiger Schulden auf Sondervermögen verbuchen, bevor die Schuldenbremse ab Januar wieder greift. Was entgegenen Sie darauf?

Die Tatsache, dass man gezielte Ausgaben über Sondervermögen angeht, ist nicht von dieser Koalition neu eingeführt worden, sondern war auch in den Koalitionen mit der Union immer Bestandteil der Politik. Das ist oftmals auch sehr sinnvoll. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wenn man eine Naturkatastrophe hat und weiß, dass man für den Wiederaufbau danach eine Summe von mehreren Milliarden einsetzen muss, dann ist es transparent und richtig zu sagen: Wir setzen dafür die Schuldenbremse aus und verbuchen diese Kreditvermehrungen in einem Sondervermögen. Dann kann jeder sehen, wie viel aus dem Sondervermögen abgefließen ist, und die Schuldenbremse wurde einmalig ausgesetzt. Ich glaube, so ist die Norm der Verfassung auch gedacht, und daher finde ich alles rechtlich sauber, was wir machen.

Es hätte dennoch die Möglichkeit gegeben, um zusätzliche Mittel zu beschaffen, entweder die Schuldenbremse im nächsten Jahr nochmals auszusetzen oder Steuern für Spitzenverdiener zu erhöhen, wie es auch die sogenannten Wirtschaftsweisen empfohlen haben. Beides war aber mit Ihrem liberalen Koalitionspartner nicht zu machen. Schmerzt Sie das?

Wir haben einen Koalitionsvertrag geschlossen. Ein Koalitionsvertrag besteht immer aus einem Geben und einem Nehmen. Klar ist, dass wir in dieser Frage immer eine andere Position artikuliert haben als die FDP. Aber am Ende muss man sich auf das einigen, was man im Konsens hinbekommt. Insofern war die Frage, ob wir Steuern erhöhen oder ob wir die Schuldenbremse noch einmal aussetzen, im Koalitionsvertrag beantwortet und danach auch nicht mehr Bestandteil unserer Verhandlungen.

Nun haben Sie nicht nur keine Steuern erhöht, der Bundestag hat sogar umfangreiche Entlastungen für Steuerzahler beschlossen. Dafür gibt es fraglos gute Gründe, aber Ihnen als Haushälter hat das die Arbeit sicher nicht leichter gemacht.

Sicherlich nicht, aber es ist die einzige richtige Antwort auf die Krise. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir jetzt nicht das Geld in die Hand nehmen würden, um Bürgerinnen und Bürger, um Unternehmen zu entlasten, dann wären die Folgen wesentlich teurer. Wenn Arbeitsplätze im großen Stil verloren gehen, wenn Unternehmensexistenzen vernichtet werden, dann sind die Kosten für den Staat viel höher. Von daher ist das, was wir gerade machen, ökonomisch sinnvoll, auch wenn die Zahl momentan sehr groß ist.

Ihrer Fraktion liegt erklärtermaßen die soziale Gerechtigkeit besonders am Herzen. Sehen Sie dieses Anliegen im neuen Haushalt abgebildet?

Ja. Wir entlasten nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir entlasten nicht nur Unternehmer. Wir machen eine Riesen-Erhöhung des Kindergeldes, in der Woche der Bereinigungssitzung beschlossen und von uns direkt umgesetzt. Wir haben die Einmalzahlungen an Rentnerinnen und Rentner, an Studierende etatisiert. Wir weiten den Wohngeldanspruch massiv aus. Wir schaffen ein bundesweit einheitliches 49-Euro-Ticket. Alles das ist für die breite Mitte der Gesellschaft. Von daher: Ja, ich

»Einzig richtige Antwort«

DENNIS ROHDE Der Chef-Haushälter der SPD-Fraktion sieht im Haushalt 2023 Entlastungen für die breite Mitte der Gesellschaft



© Photothek

glaube, dass wir unsere Hausaufgaben an der Stelle gemacht haben.

Zu den Besonderheiten des Bundeshaushalts 2023 gehört, dass die Mittel für Investitionen gegenüber dem laufenden Jahr um fast 40 Prozent zulegen. Der Haushaltsausschuss hat hier zuletzt den schon hohen Ansatz der Bundesregierung noch einmal deutlich erhöht. Welche Überlegung steht dahinter? Wir haben sehr zielgerichtete Investitionen. Ein Beispiel: Wir investieren

1,5 Milliarden Euro zusätzlich in die Schienen-Infrastruktur. Wenn wir künftig CO2-neutraler reisen wollen, dann geht das nur, wenn wir Geld in die Hand nehmen, um die Schiene zu stärken. Zweites Beispiel: Wir investieren sehr gezielt in kommunale Einrichtungen, damit Schwimmbäder, damit Turnhallen im Energieverbrauch deutlich gesenkt werden. All das hilft uns zum einen, die Bauindustrie zu stabilisieren, es hilft aber auch, die Klimaschutzziele einzuhalten. Von daher glaube ich, das sind

sehr richtige Maßnahmen, die wir ergriffen haben.

Der Bundeskanzler hat im Frühjahr den Nato-Partnern zugesagt, dass Deutschland vom nächsten Jahr an zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Verteidigung bereitstellen wird. Im neuen Bundeshaushalt sinken aber die Mittel für militärische Beschaffung. Wie passt das zusammen?

Wir haben ein Hundert-Milliarden-Euro-Sondervermögen, das in den nächsten Jahren abfließen wird. Die Vereinbarung innerhalb der Koalition, übrigens auch mit der Union, ist, dass wir im Durchschnitt der nächsten Jahre das Zwei-Prozent-Ziel erreichen. Jeder, der mit den großen Investitionsvorhaben der Bundeswehr vertraut ist, weiß, dass man die nicht von heute auf morgen umgesetzt bekommt. Aber ich bin sehr optimistisch, dass wir eben auch mit dem Sondervermögen in den nächsten Jahren im Schnitt auf die zwei Prozent kommen werden.

Der Bund wird dem Haushaltsansatz zufolge im nächsten Jahr mehr als doppelt so viel Zinsen für seine Schulden zahlen müssen wie im laufenden Jahr. Und das ist wahrscheinlich erst der Anfang. Wie wollen Sie verhindern, dass diese Entwicklung außer Kontrolle gerät?

Es ist richtig, wir haben eine wesentlich höhere Zinsbelastung im Bundeshaushalt, wir hatten aber auch eine historisch niedrige Belastung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren. Am Ende setzen nicht wir die Zinsen fest, sondern die Zinsen ergeben sich aus der Marktsituation. Wir können nur heute dafür Vorsorge treffen, indem wir den Zinsansatz im Haushalt so etatisieren, wie er zu etatisieren ist.

In den letzten Jahren hat es mehrfach Nachtragshaushalte gegeben, zuletzt wegen der Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine, davor wegen Corona. Sollte im nächsten Jahr erneut zusätzliches Geld benötigt werden, werden Sie dann die Schuldenbremse doch aussetzen?

Erst einmal haben wir beschlossen, einen Haushalt unter Einhaltung der Schuldenbremse auf den Weg zu bringen. Kein Mensch weiß, was die nächsten Monate auf uns zukommt. Wir haben ja nicht nur eine Krise, wir haben drei Krisen, die gerade parallel laufen: Die Klimakrise, die Coronakrise und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ich bin guten Mutes, dass dieser Bundeshaushalt das nächste Jahr übersteht, aber klar ist auch: Wenn wir noch einmal handeln müssen, dann werden wir handeln.

Zum Schluss noch eine eher sportliche Frage: In der sogenannten Bereinigungssitzung, in der der Haushaltsausschuss letzte Hand an den Regierungsentwurf anlegt, haben Sie mit rund 18 Stunden einen neuen Rekord aufgestellt. Wie fühlt sich ein solcher Sitzfleisch-Marathon an?

Wir hatten viele Faktoren, die da hereingspielen, zum Beispiel viele namentliche Abstimmungen, die zu Unterrechnungen geführt haben. Wir werden sicherlich mit dem Präsidium über den Plenarablauf sprechen, damit wir das beim nächsten Mal besser hinbekommen. Ich glaube, auf 18 Stunden muss keiner stolz sein. Unser Ziel sollte sein, dass wir in Zukunft wieder etwas ökonomischer mit unserer Zeit umgehen.

Das Gespräch führte Peter Stütze.

Dennis Rohde ist haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Der 36-Jährige sitzt seit 2013 im Bundestag.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Hartnäckige: Victor Perli

Es gibt nur wenige Abgeordnete, für die Politik kein Herzblut bedeutet. Victor Perli aber ist einer, der mit einer besonders grundsätzlichen Leidenschaft Berufspolitik betreibt, und das liegt nicht nur an seinem Amt als „umverteilungspolitischer Sprecher“ der Linksfraktion im Bundestag – aber auch. Solch ein Begriff ist ein Auftrag. Es ist Haushaltswoche, den Abgeordneten liegen 3.289 Seiten Papier mit vielen Zahlen vor, am Ende summieren sie sich auf 476 Milliarden Euro. Ein Schwergewicht also, und das ohne die „krisenbedingten Sonderbelastungen“, 100 Milliarden Euro für die Streitkräfte und 200 Milliarden Euro, um zum Beispiel die geplanten Strom- und Gaspreisbremsen zu finanzieren, den „Doppel-Wumms“ von Kanzler Olaf Scholz. Aber ist es auch einer für Perli? Der 40-jährige Niedersachsen zeigt sich nicht beeindruckt. „Wer es schon vor dem Ukrainekrieg schwer hatte, über die Runden zu kommen, weiß heute nicht, wovon er am Ende des Monats leben soll“, argumentiert das Mitglied des Haushaltsausschusses. In dieser Krise müsse man viel Geld in die Hand nehmen, „damit Menschen nicht frieren müssen und Arbeitsplätze und Betriebe gesichert werden. Die Entlastungspäckchen der Ampelkoalition entlasten aber ausgerechnet die Vermögendsten am meisten anstatt Gering- und Normalverdiener, die auf jeden Euro achten müssen.“ Ein Wumms oder gar ein Doppelwumms sieht für Perli offenbar anders aus. Was würde er am aktuellen Haushalt am liebsten ändern? „Es gibt keine Steuergerechtigkeit, selbst eine kurzfristige Übergewinnsteuer steht noch in den Sternen. Wir

fordern die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Das würde sofort gegen die Inflation wirken.“ Vorschläge hat er, der Wolfenbütteler. Geboren in Bad Oeynhausen, war der Sohn einer italienisch-niederländischen Arbeiterfamilie im Alter von elf Jahren dorthin gezogen – und fand sich in einem politisierten Schulumfeld wieder. „In der Schule wurde sehr lebhaft diskutiert. In meinem Jahrgang waren fast alle politischen Jugendorganisa-



© diepicture-alliance

»Die Entlastungspäckchen der Ampel entlasten die Vermögendsten am meisten anstatt Gering- und Normalverdiener.«

sationen vertreten. Ein Mitschüler von mir landete später für die Grünen im Europaparlament, einer für die FDP im Landtag, ein anderer wurde Bundesgeschäftsführer der Schüler-Union.“ Der Pennäler Perli organisierte Demonstrationen für bessere Bildung, gegen die Kriege in Jugoslawien und Afghanistan. Politisch organisierte Heimat wurde ihm die neugegründete sozialistische Jugend [solid], 2001 trat er der PDS bei und war ab

2003 Bundessprecher der Linksjugend. War ihm damals klar, dass es auf Berufspolitik hinauslaufen würde? „Die Frage stellte sich damals nicht“, erwidert er. „Die damalige linke Partei PDS war nicht mal im Bundestag vertreten. Meine erstmalige Wahl in ein Parlament war eine Mischung aus Zufall und Glück. 2008 kandidierte ich bei der Landtagswahl als Jugendkandidat auf einem hinteren Listenplatz. Wir holten überraschend starke 7,1 Prozent.“ Als die Partei 2013 wieder aus dem Landtag ausschied, war Perli schon im Kreistag des Wolfenbütteler Landkreises, machte Kommunalpolitik, wo er Gefallen daran fand, „mich für Menschen einzusetzen, die keine große Lobby haben und deren Interessen in der Politik häufig zu kurz kommen“. Gegen die mit der Lobby, das wurde wohl eine Lebensaufgabe. Seit 2017 sitzt er im Bundestag. Perli eckt an, geht auch investigativ vor, enthüllte Unternehmensentwicklungen eines Autobahnrastrastbetreibers und stellte gemeinsam mit dem mittlerweile aus der Linkspartei ausgetretenen Fabio De Masi Strafanzeige gegen den damaligen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) – im Kontext von dessen Mautplänen. Der studierte Politikwissenschaftler ist präsent, wenn er Unrecht oder fehlende Transparenz sieht. Nur wenn es um die inneren Querelen seiner eigenen Partei geht, wird er schmallippig. Eine Einschätzung dazu lehnt er ab. „Fragen zu internen Partei- und Fraktionsangelegenheiten beantwortete ich grundsätzlich nicht.“ Nun ist eine Partei keine Privatfirma. Aber jede Transparenz kennt ihre Grenzen.

Jan Rüböl

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
25. November 2022

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für ungelieferte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brüßler (lbr)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) cvD
Sandra Schmidt (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlin (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

Bundshaushalt 2023

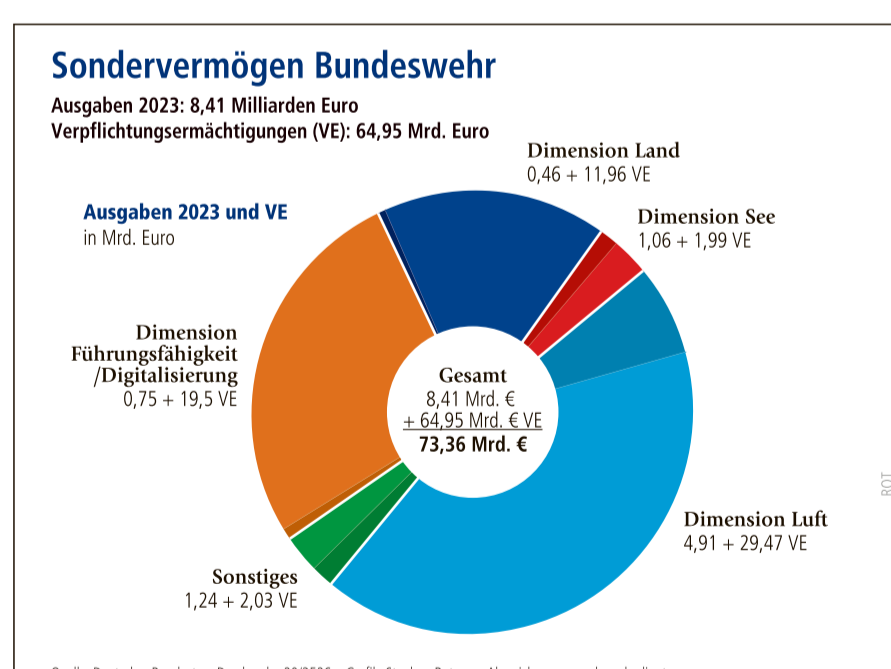
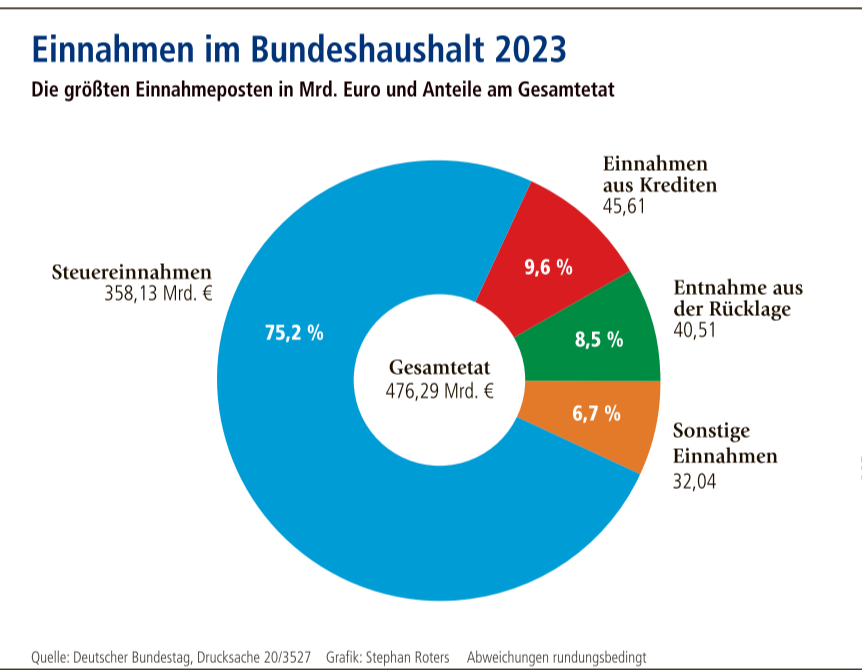
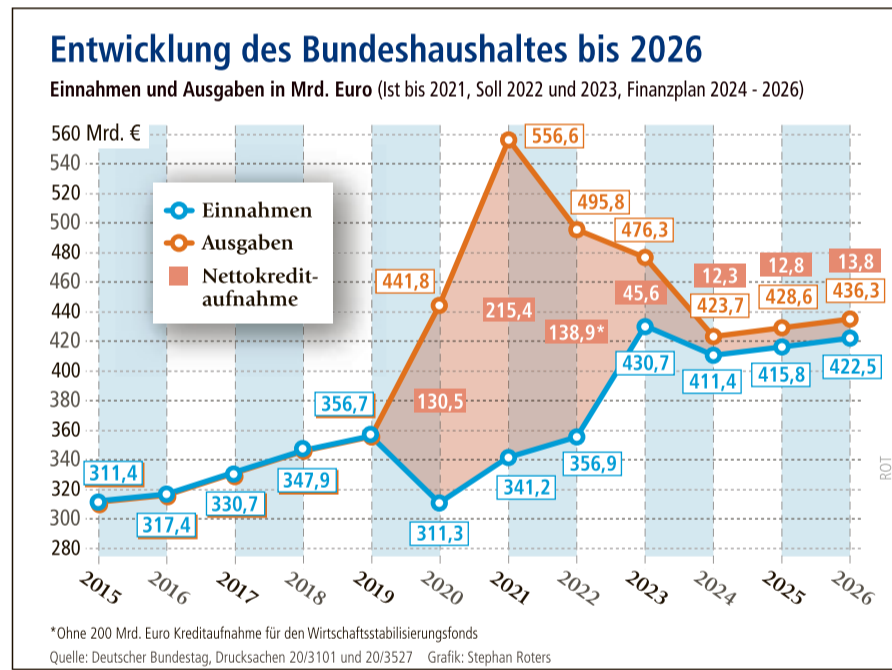
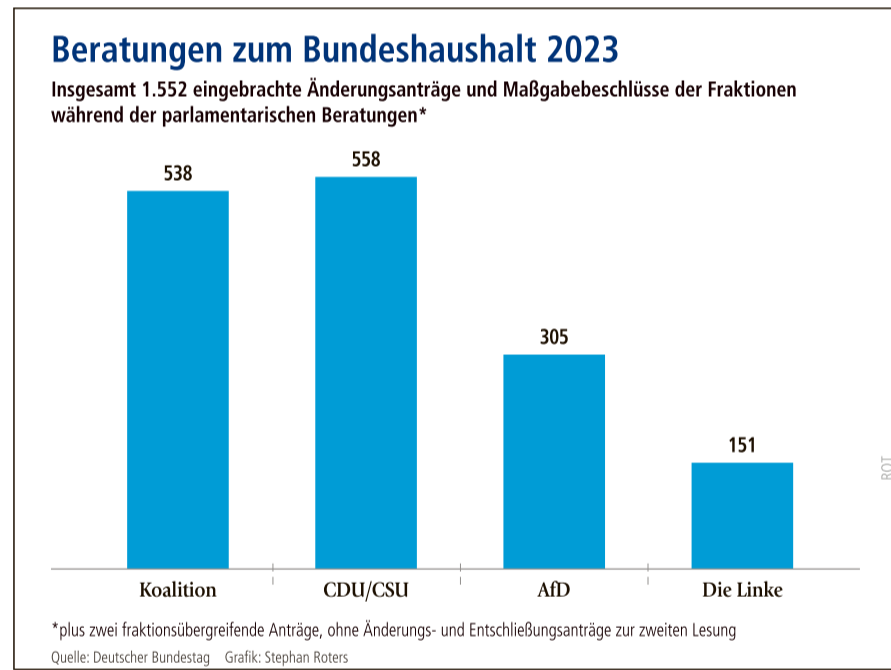
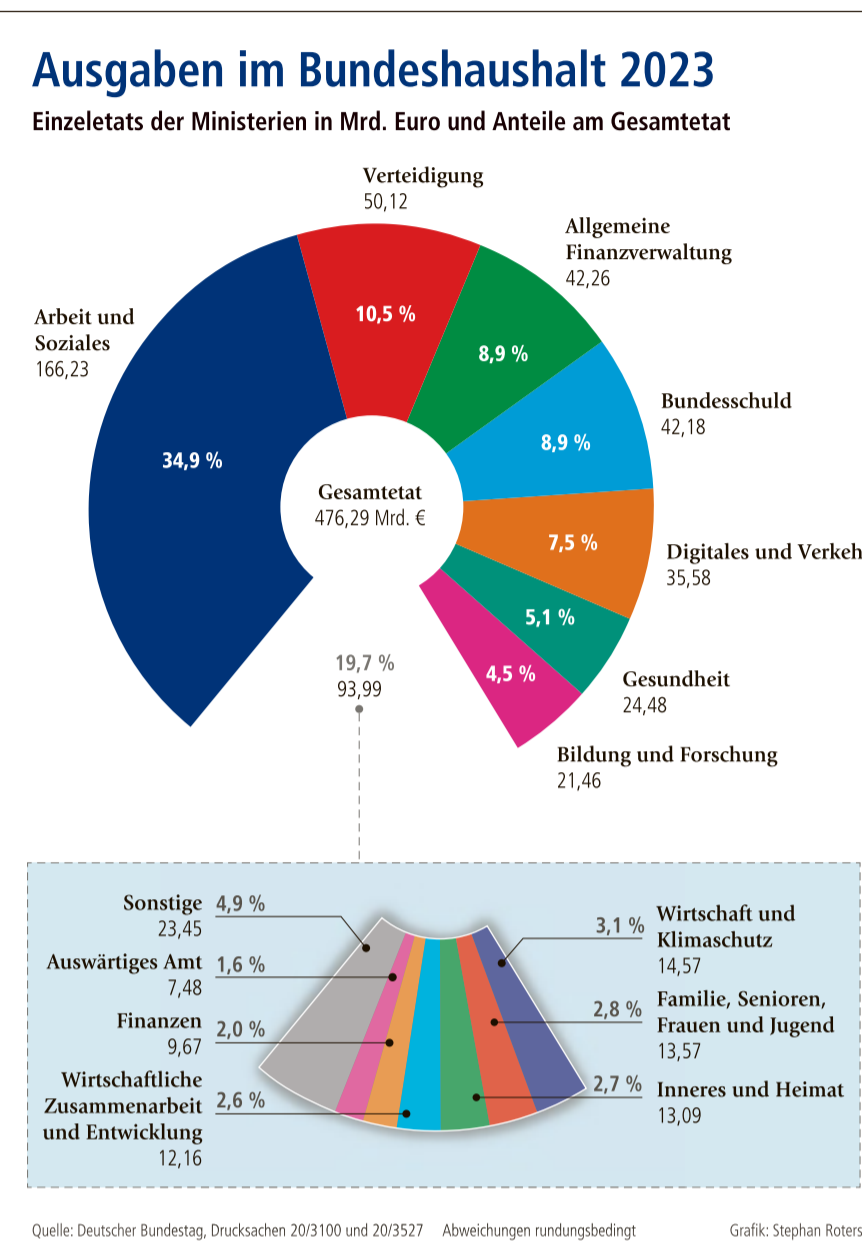
AUF EINEN BLICK Einnahmen, Ausgaben, Entwicklung und Sondervermögen

Bundshaushalt 2023

Einzelplan mit Vergleich zum Regierungsentwurf 2023 und zum Haushalt 2022

	EINNAHMEN			AUSGABEN		
	Haushalt 2023 in 1.000 €	Regierungsentwurf 2023 in 1.000 €	Haushalt 2022 in 1.000 €	Haushalt 2023 in 1.000 €	Regierungsentwurf 2023 in 1.000 €	Haushalt 2022 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	103	103	193	44.981	44.981	44.890
02 Deutscher Bundestag	1.920	1.920	1.824	1.140.618	1.107.723	1.108.906
03 Bundesrat	51	51	21	39.676	39.676	35.293
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	166.502	166.502	103.502	3.895.673	3.668.223	3.861.175
05 Auswärtiges Amt	162.519	162.489	147.789	7.475.797	6.397.431	7.107.584
06 Bundesministerium des Innern und Heimat	641.745	641.745	802.575	13.092.059	12.761.722	14.986.394
07 Bundesministerium der Justiz	640.277	640.277	644.777	1.006.094	953.417	937.979
08 Bundesministerium der Finanzen	521.198	521.198	622.489	9.669.503	9.508.622	8.826.143
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	685.531	685.531	731.920	14.567.714	13.050.889	11.333.775
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	82.174	82.174	81.704	7.249.639	7.175.723	7.104.577
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2.815.725	2.792.725	1.763.076	166.229.393	163.330.501	161.080.980
12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr	8.646.403	8.646.403	7.976.453	35.579.415	35.041.000	36.111.000
14 Bundesministerium der Verteidigung	30.997	30.997	710.797	50.117.445	50.104.875	50.404.828
15 Bundesministerium für Gesundheit	104.169	104.169	104.518	24.483.492	22.062.281	64.357.036
16 BM für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit u. Verbraucherschutz	894.179	894.179	822.448	2.449.694	2.436.370	2.172.384
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	220.048	220.048	199.048	13.569.256	12.880.547	12.599.961
19 Bundesverfassungsgericht	40	40	40	40.465	40.465	35.910
20 Bundesrechnungshof	360	360	2.221	186.956	186.956	172.905
21 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	85	85	85	45.699	45.699	43.243
22 Der Unabhängige Kontrollrat	-	-	-	16.388	13.488	12.375
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	749.110	749.110	747.834	12.156.837	11.080.000	12.349.893
25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	245.368	245.354	265.727	7.334.340	5.010.038	4.962.548
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	41.251	41.251	41.251	21.462.749	20.571.598	20.385.200
32 Bundesschuld	47.937.205	18.734.771	140.630.904	42.178.987	31.885.867	18.463.298
60 Allgemeine Finanzverwaltung	411.703.803	409.859.803	339.390.279	42.257.893	35.823.193	57.293.198
SUMME	476.290.763	445.221.285	495.791.475	476.290.763	445.221.285	495.791.475

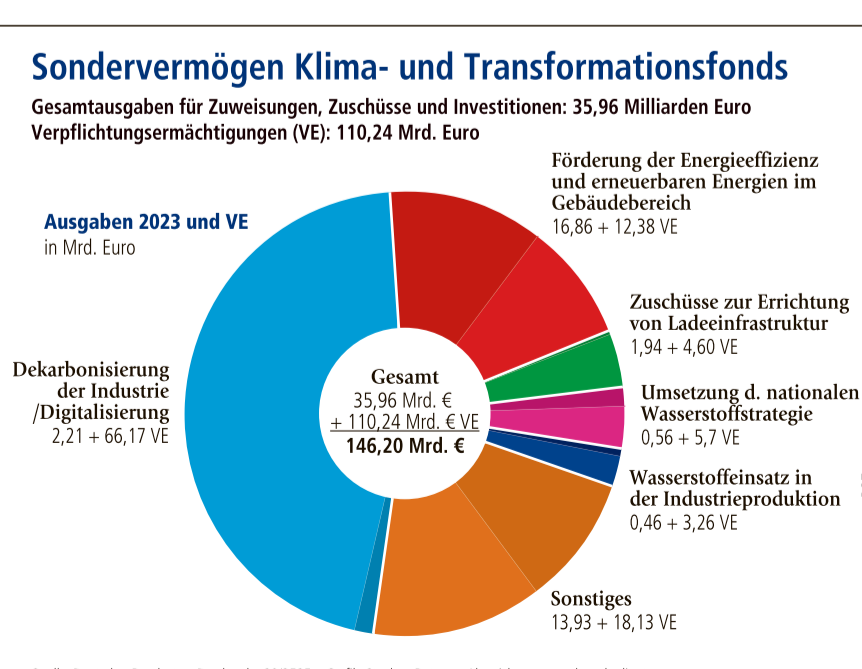
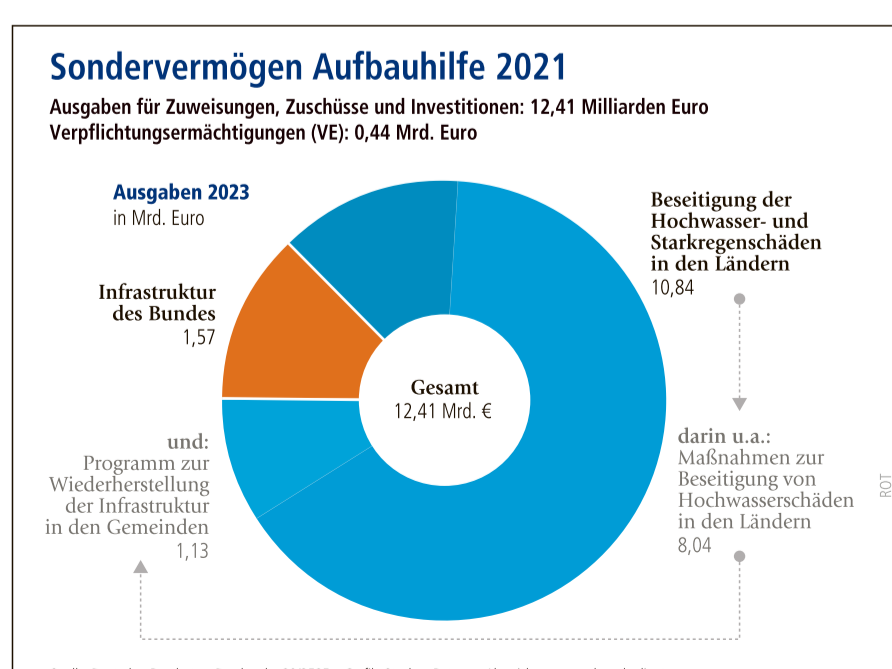
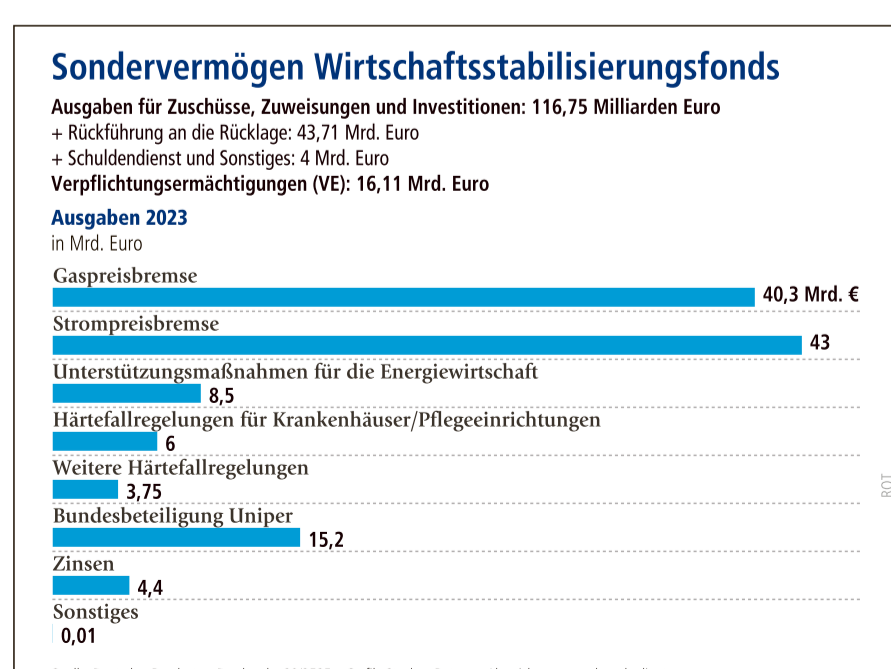
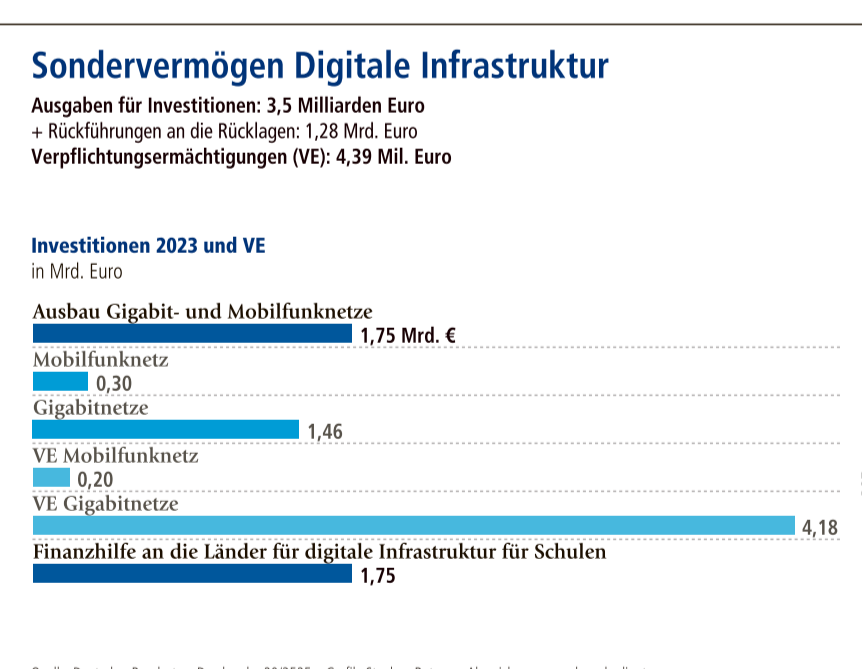
Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksachen 20/3100 und 20/3527



Die Sondervermögen

NEBENETATS 181,03 Milliarden Euro fließen zusätzlich

Nicht nur aus dem Kernhaushalt wird 2023 viel Geld fließen, auch aus den Sondervermögen des Bundes werden nächstes Jahr Milliarden zur Verfügung gestellt. Insgesamt beläuft sich die Summe auf 181,03 Milliarden Euro (ohne Rückführungen an Rücklagen) – etwa für die digitale Infrastruktur oder den Wiederaufbau in den Flutgebieten von 2021. Die Wirtschaftspläne von 13 Sondervermögen sind im Haushaltsplan als Anhänge aufgeführt, Mittelabflüsse sind allerdings nur in fünf geplant. Ausgaben und Einnahmen der Sondervermögen werden nicht im eigentlichen Haushalt veranschlagt. Unterschieden wird bei Sondervermögen zwischen „echten“ und „unechten“. Ein echtes Sondervermögen verfügt über eine eigenständige Kreditermächtigung. Das ist beim Wirtschaftsstabilisierungsfonds (200 Milliarden Euro) und dem Sondervermögen Bundeswehr (100 Milliarden Euro) der Fall. Die übrigen Sondervermögen werden über Zuführungen aus dem Bundeshaushalt finanziert, die auch zurückgelegt werden können. Zudem werden ihnen Einnahmen, etwa im Fall des Klima- und Transformationsfonds aus dem Emissionshandel, zugewiesen. Sondervermögen dienen grundsätzlich zur Finanzierung langjähriger Vorhaben. Ob es sie in jedem Fall dafür braucht, darüber gehen die Meinungen auseinander. Insbesondere der Bundesrechnungshof sieht die Sondervermögen kritisch und fürchtet eine Gefährdung von Haushaltsgrundsätzen. scr



Der Haushalt 2023 ist beschlossen. Nach langen und intensiven Beratungen in den Fachausschüssen sowie im Haushaltsausschuss passierte der Haushaltsentwurf vergangenen Freitag in namentlicher Abstimmung das Hohe Haus. 378 Abgeordnete der Koalitionsfraktionen und ein fraktionsloser Abgeordneter stimmten mit Ja, 283 Abgeordnete der Oppositionsfraktionen mit Nein – Enthaltungen gab es keine. Damit kann der Bund im kommenden Jahr mit Ausgaben in Höhe von 476,29 Milliarden Euro rechnen. Das sind noch einmal 31,1 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Gegenüber dem laufenden Jahr fallen die Ausgaben allerdings um 19,5 Milliarden Euro geringer aus. Das gilt auch für die Neuverschuldung: Zwar liegt sie mit 45,61 Milliarden Euro deutlich über der noch im Regierungsentwurf veranschlagten (17,25 Milliarden Euro), aber noch deutlicher unter der für diese Jahr eingeplanten Verschuldung von 139,18 Milliarden Euro (siehe auch Text unten). Die Schuldenbremse wird, anders als 2020, 2021 und 2022, damit eingehalten – trotz andauernder, vielfältiger Krisen.

Hinter den Haushälterinnen und Haushältern der Fraktionen liegen intensive Beratungen. Über 67 Stunden beriet der Haushaltsausschuss den Regierungsentwurf, davon allein rund 18 Stunden in der berühmtesten Bereinigungssitzung. 1.554 Änderungsanträge lagen zu dem 3.289 Seiten umfassenden Haushaltsplan vor. Die 1.014 von den Oppositionsfraktionen eingebrachten Vorschläge fanden im Haushaltsausschuss erwartungsgemäß keine Mehrheit. Das gleiche Schicksal erlitt die 25 vergangene Woche ins Plenum eingebrachten Änderungs- und Entschließungsanträge von CDU/CSU, AfD und Die Linke. Mehr Erfolg war, wenig überraschend, den 538 Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen beschieden. Damit, so betonte Sven-Christian Kindler zum Auftakt der vergangenen Haushaltswoche, hätten die Koalitionsfraktionen gezeigt, „wer der Haushaltsgesetzgeber ist“. Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans sei „an entscheidenden Stellen verbessert und auch korrigiert“ worden, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion. Ähnlich bilanzierte es der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Achim Post. Bundesfinanzminister Christian Lindner habe einen „klugen, einen sehr klugen Haushaltsentwurf“ vorgelegt, lobte Post, „er wurde in den Beratungen noch ein bisschen verbessert“.

Oppositionsseitig sieht man das natürlich anders. Für die CDU/CSU-Fraktion nahm sich Mathias Middelberg in der Dienstagsdebatte insbesondere den Finanzminister vor. Dieser gebe vor, 2023 die Schuldenbremse einzuhalten, dabei sei er ein „Schuldenbremseumgehungsminister“. Der Haushalt 2023 werde zwar „formal ausgeglichen“ sein, aber nur, weil Lindner 2021 und 2022 „so viele Schulden auf Vorrat“ angesammelt habe. So bemängelte der Unionsfraktionsvize, dass die Nettokreditaufnahme von 200 Milliarden Euro im Wirtschaftsstabilisierungsfonds ins Jahr 2022 gebucht werde, obwohl die Ausgaben erst 2023 und 2024 anfallen würden.

»Rekordschuldenmacher« Und Lindner ist für Middelberg auch ein „Rekordschuldenmacher“, wie er vorrechnete: 60 Milliarden Euro Neuverschuldung im Nachtragshaushalt für 2021, rund 140 Milliarden Euro im Haushalt 2022, 100 Milliarden Euro für das Sondervermögen Bundeswehr,



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) während der Finanzdebatte am Dienstag

© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Die Warnung

ETAT 2023 Der Finanzminister blickt schon auf 2024, Union und AfD kritisieren Trickserien mit Sondervermögen

200 Milliarden Euro für den „Doppelwumms“ im Wirtschaftsstabilisierungsfonds. „Das sind zusammen insgesamt 500 Milliarden Euro in einem Jahr. Das ist die höchste Neuverschuldung, die es in dieser Republik je gab“, kritisierte der Christdemokrat. Durch die hohen Schulden und die steigenden Zinskosten würden auch die künftigen Spielräume enger. „Das wird die Handlungsspielräume, gerade der Jüngeren, in Zukunft dramatisch eingrenzen, auch für ein wichtiges Thema wie etwa Klimapolitik.“ Der Haushalt sei daher weder ehrlich noch nachhaltig, befand Middelberg. Ähnlich argumentierte Peter Boehringer (AfD). Die Neuverschuldung liege 2023 tatsächlich bei fast 190 Milliarden Euro, doch die über Sondervermögen aufgenommenen Schulden würden nicht mitgezählt und so fast 150 Milliarden Euro verschleiert, kritisierte der haushaltspolitische Sprecher sei-

ner Fraktion. „Ein Trick“, den die Union zu Zeiten der Großen Koalition mit eingeführt habe, sagte Boehringer in Richtung Middelberg und Union. Er forderte den Bundestag auf, sich einer Normenkontrollklage seiner Fraktion anzuschließen, um den Haushalt vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. Auch kritisierte Boehringer die Schuldenpolitik der Bundesregierung und der damit zusammenhängenden steigenden Zinskosten. Die AfD habe über Jahre gefordert, das niedrige Zinsniveau zu nutzen. „Seit 2017 hätte man Nullzinsen, teilweise sogar Negativzinsen für deutsche Neuschulden auf 30 Jahre festschreiben können. Getan hat es der heutige Kanzler nie“, sagte der Abgeordnete in Richtung des ehemaligen Finanzministers und heutigen Bundeskanzlers. Insbesondere die Kritik der Union wollten die Koalitionäre nicht auf sich sitzen lassen.

Der Grüne Kindler warf der Union vor, die Finanzierung der Gas- und Strompreisbremse abgelehnt, aber im Haushaltsverfahren keine Alternativen vorgeschlagen zu haben. Er folgte: Wenn keine Alternativen vorgelegt werden, dann lehne die Union die Hilfen ab. „Sie lassen mit Ihrer Politik die Menschen in der Kälte allein.“

Vorwürfe Christoph Meyer (FDP) warf der Union Doppelstandards vor. 2020 habe die Union das „Kunststück“ fertiggebracht, auf der einen Seite die Schuldenbremse nicht einzuhalten, 60 Milliarden Euro aus dem Kernetat zu entnehmen und auf der anderen Seite 600 Milliarden Euro über ein Sondervermögen ins Schaufenster zu stellen. „Sie sind nicht nur keinen Deut besser, wenn Sie das kritisieren; vielmehr haben Sie es schlimmer gemacht. Wir ordnen die Finanzen und tun das, was Sie in den letz-

ten Jahren nicht auf den Weg gebracht haben“, schoss der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Liberalen. Thorsten Rudolph (SPD) stellte der Kritik der Opposition die „seriöse und verantwortungsvolle Finanzpolitik“ der Ampel entgegen. Dazu gehöre es auch, dass die krisenbedingten Mittel für die Bundeswehr und Energiehilfen „jeweils gesondert ausgewiesen werden: transparent und mit klarer Zweckbestimmung“, begründete der Haushaltspolitiker die Nutzung von Sondervermögen. Auch die Einhaltung der Schuldenbremse zähle dazu. Die „Solidität der Koalition“ zeige sich dabei in „zwei der wichtigsten Kennziffern“: So werde zum einen die Schuldenquote in den nächsten Jahren „trotz aller Entlastungspakete und Abwehrschirme“ leicht sinken. Zum anderen plane der Bund mit Rekordinvestitionen in Höhe von 71 Milliarden Euro. „Die für 2023 geplante Neuverschuldung wird gerade nicht verfrüht, sondern komplett und vollständig in die Zukunft unseres Landes investiert, damit unsere Kinder es besser haben“, sagte der Sozialdemokrat.

Kapitänbinde Die Kritik von Seiten der Linken hatte eine deutlich andere Schlagseite als von Union und AfD. Gesine Lötzsch kritisierte insbesondere die Steuerpolitik der Koalition. Krisen seien immer ein „Geschenk für Vermögende“, beschleunigten sie doch die Umverteilung von unten nach oben. „Sie müssen diese dreiste Umverteilung endlich stoppen. Alles andere ist ein Skandal“, forderte die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion. Doch die Bundesregierung weigere sich beharrlich, „Krisengewinne“ zu besteuern. „Selbst die mickrige Zufallsgewinnsteuer steht in den Sternen, und die Stromlobbyisten sorgen dafür, dass diese Steuer auf ein Minimum eingedampft wird“, kritisierte Lötzsch in der Dienstagsdebatte. Am Freitag – zum Abschluss der Haushaltswoche – legte die Linken-Abgeordnete noch einmal nach. Der Haushalt sei „nicht sozial, nicht friedlich, nicht ökologisch“. Einen Schuldigen machte die Haushaltspolitikerin auch aus. Es sei schon erstaunlich, „wie die schwindsüchtige FDP den Kurs dieses Regierungstankers vorgibt“. Hätte sie eine Kapitänbinde an diese Regierung zu verteilen, „würde Sie Herr Lindner bekommen“, sagte Lötzsch.

Der so angegriffene Minister nahm es sportlich und bedankte sich bei Lötzsch für die „Worte der Anerkennung“. Ernsthaften Dank richtete er in Richtung aller Haushälterinnen und Haushälter für intensive und konstruktive Beratungen. Der nun beschlossene Haushalt gebe „Orientierung in schwierigen Zeiten“. „Wir bewältigen die Krisen, aber wir vernachlässigen die Zukunftsaufgaben dieses Landes nicht“, resümierte Lindner. Haushaltspolitisch warnte der Liberale davor, sich zu sehr zu rühmen, die Schuldenbremse erreicht zu haben. Das gesamtstaatliche Defizit sei enorm. Der Finanzminister verteidigte zudem die Entscheidung, Gas- und Strompreisbremse über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds zu finanzieren, da man so mehr Flexibilität habe. Frei nach dem Motto „Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt“ widmete sich Lindner auch dem Etat 2024. Rücklagen, von denen der Haushalt 2023 noch kräftig profitiert, gebe es nun keine mehr. Gleichzeitig müsse das Ambitionsniveau bei Investitionen ins Klima, bei der Digitalisierung sowie bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit noch gesteigert werden. Lindner macht klar: „Der Haushalt 2024 wird noch herausfordernder als dieser.“ *Sören Christian Reimer*

KURZ NOTIERT

Hochlauf bei den Investitionen

Der nun beschlossene Haushalt für 2023 sieht mit 71,47 Milliarden Euro deutlich höhere Ausgaben für Investitionen vor als ursprünglich geplant. Gegenüber dem Regierungsentwurf fallen die so veranschlagten Ausgaben um 13,1 Milliarden Euro höher aus – und gegenüber dem laufenden Jahr um 19,93 Milliarden Euro. Mit Blick auf die Etats der Ministerien fallen insbesondere neu veranschlagte investive Ausgaben beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ins Gewicht (siehe Seite 8). Hier verzeichnet der beschlossene Etat mit nun 6,6 Milliarden Euro für Investitionen ein Plus von 1,3 Milliarden Euro gegenüber dem Regierungsentwurf. Im Verkehrsetat sind mit 21,68 Milliarden Euro weiterhin die größten Investitionsausgaben aller Ministerien vorgesehen, der Betrag liegt um 229,7 Millionen Euro über dem Regierungsentwurf. Zudem werden diverse Darlehen als Investitionen verbucht. Wie das Bundesfinanzministerium schon bei der Vorstellung ausführte, gilt das etwa für das Darlehen an den Gesundheitsfonds (eine Milliarde Euro) sowie ein Darlehen an den „Resilience and Sustainability“ Trust des Internationalen Währungsfonds. Gleiches gilt auch für die neu hinzugekommenen zehn Milliarden Euro, die für die Aktienrente genutzt werden sollen (siehe Seite 6). *scr*

Etat des Bundestages

PARLAMENT Beim Deutschen Bundestag soll ein unabhängiger Polizeibeauftragter beziehungsweise eine unabhängige Polizeibeauftragte angesiedelt werden. Für die Umsetzung des im Koalitionsvertrag der Ampelparteien vereinbarten Vorhabens sind im Haushalt 2023 die ersten Weichen gestellt. Im Einzelplan 02 des Deutschen Bundestages sind entsprechende Personalstellen und Stellen für einen Aufbaustab eingeplant. Die Mittel sollen vorerst gesperrt werden, der Aufhebung der Sperren muss der Haushaltsausschuss zustimmen. Die Ausgaben für den Deutschen Bundestag sollen 2023 nunmehr 1,14 Milliarden Euro betragen, das sind 31,7 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Mit 750,5 Millionen Euro stellen die Personalausgaben den größten Ausgabenposten dar, für sächliche Verwaltungsausgaben sollen 203,1 Millionen Euro verausgabt werden können, für Zuweisungen und Zuschüsse 160,8 Millionen Euro. Für die Diäten der Abgeordneten sind 2023 89,4 Millionen Euro veranschlagt, für die Aufwandsentschädigungen 40,8 Millionen Euro. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten sind 276,6 Millionen Euro eingeplant. Die Zuschüsse an die Fraktionen belaufen sich auf 126,1 Millionen Euro. Deutlich erhöht wurde im parlamentarischen Verfahren die Förderung für das Deutsche Institut für Menschenrechte. Das Institut soll 2023 5,2 Millionen Euro nach 3,7 Millionen Euro im laufenden Jahr erhalten. Der Einzelplan passiert den Bundestag in zweiter Lesung bei Enthaltung der AfD einstimmig. *scr*

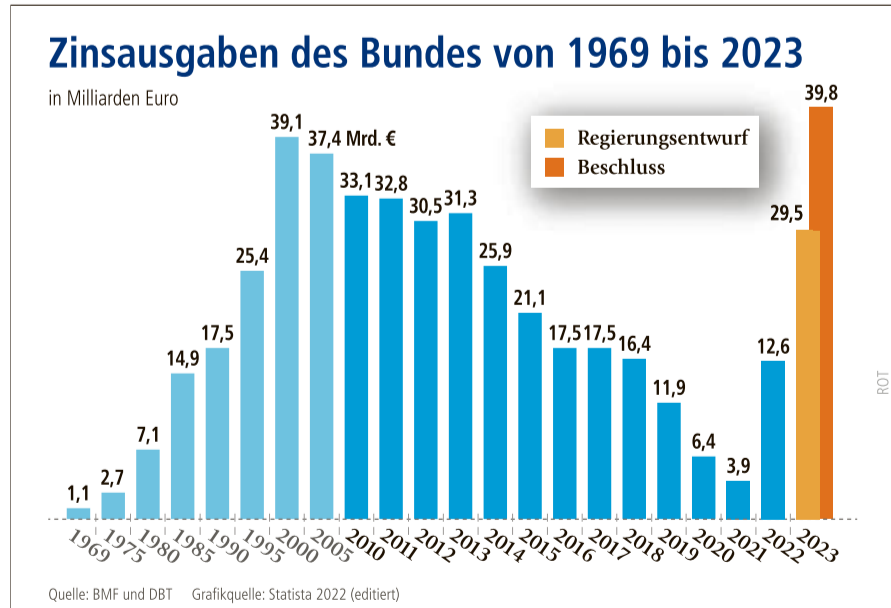
Flexible Bremse

SCHULDENREGEL Weil nächstes Jahr ein Abschwung droht, kann der Finanzminister tiefer in die Kreide gehen



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) kann einen großen Haken auf seiner To-Do-Liste machen: 2023 soll – so sieht es der nun beschlossene Haushalt vor – die Schuldenbremse tatsächlich greifen. Damit endet zumindest im Kernhaushalt vorerst die haushaltspolitische Notlage, die mit der Corona-Pandemie vor rund zweieinhalb Jahren begann. Nach dem Bund 2020 noch 113,77 Milliarden Euro sowie 2021 216,53 Milliarden Euro neue Schulden auf und plant in diesem Jahr mit einer Nettokreditaufnahme von 139,18 Milliarden Euro, sind im kommenden Jahr neue Kredite in Höhe von 45,610 Milliarden Euro geplant.

Düstere Aussichten Die Neuverschuldung fällt allerdings deutlich höher aus, als Lindner bei der Vorstellung des Regierungsentwurfes für den Bundeshaushalt vorgesehen hatte. Seinerzeit hatte der Liberale noch mit einer Nettokreditaufnahme von 17,25 Milliarden Euro geplant und war damit genau im Rahmen der nach der Schuldenregel des Grundgesetzes erlaubten Neuverschuldung geblieben. Doch auch der neue Ansatz bleibt knapp in diesem Rahmen. Grund dafür ist, dass die Schuldenregel, wie Lindner auch in der Debatte (siehe oben) bemerkte, eine gewisse Flexibilität zulässt, gerade mit Blick auf die Wirt-



tschaftsentwicklung. Diese hat sich seit Vorstellung des Entwurfes nämlich deutlich eingetrübt. Ging man im Sommer noch von einem leichten Wachstum der Volkswirtschaft aus, stehen die Zeichen nun auf Abschwung. Grundsätzlich lässt die Schuldenregel eine strukturelle Neuverschuldung von 0,35 des nominalen Bruttoinlandsproduktes zu. Das wären für 2023 12,61 Milliarden Euro. Dazu tritt das Saldo der finanziellen Transaktionen. Das bezieht sich beispielsweise auf ausgegebene Darlehen und Darlehensrückflüsse. Für 2023 beträgt das Saldo -

17,67 Milliarden Euro, unter anderem, weil die Aktienrente über ein Darlehen aufgebaut werden soll. Die Nettokreditaufnahme darf um diesen Betrag höher ausfallen. **Konjunkturkomponente** Dann kommt die Konjunktur ins Spiel: Läuft's gut, dann muss die Nettokreditaufnahme niedriger ausfallen. Im sommerlichen Regierungsentwurf war aufgrund des erwarteten Wachstums deswegen eine Minderung von 2,9 Milliarden Euro vorgesehen. Nun drehen sich die Vorzeichen: Weil es düster

aussieht, darf der Bund zusätzlich 15,3 Milliarden Euro aufnehmen. Dahinter stehen, wie überhaupt bei der ganzen Schuldenregel, EU-Vorgaben. In der Summe beträgt die maximal zulässige Kreditaufnahme 45,616 Milliarden Euro, Lindner bleibt immerhin 60 Millionen Euro darunter.

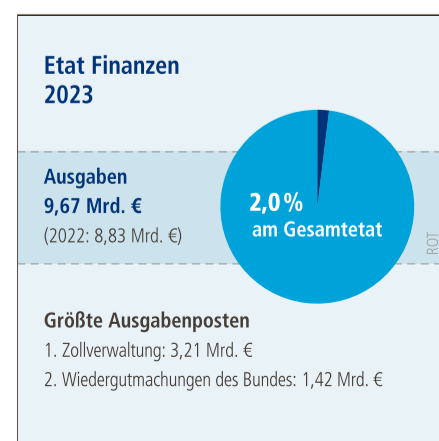
Teure Schulden Allerdings fällt nicht nur die Neuverschuldung höher aus, auch die Ausgaben für den Schuldendienst schnellen in die Höhe. Plante das Finanzministerium bei Vorlage des Entwurfes noch mit Ausgaben für Zinsen und Co. in Höhe von 29,55 Milliarden Euro, rechnet der beschlossene Etat mit Ausgaben in Höhe von 39,84 Milliarden Euro – 23,64 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Das liegt zum einen an der höher ausfallenden Neuverschuldung, zum anderen an den steigenden Zinsen. Die Europäische Zentralbank hat inzwischen zwei große Zinsschritte verkündet, um der Horror-Inflation zu begegnen, entsprechend kostet aber auch die deutsche Staatsverschuldung wieder mehr als in den vergangenen Jahren. So sind nun beispielsweise für „Disagio auf Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen, unverzinsliche Schatzanweisungen und Darlehen“ 15,83 Milliarden Euro statt 8,58 Milliarden Euro im Regierungsentwurf veranschlagt. Höher fallen auch die Rückstellungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere aus. Statt geplanter 7,6 Milliarden Euro sind nun 7,6 Milliarden Euro (Soll 2022: 4,6 Milliarden Euro) veranschlagt. *scr*

Mehr Geld für Lindner

FINANZEN Plus für Informationstechnikzentrum Bund

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) kann in dem Geschäftsbereich seines Ministeriums im kommenden Jahr mit Ausgaben in Höhe von 9,67 Milliarden Euro rechnen. Der mit Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen der Opposition beschlossene Etatsansatz (20/3526, 20/3508) liegt damit 160,9 Millionen Euro über der ursprünglichen Planung für den Einzelplan 08 im Regierungsentwurf für 2023 und 843 Millionen Euro über dem Soll für 2022. Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen fallen mit 3,91 Milliarden Euro um 1,68 Milliarden höher aus als im Regierungsentwurf. Der Großteil der Mittel ist für die Zollverwaltung eingeplant, die zum Geschäftsbereich des Ministeriums gehört. Mit 3,21 Milliarden Euro liegt der Ansatz um rund 100 Millionen Euro über dem Soll

2022. Die Ausgaben für das Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund) schlagen mit 1,42 Milliarden Euro zu Buche, ein deutliches Plus von rund 288 Millionen Euro zum Soll 2022. Bei den Programmausgaben sind die Wiedergutmachung des Bundes mit 1,52 Milliarden Euro der größte Posten. Einen Großteil des Ausgabesteigerungen gegenüber dem Regierungsentwurf wird mit Mehrbedarf für die Umsetzung des Sanktionsdurchsetzungsgesetzes II begründet, der 2023 im gesamten Geschäftsbereich mit rund 88 Millionen Euro zu Buche schlagen soll. Auch Teile der neu ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen beziehen sich darauf. Die geplante Aufnahme der IBAN in die Steueridentifikationsnummern-Datenbank führt ebenfalls zu neu veranschlagten Kostensteigerungen. Beim Bundeszentralamt für Steuern sind dafür 2023 zusätzliche Mittel in Höhe von 19,1 Millionen Euro veranschlagt worden. Beim Informationstechnikzentrum Bund liegen die Mehrausgaben dafür bei 9,5 Millionen Euro. Zudem ist im Geschäftsbereich der Zollverwaltung eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für Mietzahlungen ausgebracht. Sie soll ab 2027 greifen und ist laut Bereinigungsvorlage als verbindliche Refinanzierungszusage der Baukosten für die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu errichtenden elf Einsatztrainingszentren erforderlich. *scr*





Bundespolizisten auf Streife im Hamburger Flughafen. Auf den Bereich der inneren Sicherheit entfällt 2023 rund die Hälfte des Etats von Ressortchefin Nancy Faeser (SPD).

© picture-alliance/dpa/Christian Charisius

Roths Etat legt erneut zu

KULTUR Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gehört wie den vergangenen Jahren erneut zu den Gewinnern der Haushaltsberatungen. Die Haushälter des Bundestages erhöhten den im Haushalt des Bundeskanzleramtes veranschlagten Etat von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 223 Millionen Euro auf insgesamt 2,39 Milliarden Euro. Gegenüber dem Bundeshaushalt von 2022 stehen Roth im kommenden Jahr allerdings nur knapp 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Allein 100 Millionen Euro zusätzlich bewilligte der Bundestag für den sogenannten Kulturpass (siehe „Schlaglicht“ unten). Um 50 Millionen Euro auf insgesamt 56 Millionen Euro erhöhten die Haushälter zudem die im Regierungsentwurf vorgesehenen Mittel für die Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung. In diesem Jahr standen dafür allerdings sogar 73 Millionen Euro zur Verfügung. Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht wurden zudem die Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen im Inland: um 41 Millionen auf 110 Millionen Euro. Dies sind zehn Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Für Zuschüsse für Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, Tanz und Theater bewilligten die Haushälter insgesamt 64 Millionen Euro. Gekürzt werden allerdings die Mittel für den German Motion Picture Fund. Er erhält im kommenden Jahr mit 166 Millionen Euro neun Millionen Euro weniger als im laufenden Jahr. **aw**

Zankapfel Sicherheit

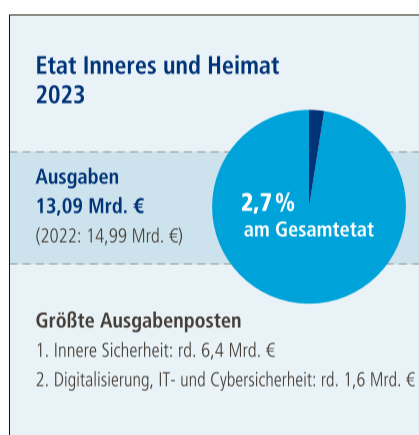
INNERES Koalition und Opposition streiten über Bevölkerungsschutz und Migration

Völlig konträre Sichtweisen auf den Etat 2023 des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) haben vergangene Woche im Bundestag die Schlussdebatte über den Haushalt von Ressortchefin Nancy Faeser (SPD) geprägt. Während die Opposition schwere Versäumnisse der Koalition bei der inneren Sicherheit und eine falsche Prioritätensetzung im Etat ausmachte, sahen Vertreter des Regierungsbündnisses die Innenpolitik als Gewinnerin der Haushaltsverhandlungen und sprachen von einem guten Signal für die innere Sicherheit. Auch die Ministerin betonte, mit ihrem Etat 2023 werde die innere Sicherheit weiter gestärkt. Er sieht in der vom Parlament verabschiedeten Fassung des Haushaltsausschusses (20/3506, 20/3526) für das kommende Jahr Ausgaben in Höhe von 13,09 Milliarden Euro vor. Das sind 330 Millionen Euro mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf (20/3100) vorgesehen, aber 1,9 Milliarden Euro weniger als für das laufende Jahr veranschlagt. Größter Ausgabenposten ist die innere Sicherheit mit rund 6,4 Milliarden Euro, ge-

folgt vom Bereich Digitalisierung, IT- und Cybersicherheit mit rund 1,6 Milliarden Euro. Die Personalausgaben liegen im BMI-Etat 2023 bei 5,7 Milliarden Euro und die sächlichen Verwaltungsausgaben bei 3,2 Milliarden Euro. An Zuweisungen und Zuschüssen (ohne Investitionen) sind für das kommende Jahr 3,19 Milliarden Euro vorgesehen und an Ausgaben für Investitionen 1,19 Milliarden Euro. In der Debatte nannte es Faeser die „zentrale Priorität der Bundesregierung“, für Sicherheit zu sorgen. So stärke man den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz mit 640 Millionen Euro und modernisiere das Warnsystem. Auch würden die logistischen Fähigkeiten des THW gestärkt. Zudem habe man auch im Cyberbereich einen deutlichen Aufwuchs im Vergleich zur ursprünglichen Finanzplanung. Damit würden zivile Infrastrukturen besser geschützt und die Informationssicherheit in der Bundesverwaltung gestärkt. „Diese Koalition“, betonte die Ministerin, „macht das Land widerstandsfähiger“. Dagegen beklagte André Berghegger (CDU), dass der BMI-Etat 2023 zwar in den parlamentarischen Beratungen gewachsen sei, aber an den falschen Stellen.

So habe der Regierungsentwurf deutliche Kürzungen bei der Bundespolizei, beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und beim THW vorgesehen. Dies habe die Koalition in den Etatberatungen zu korrigieren versucht, aber sei dabei viel zu kurz gekommen.

Zusätzliche Stellen Martin Gerster (SPD) nannte es demgegenüber ein „sehr gutes Ergebnis“, dass das Ausgabenvolumen des Innen-Etats für das kommende Jahr 1,8 Milliarden Euro mehr umfasse als in der ursprünglichen Finanzplanung. Dabei erhielten das BMI und seine Behörden 1.607 zusätzliche Stellen. Bei der inneren Sicherheit und der Cyberabwehr würden zusätzlich 41 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und beim THW und BBK 104 Millionen Euro, bei den Integrationskursen gebe es ein Plus von 153 Millionen Euro. Martina Renner (Die Linke) monierte, dass man in der Haushaltsvorlage „überall massive Personalaufstockungen“ sehe, obwohl der Stellenzuwachs aus dem letzten Etat bis heute nicht annähernd besetzt sei. So gebe es allein bei der Bundespolizei 9.000 offene Stellen. Streit gab es in der Debatte auch um die Migrationspolitik. Marcus Bühl (AfD) hob hervor, dass die Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) für Oktober dieses Jahres mit fast 24.000 Asylanträgen einen Anstieg um 80 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat ausweise. Statt sich um einen umfassenden Grenzschutz zu kümmern und „den großen Sozialmagneten abzuschalten“, ver-



wende die Koalition erhebliche Teile des Etats für „Ideologieprojekte“ wie eine behördenunabhängige Asylberatung. Bei der Ausrüstung für die innere Sicherheit kreise dagegen der Rotstift.

»Migrationskrise« Andrea Lindholz (CSU) sagte, dass es in diesem Jahr neben rund 1,1 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine bereits 160.000 Asylbewerber gebe mit steigender Tendenz bei der irregulären Migration. Deutschland befinde sich in einer „massiven Migrationskrise“, auf die Faeser unzureichend reagiere. Die Ministerin wies dies zurück und betonte: „Wir haben keine große Migrationskrise“. Mit solchen Bemerkungen spalte Lindholz die Gesellschaft und stärke die AfD. Konstantin Kuhle (FDP) konstatierte, die Kombination aus der Bearbeitung der Asylanträge und der Aufnahme der Ukrainer stelle die Kommunen vor besondere Herausforderungen. Daher unterstütze der Bund sie im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung. Gebrauch werde mehr reguläre und weniger irreguläre Migration. Daher sei es gut, dass die Koalition bald die Asylverfahren beschleunigen und mit dem „Chancen-Aufenthalt“ für mehr Integration in den Arbeitsmarkt sorgen werde. Auch werde sie bald ein Eckpunktepapier zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt beschließen, denn das sei es, was das Land brauche. **Helmut Stoltenberg**

»Die Innenpolitik ist Gewinnerin der Haushaltsverhandlungen.«
Martin Gerster (SPD)

Geburtstagsgeschenk von Vater Staat

KULTUR Zur Volljährigkeit sollen Jugendliche im kommenden Jahr einen Gutschein über 200 Euro erhalten

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '23

Es war eine der schöneren Überraschungen der diesjährigen Haushaltsverhandlungen im Bundestag. Am Morgen nach der berühmten-berühmten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, am 10. November, traten Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) sichtlich gut gelaunt vor die Presse und verkündeten, dass Deutschlands Jugendliche im kommenden Jahr zum 18. Geburtstag von Vater Staat ein besonderes Präsent erhalten sollen: Einen Gutschein über 200 Euro für Theater-, Konzert-, Kinobesuche und andere Kulturveranstaltungen oder Bücher und Musik. Überraschend war die Verkündung dieser neuen Kultursubvention schon deshalb, weil sie weder im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt veranschlagt; noch von Roth während der Haushaltsberatungen im Kulturausschuss mit nur einem Wort angekündigt worden war.

mie. Zum einen sei der Zugang zur Kultur in den vergangenen zwei Jahren massiv eingeschränkt gewesen, zum anderen kämpfe die Kulturbranche noch immer mit einem anhaltenden Publikumsschwund. „Wir wollen junge Menschen für die Vielfalt der Kultur in unserem Land begeistern“, sagte Roth bei der Vorstellung des Projektes.

Über zwei Jahre lang soll dieser Kulturpass von den Jugendlichen mittels einer App oder Website eingelöst werden können. Beschränkt sein soll das Angebot allerdings auf lokale Kulturanbieter. Große Verkaufsplattformen und Online-Versandhändler wie Amazon sollen ausgeschlossen sein. Laut Statistischem Bundesamt werden im kommenden Jahr etwa 750.000 Jugendli-

che das 18. Lebensjahr vollenden und somit in den Genuss des Kulturpasses kommen können. Bei einem Erfolg des zunächst auf ein Jahr begrenzten Pilotprojektes ist eine Fortsetzung und Ausweitung für Jugendliche ab 15 Jahre geplant.

Vorbild Frankreich Vorerst sind die eingeplanten 100 Millionen Euro jedoch mit einem Sperrvermerk im Haushalt versehen. Bis das Projekt wie geplant im zweiten Quartal des kommenden Jahres starten kann, muss Roth noch einen konkreten Umsetzungsvorschlag vorlegen. Das Vorbild für den Kulturpass stammt aus Frankreich. Dort habe man bereits „sehr positive Erfahrungen mit dem Förderinstrument gemacht“, heißt es in einer Pressemitteilung der BKM. Bei der Entwicklung der deutschen Version will Roth deshalb eng mit ihrer französischen Amtskollegin Rima Abdul-Malak zusammenarbeiten. Am vergangenen Donnerstag unterzeichneten Roth und Abdul-Malik im Kanzleramt in Berlin eine entsprechende gemeinsame Erklärung. In Deutschland existieren Kulturpässe bislang nur in einigen Städten und Regionen. Sie werden an sozial Schwache, Rentner, Studenten und Schüler ausgestellt, um am kulturellen Leben teilnehmen zu können. **Alexander Weinlein**



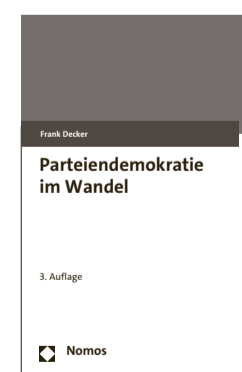
In Deutschland existieren Kulturpässe in einigen Regionen und Städten wie Frankfurt am Main für sozial Schwache, Rentner, Studenten und Schüler. **picture alliance/dpa**

300 Millionen für den Sport

Nancy Faeser, für den Sport verantwortliche Bundesinnen- und Heimatministerin zeigte sich in der Plenardebatte am vergangenen Donnerstag über den Etat ihres Hauses zufrieden: Ein Mittelansatz von mehr als Knapp 300 Millionen Euro für den Sport seien eine gute Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sagte die SPD-Politikerin. Besonders das Programm „Integration durch Sport“ leiste hier einen wichtigen Beitrag. Der Regierungsentwurf sieht für die Titelgruppe 02 (Einzelplan 06, Kapitel 0601) Ausgaben in Höhe von 296,79 Millionen Euro vor. Einen Zuwachs gibt es unter anderem beim Posten „Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports“. Das Plus von 1,25 Millionen Euro soll dem Leistungssport für Menschen mit Behinderung zugutekommen. Neu aufgenommen in den Etat wurden durch den Haushaltsausschuss 1,5 Millionen Euro für das Präventionsprogramm gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit im Sport. Die sportwissenschaftliche Forschung soll bei der Entwicklung athletenaher, sportartspezifischer und interdisziplinärer Trainingsmethoden helfen. Im Etat niedergeschlagen haben sich auch Großveranstaltungen wie die Olympic World Games 2023 in Berlin - das weltweit größte inklusive Sportevent - und die Fußball-Europameisterschaft der Männer 2024 in Deutschland: Unter dem Motto „United by Football. Vereint im Herzen Europas“ soll „die verbindende Kraft des Sports genutzt werden und über den Turnierzeitraum hinaus einen bleibenden Mehrwert für Demokratie, Respekt und Toleranz in Deutschland schaffen.“ **mis**

Anzeige

Parteienlandschaft in Bewegung



Parteiendemokratie im Wandel
Von Prof. Dr. Frank Decker
3., aktualisierte und überarbeitete Auflage
2023, ca. 300 S., brosch., ca. 34,- €
ISBN 978-3-8487-7265-0
E-Book 978-3-7489-1274-3
Erscheint ca. Januar 2023

Die deutsche Parteienlandschaft ist in Bewegung. Parteiensystem und Parteien unterliegen einem starken Wandel, der sich am Verhältnis der Parteien zur Gesellschaft, ihrer Rolle im Staat und ihrem Innenleben festmacht. Das Buch behandelt alle drei Aspekte aus theoretischer wie empirischer Sicht und berücksichtigt dabei die Entwicklung bis einschließlich der Bundestagswahl 2021.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Zum Aufregen eignet sich das Bürgergeld auch nach dem gefundenen Kompromiss des Vermittlungsausschusses. Das zeigte sich während der einen Tag später stattgefundenen Debatte über den Haushaltsplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des größten Einzelrats im Bundshaushalt. Am vergangenen Donnerstag war insbesondere den Grünen, aber auch der SPD und dem Bundesarbeitsminister selbst anzumerken, wie groß ihr Ärger über die Union und die wochenlangen Debatten über das Bürgergeld immer noch ist (siehe dazu Seite 1 und Seite 9). Doch auch die AfD-Fraktion und die Linksfraktion wollten sich in der Haushaltsdebatte ihre Kritik am Bürgergeld nicht verkneifen, während sich die Union dafür lobte, „das Schlimmste“ verhindert zu haben.

Am Ende stimmte der Bundestag dem Sozialetat in geänderter Fassung (20/3511, 20/3526) mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP zu. Damit kann das Ministerium von Hubertus Heil (SPD) im kommenden Jahr 166,23 Milliarden Euro ausgeben und damit fünf Milliarden Euro mehr als 2022. Davon sind 2,4 Milliarden Euro für das Bürgergeld eingeplant.

Mehr Geld für Jobcenter Als erste Rednerin warf Silke Launert (CSU) der Regierung grundsätzlich vor, so zu tun, als sei alles wie immer und der Gabentisch reich gedeckt. Dem sei aber nicht so, weshalb die Verschuldungspolitik der Ampel unverantwortlich sei. Launert betonte, die Union habe beim Bürgergeld „das Schlimmste verhindert“. Ihr Fraktionskollege Stephan Stracke ergänzte: „Wir haben dafür gesorgt, dass es keinen Systemwechsel und kein bedingungsloses Grundeinkommen gibt.“ Kathrin Michel (SPD) verwies auf die in den parlamentarischen Beratungen noch einmal aufgestockten Mittel für die Jobcenter, die nun 2023 mit 10,3 Milliarden Euro planen und den auf sie zukommenden Aufgaben durch die Bürgergeld-Reform gerecht werden könnten. „Damit ermöglichen wir einen Paradigmenwechsel hin zu Qualifikation, für den wir als SPD schon so lange gekämpft haben.“

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) kritisierte das Bürgergeld als nach wie vor kontraproduktiv, da es die Gefahr erhöhe, in der Langzeitarbeitslosigkeit zu bleiben. Auch kläre die Regierung nicht, wie die horrenden Kosten für diese Reform künftig finanziert werden sollen: „Die Ampel hofft mit geschlossenen Augen auf das Beste.“ Als deutlich zu niedrig angesetzt kritisierte sie außerdem die zehn Milliarden Euro für die aktienbasierte Teilfinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) nutzte seine Rede für eine Abrechnung mit der Union. Auf Kosten von Menschen mit geringem Einkommen Politik zu machen, sei „unerhört“. Und weiter: „Wenn Sie etwas für Geringverdienende tun wollen, sorgen Sie doch für mehr Tarifbindung in den Unternehmen!“ Der Ansatz des Bürgergeldes, Vertrauen aufzubauen und auf dieser Basis eine Perspektive für die Menschen zu entwickeln, gelte nach wie vor. Am Ende sei es auch Wirtschaftspolitik, denn es gehe darum, Potenziale zu heben. „Das ist unser Ansatz“, sagte Kurth.

Gesine Lötzsch (Die Linke) kritisierte, das neue Bürgergeld bleibe Armut per Gesetz, 52 Euro mehr für den Regelsatz sei noch nicht einmal ein ausreichender Inflationsausgleich. Sie warf der Koalition vor, bei den Sanktionen eine „Rolle rückwärts“ gemacht zu haben, sich aber für Sanktionen bei steuersüchtigen Einkommensmillionären nicht zu interessieren.

Claudia Raffelhüschen (FDP) hob hervor, dass die Koalition auf die Hilferufe der Jobcenter reagiert habe. Das oberste Ziel bleibe, Menschen in Arbeit zu bringen, das könnten die Jobcenter nun angemessen umsetzen.



Ab 2023 gilt in den Jobcentern: Weiterbildung hat Vorrang vor schneller Vermittlung.

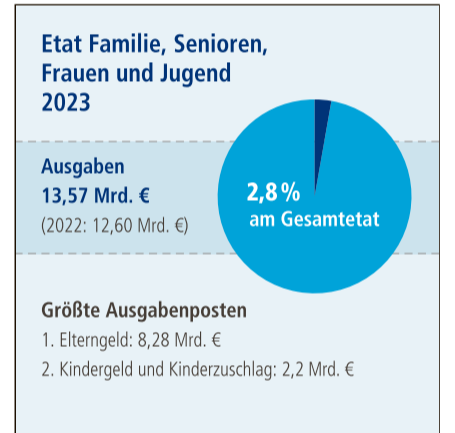
© picture-alliance/CHROMORANGE/Fabian Steffens

„Zentraler Krisenherd des Einzelplans 11 bleibt die Rente“, sagte sie, denn der demografische Effekt werde mit dem Renteneintritt der Babyboomer noch eklatanter werden. Deshalb sei es gut, dass es nun eine Anschubfinanzierung für die „Aktienrente“ gebe. Bundesarbeitsminister Heil verteidigte noch einmal das Bürgergeld. Die Qualität des Sozialstaats bemesse sich auch daran, wie er Menschen zu einem selbstbestimm-

ten Leben befähige. „Mit dem Bürgergeld lohnt sich Arbeit noch mehr“, sagte Heil unter Hinweis auf die höheren Hinzuverdienstregeln. „Arbeit muss sich lohnen. Arbeit muss den Unterschied machen!“ Wer das wolle, argumentiere nicht gegen einen höheren Mindestlohn. Er verwies darauf, dass zwei Drittel der Langzeitarbeitslosen keinen Berufsabschluss hätten. Hier setze das Bürgergeld an, sagte Heil.

Ausgaben Der Löwenanteil der Ausgaben des Arbeitsministeriums entfällt wie immer auf die Rentenversicherung und die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dafür sind insgesamt 121,28 Milliarden Euro vorgesehen (2022: 116,79 Milliarden Euro). Darin enthalten sind die Leistungen an die Rentenversicherung mit 112,39 Milliarden Euro (2022: 108,3 Milliarden Euro). Die Erstattung des Bundes für die Grundversicherung im Alter wurde in den parlamentarischen Beratungen noch einmal um 300 Millionen Euro aufgestockt. Die Grundversicherung für Arbeitssuchende kostet 40,59 Milliarden Euro (2022: 40,81 Milliarden Euro). Mit 10,4 Milliarden Euro

soll die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung um 400 Millionen Euro höher ausfallen als im Regierungsentwurf vorgesehen (2022: 9,8 Milliarden Euro). Die Kosten für das Arbeitslosengeld II sind mit 23,76 Milliarden Euro festgelegt (2022: 21,09 Milliarden Euro). Der Anstieg geht im Wesentlichen auf das Bürgergeld zurück, unter anderem die höheren monatlichen Regelsätze. Die Verwaltungskosten für die Jobcenter wurden in den Haushaltsberatungen mit 5,25 Milliarden Euro um 200 Millionen Euro höher veranschlagt als ursprünglich geplant. Für die Eingliederung in Arbeit sieht der Haushalt 4,4 Milliarden Euro vor (2022: 4,81 Milliarden Euro). Mit 508,13 Millionen Euro soll die Inklusion von Menschen mit Behinderungen gefördert werden (2022: 504,85 Millionen Euro). Auf den Weg gebracht wird außerdem ein Härtefallfonds, um Fehler in der Rentenüberleitung nach 1990 auszugleichen. Der 500 Millionen-Euro-Zuschuss des Bundes für den Fonds ist für die AfD allerdings viel zu gering und kommt für Die Linke viel zu spät. **Claudia Heine**



Neue Finanzquelle für die Rentenversicherung

AKTIENRENTE Mit einem Darlehen von zehn Milliarden Euro soll ein Kapitalstock aufgebaut werden

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '23

„Es wird keine Renten Kürzungen und keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters geben. Um diese Zusage generationengerecht abzusichern, werden wir zur langfristigen Stabilisierung von Rentenniveau und Rentenbeitragsatz in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einsteigen.“ Das haben SPD, Grüne und FDP vor einem Jahr in ihren Koalitionsvertrag geschrieben und wollten dieses Vorhaben offensichtlich nicht auf die lange Bank schieben. Deshalb sind im Bundshaushalt erstmals zehn Milliarden Euro als Anschubfinanzierung für die sogenannte Aktienrente eingestellt. Die Aktienrente ist vor allem ein Projekt der FDP, für das sie bereits vor der letzten Bundestagswahl trommelte. Johannes Vogel, damals noch rentenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, heute Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, nannte noch kurz vor der Wahl im September in einem Gastbeitrag der FAZ das jetzige Rentensystem nicht mehr tragfähig. Grund: Jedes

Jahr bezuschusst der Bund die gesetzliche Rente mit immer höheren Summen, die schon seit einigen Jahren die 100-Milliarden-Euro-Marke überschreiten. „Und die Babyboomer gehen erst noch in Rente!“, warnte er. Die FDP würde deshalb mit ihrem Vorschlag „ganz neu denken“. Der Einstieg in eine Kapitaldeckung sei ein wichtiger Schritt, um die Rente demografiefester zu machen und das Rentenniveau langfristig zu steigern, heißt es in einem Papier des Bundesfinanzministeriums, das Anfang November bekannt wurde. Der für den Einstieg in die Kapitaldeckung notwendige Kapitalstock, eine sogenannte Aktienrücklage, taucht nun erstmals im Haushalt für das kommende Jahr auf, allerdings sollen die zehn Milliarden Euro zunächst als Darlehen zur Verfügung gestellt werden.

Öffentlich-Rechtliche Verwaltung Erträge des Kapitalstocks sollen ab Mitte der 2030er Jahre einen Beitrag zur Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung leisten, heißt es in dem Papier. Die Zweckbindung der Erträge des Kapitalstocks zugunsten der Deutschen Rentenversicherung soll gesetzlich verankert werden. Der Fahrplan sei so-

wohl mit dem Arbeits- sowie Wirtschaftsministerium abgestimmt, schreibt das Finanzministerium. Ziel sei, mit dem Kapitalstock die Renditechancen des globalen Kapitalmarkts zu nutzen und die Verwaltung des Fonds an eine neu zu gründende, unabhängige öffentlich-rechtliche Stelle zu übertragen.

> STICHWORT
Rente
> Gesetzliche Rente Die Rente wird bisher aus Beiträgen der Versicherten und Zuschüssen des Bundes finanziert. Aufgrund des demografischen Wandels gibt es jedoch immer weniger Versicherte.
> Zuschüsse Der Bund bezuschusst die Rente mit immer höheren Summen - mit mehr als 100 Milliarden Euro jährlich.
> Aktien Für die Stabilität des Systems soll die gesetzliche Rentenversicherung künftig teilweise durch Gewinne aus Aktiengeschäften finanziert werden. **che**

Bisher wird die gesetzliche Rente aus Beiträgen der Versicherten, die immer weniger werden, und Zuschüssen des Bundes, die immer größer werden, finanziert. Der demografische Wandel hat deshalb schon zu einigen Rentenreformen, wie der Einführung der Riester-Rente geführt. Diese steht jedoch vor dem Aus und soll durch neue Angebote ersetzt werden.

Die Bundesregierung verweist bei ihren Plänen zur Aktienrente gern auf europäische Nachbarländer, zum Beispiel Schweden. Dort fließen 2,5 Prozent vom gesetzlichen Versicherungsbeitrag verpflichtend in Aktien und Anleihen, was die FDP auch in Deutschland gerne gesehen hätte, aber nicht durchsetzen konnte. Noch sind viele Details unklar. Kritiker sehen einen Erfolg der Aktienrente nur durch einen nicht-staatlichen Fondsverwalter gewährleistet oder lehnen eine Finanzierung über Schulden ab. „Ob es eine echte Entlastung ist, sich auf dem Kapitalmarkt zu verschulden, um dann aus den Erträgen eines Kapitalstocks Schuldendienste mit Zins und Zinseszins zu zahlen, ist höchst zweifelhaft“, schreibt etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund. **che**

Aufschlag für Familien und Kinder

FAMILIE Sprach-Kitas bleiben zunächst bis Mitte 2023

Der Streit um die Sprach-Kitas, der die bisherigen Haushaltsdebatten überlagert hatte, ist zunächst beigelegt. Denn in der abschließenden Beratung des Haushaltsausschusses einigten sich die Abgeordneten darauf, das Bundesprogramm bis zum Sommer 2023 weiterlaufen zu lassen. 138 Millionen Euro stellt der Bund den Ländern zur Verfügung, damit diese mehr Zeit haben, das Programm anschließend in Eigenregie umzusetzen. Als in der vergangenen Woche der Einzelplan 17 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für 2023 debattiert wurde, spielten die Sprach-Kitas also nicht mehr die Hauptrolle, auch wenn sich viele Abgeordnete einen Verweis auf den Streit nicht verkneifen konnten. Schließlich billigte der Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP den Haushaltsplan in der Ausschussfassung (20/3516, 20/3526).

Die Opposition stimmte trotz der gegenüber dem Regierungsentwurf um 688 Millionen Euro aufgestockten Mittel dagegen und kritisierte falsche Prioritäten: die AfD-Fraktion die Demokratieförderprogramme, die Union den Umgang mit frühkindlicher Förderung und Die Linke den aus ihrer Sicht unzureichenden Kampf gegen Kinderarmut. Für die Bundesregierung dagegen ist klar: Der Haushalt setzt ein deutliches Zeichen gegen gesellschaftliche Spaltung. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) betonte, die Regierung stelle sich der Wirklichkeit, wie sie ist, und habe jene im Blick, die es vor allem brauchen. Silvia Breher (CDU) kritisierte: Fünf Millionen Euro mehr für die Stiftung „Frühe Hilfen“ klängen zwar viel, seien aber nur ein Ausgleich für steigende Kosten und reichten bei weitem nicht. Bruno Hönel (Grüne) betonte, ein großes Problem sei die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Deshalb seien die Mittel für Förderprogramme noch einmal angehoben worden. Ähnlich argumentierte Elisabeth Kaiser (SPD) und lobte die Unterstützung für Mental-Health-Coaches an Schulen und die Aufstockung der Mittel für die Jugendmigrationsdienste.

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) kritisierte die Mittel für die Demokratieförderung. Während die Regierung die Bevölkerung zum Sparen auffordere, „werden hier dreist Gelder an Lobbygruppen“ verteilt. Gesine Lötzsch (Die Linke) nannte die Kinder-

gelderhöhung „kein Grund zum Feiern“. 43 Prozent der Alleinerziehenden gelten als einkommensarm, dagegen tue die Regierung nach wie vor viel zu wenig. Claudia Raffelhüschen (FDP) zeigte wenig Verständnis für die Haltung der Bundesländer beim Thema Sprach-Kitas. Es sei nun einmal nicht Bundesaufgabe, diese dauerhaft zu finanzieren.

Haushalt in Zahlen Das Familienministerium kann im kommenden Jahr 13,57 Milliarden Euro (2022: 12,6 Milliarden Euro) ausgeben. Größter Einzelposten ist das Elterngeld, das mit 8,28 Milliarden Euro zu Buche schlägt (2022: 7,73 Milliarden Euro). Der Kinderzuschlag für Familien mit geringem Einkommen kostet 1,87 Milliarden Euro (2022: 1,37 Milliarden Euro) und 210 Millionen Euro das Kindergeld (2022: 195 Millionen Euro). Sehr viel Geld zahlt der Staat auch im kommenden Jahr für nicht geleistete Unterhaltszahlungen: 1,19 Milliarden Euro (2022: 1,02 Milliarden Euro). Aufgestockt werden sollen die Ausgaben zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie, und zwar von 183,5 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro. 502,37 Millionen Euro soll die Ministerin für die Stärkung der Zivilgesellschaft, für Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik ausgeben können. Während der parlamentarischen Beratungen wurden unter anderem die Mittel für Träger und Ausgaben der Familienpolitik und der freien Jugendhilfe und für die Betreuung von Geflüchteten deutlich erhöht. Auch die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs soll finanziell besser ausgestattet werden. **che**

Ein Pakt, zwei Pakte oder gar kein Pakt?

RECHT Digitalisierung der Länderjustiz ist Streitpunkt

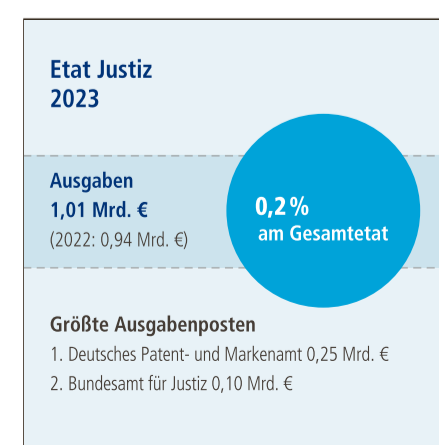
Die Digitalisierung der Justiz hat sich Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) auf die Fahnen geschrieben. In dem Bereich, der überwiegend in Verantwortung der Länder liegt, hinkt Deutschland hinterher. Um das zu ändern, will die Bundesregierung in Person von Buschmann unter anderem den Ländern mit einem „Pakt für den digitalen Rechtsstaat“ auf die Sprünge helfen. Insgesamt 200 Millionen Euro hat er in seinem Etat für Bund-Länder-Digitalprojekte eingeplant, 50 Millionen Euro sollen bereits im kommenden Jahr fließen. Es ist die gewichtigste Änderung im vergangenen Woche mit Koalitionsvertrag gegen die Stimmen der Opposition beschlossenen Justizetat. Digitalisierung sei ein „Dienst an der Demokratie und an der Akzeptanz des Rechtsstaates“, betonte Buschmann in der Einzelplan-Debatte. Seine Länderkolleginnen und -kollegen hat der Liberale aber bisher nicht überzeugen können. Die Länder wollen viel mehr Geld für Digitalisierung – 350 Millionen Euro pro Jahr – und weitere 220 Millionen Euro, um den in der letzten Legislaturperiode aufgelegten Pakt für den Rechtsstaat zu vertiefen. Seinerzeit hatte der Bund 200 Millionen Euro abgetreten, um den Stellenaufbau in der Länderjustiz zu fördern. Die Länder berufen sich in ihren Forderungen auf den Koalitionsvertrag, in dem steht, den „Pakt für den Rechtsstaat“ zu vertiefen und ihn um einen „Digitalpakt für die Justiz“ zu erweitern.

Das Thema ist so strittig, dass Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina (Bündnis 90/Die Grünen) als Bundesratsmitglied zur Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses kam, um dort – gegen halb drei Uhr morgens – diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das kam offenbar nicht gut an. Der Ausschuss unterbrach die Sitzung und beschloss, die Mittel zu sperren, wie SPD-Haushalterin Esther Dilcher in der Debatte berichtete. Heißt: Ohne Zustimmung vom Haushaltsausschuss wird kein Cent in Digitalprojekte fließen.

Wie die Länder wies allerdings auch Franziska Hoppermann (CDU) auf den Koalitionsvertrag hin. Buschmann habe sich davon in den Haushaltsberatungen „explizit verabschiedet“ und werde somit „wortbrüchig“, kritisierte die Christdemokratin. Für die FDP-Fraktion erwiderte Thorsten Lieb, dass es vielmehr richtig sei, „den Pakt für den Rechtsstaat und den Digitalpakt für Justiz in einem Pakt zu bündeln“. Auch SPD-Abgeordnete Dilcher konnte dieser Argumentation etwas abgewinnen. Dilcher und Lieb wiesen zudem auf die grundsätzliche Zuständigkeit der Länder für ihre Justizapparate hin.

Bei den Grünen sieht man in dem Digitalpakt hingegen nur einen ersten Schritt. Über die Vertiefung des Pakts für den Rechtsstaat werde noch zu sprechen sein, machten Bruno Hönel und Till Steffen deutlich. „Gerechtigkeit braucht personelle und sächliche Ausstattung der Justiz in den Ländern“, forderte Susanne Hennig-Wellsow für Die Linke, „nicht alles ist 2.0“. Matthias Peterka (AfD) warf Buschmann eine mangelnde eigene Handschrift vor. Selbst der Digitalpakt sei ein „Gewürge“ und „noch alles andere als sicher“.

Der Etat Mit Ausgaben von rund einer Milliarde Euro liegt der Ansatz rund 68 Millionen Euro über dem Soll für 2022. Ausgebaut wurde in den parlamentarischen Beratungen (20/3507, 20/3526) unter anderem die Förderung für die Beratungsorganisation „Hate Aid“, die sich um Opfer digitaler Gewalt kümmert, sowie die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit. **scr**





Krankenhäuser leiden unter hohen Kosten und Personalengpässen. Die Koalition will für Entlastung sorgen. Profitieren sollen unter anderem Kinderkliniken und die Geburtshilfe.

© picture-alliance/SZ Photo/Catherina Hess

Drängende Reformen

GESUNDHEIT Etat für 2023 schrumpft deutlich. Kritische Finanzlage bei Krankenhäusern

Nach den enormen Aufwendungen in der Corona-Pandemie bleibt der Kostendruck im Gesundheitswesen auch in den nächsten Jahren bestehen. Während die Koalition hofft, mit dem Haushalt 2023 die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für eine effektive Gesundheitspolitik vorgelegt zu haben, beklagt die Opposition ein zu zögerliches Vorgehen angesichts der drängenden Reformen. Vor allem ein Problem spitzt sich zu: Die finanzielle Schieflage vieler Krankenhäuser hat mit der Energiekrise an Dramatik gewonnen. Im Gespräch ist nun ein Härtefallfonds. Der vergangene Woche gegen das Votum der Opposition beschlossene Gesundheitsetat für 2023 (20/3100; 20/3526) sieht Ausgaben von rund 24,48 Milliarden Euro vor, verglichen mit dem Rekordumfang von rund 64,36 Milliarden Euro in diesem Jahr. Der Etat von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) schrumpft damit im Jahresvergleich um fast 40 Milliarden Euro, kein anderes Ressort gibt so viel ab.

»Strukturelle Probleme im Klinikbereich sind nicht gelöst.«

Paula Piechotta (Grüne)

gaben umfasst wie in den Vorjahren 14,5 Milliarden Euro. Hinzu kommt ein ergänzender Bundeszuschuss von zwei Milliarden Euro. Zudem ist ein Darlehen an den Gesundheitsfonds von einer Milliarde Euro vorgesehen.

Corona-Kosten In den Beratungen bewilligten die Haushälter zusätzlich 2,42 Milliarden Euro, mit denen Kosten für die nach wie vor nicht überstandene Coronakrise abgebildet werden sollen. Davon werden 1,2 Milliarden Euro für Leistungen des Bundes an den Gesundheitsfonds für Sars-CoV-2-Pandemie verursacht Belastungen zur Verfügung gestellt, unter anderem aufgrund der Verlängerung des Kinderkrankengeldes sowie der Abrechnung der Test- beziehungsweise Impfverordnung (Soll 2022: 30,03 Milliarden Euro). Für die Beschaffung von Impfstoffen sind 992 Millionen Euro mehr vorgesehen als im Regierungsentwurf (Soll 2022: 7,09 Milliarden Euro), insgesamt nunmehr 3,02 Milliarden Euro. Zudem wurden die „Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus“ mit 232,7 Millionen Euro um rund 113 Millionen Euro erhöht (Soll 2022: 1,9 Milliarden Euro). Davon sollen 60 Millionen Euro für die Coronavirus-Surveillance-Verordnung genutzt werden und 18,7 Millionen Euro für das Abwassermonitoring. Für die Informations- und

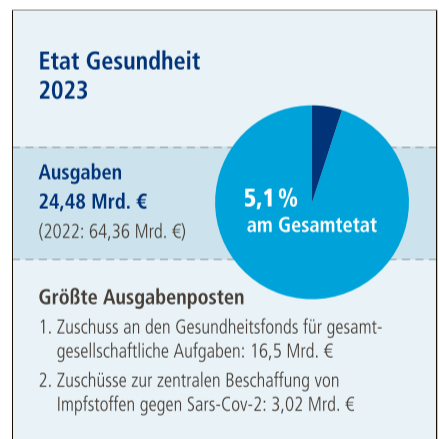
Aufklärungsarbeit zur Bekämpfung des Coronavirus sind 60 Millionen Euro vorgesehen (Soll 2022: 188,9 Millionen Euro).

Impfstoffe In der Debatte gingen mehrere Redner auf die angespannte Lage in den Krankenhäusern ein und forderten schnelle und nachhaltige Lösungen. Auch die Digitalisierung, die Pflege sowie die Coronapandemie waren wichtige Themen in der Aussprache. Helge Braun (CDU) kritisierte, es sei völlig unklar, welchen Zeiträumen und welche Höhe der geplante Härtefallfonds für Krankenhäuser haben werde. Kliniken und Pflegeeinrichtungen bräuchten aber Gewissheit. Er stellte auch die hohen Aufwendungen für Corona-Impfstoffe infrage. Angesichts der abklingenden Pandemie sei zu erwarten, dass viele Impfstoffe nicht gebraucht würden und womöglich vernichtet werden müssten. Das wäre unethisch. Die Bundesregierung sollte auf die Hersteller zugehen und mehr Flexibilisierung bei der Impfstoffbeschaffung erreichen. Als erfreulich wertete Braun, dass die Etatsätze für die Drogenprävention und die globale Gesundheit gegenüber dem ursprünglichen Plan doch wieder aufgestockt wurden. Svenja Stadler (SPD) räumte ein, dass die Koalition in schwierigen Zeiten agiere und die finanziellen Spielräume eng seien. Zu den Problemfeldern im Gesundheitswesen zählt ihrer Ansicht nach die schleppende Digitalisierung. Daher werde Geld bereitgestellt zur Förderung der digitalen Transformation. Lauterbach sagte, der Haushalt sei geprägt durch ein Nebeneinander von großen Krisen und versicherte, die notwen-

digen Reformen seien in Arbeit. „Das Tempo ist derzeit hoch, wir haben viel vor uns.“ Er warnte zugleich davor, die Pandemie vorzeitig abzuschreiben. Es gebe zwar „Hinweise auf eine Entschärfung der Situation“, es wäre aber falsch, jetzt die Geduld zu verlieren. „Wir müssen die Feiertage absichern und noch einmal vorsichtig sein“, sagte er mit Blick auf Weihnachten. Der Minister kündigte diverse Reformen im Krankenhaussektor an, die unter anderem Kinderkliniken und die Geburtshilfe betreffen sowie die tagesaktuelle ambulante Versorgung in Kliniken und die Pflege. Daneben sei eine große Reform zur Überwindung der Fallpauschalen (DRG) geplant. Als weitere Projekte benannte er die Digitalisierung und eine Ausbildungsreform. Martin Sichert (AfD) wandte sich erneut in scharfer Form gegen die Corona-Strategie der Regierung und die Auflagen für Pflege-

kräfte. Seiner Ansicht nach ist in Pflegeeinrichtungen nicht ansatzweise das nötige Personal vorhanden, um die Senioren angemessen zu betreuen. Die Folge sei eine teils katastrophale Versorgungslage. Er warf der Regierung vor, für Chaos und Verunsicherung im Gesundheitswesen zu sorgen und forderte: „Hören Sie endlich auf, die ungeimpften Menschen in diesem Land zu drangsalieren.“

Personalmangel Paula Piechotta (Grüne) ging auf den Personalmangel in Krankenhäusern ein. Das Problem überstrahle sogar die Problematik der Energiepreise. Teils werde Personal zusammengezogen, um den Operationsbetrieb sicherstellen zu können. Sie betonte: „Der Fachkräftemangel ist das eklatanteste Problem im Gesundheitswesen.“ Sie fügte hinzu: „Grundlegende strukturelle Probleme im Klinikbereich sind nicht gelöst.“ Nach Ansicht der Linksfraktion ist das Gesundheitssystem auf Profit orientiert und damit grundsätzlich falsch organisiert. Gesine Lötzsch (Linke) sagte, den Krankenhäusern stehe das Wasser teilweise bis zum Hals, Ärzte bekämen Honorare nicht ausbezahlt, Mütter suchten händeringend einen Kinderarzt. Es sei auch absurd, dass Fieber- und Hustensaft zur Mangelware werde. Lötzsch mahnte: „Wir dürfen unser Gesundheitssystem nicht kaputt sparen.“ Karsten Klein (FDP) rechtfertigte die Abschmelzung der Haushaltsansätze zur Bekämpfung der Pandemie. Es sei richtig gewesen, mit massiven Mitteln gegen die Krise zu halten, nun würden die Mittel wieder zurückgefahren. *Claus Peter Kosfeld*



FÜNF FRAGEN ZUR: KONFLIKTAKADEMIE



Andreas Zick ist Direktor des Instituts für „interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung“.

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '23

Herr Zick, der Bundeshaushalt 2023 sieht eine Förderung Ihres Instituts von 2,1 Millionen Euro vor. Damit soll eine Konfliktakademie gegründet werden. Welche Aufgabe wird die Akademie übernehmen?

Die Akademie soll sich damit beschäftigen, warum zahlreiche Konflikte bei uns im Land eskalieren. Wir haben bereits viel Wissen aus der Forschung – nun müssen wir es bündeln. Außerdem soll es ein Ort sein, wo die verschiedenen Akteure aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zusammenkommen, wir unser Wissen weitergeben und aktives Konfliktmanagement anbieten können.

Sie leiten das Institut für „interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung“. Womit befassen Sie sich dort?

Wir erforschen gemeinsam mit Psychologen, Soziologen, Erziehungs- und Gesundheitswissenschaftlern sowie Histori-

kern, warum manche Proteste zu positiven Veränderungen und andere zu destruktiven Phänomenen wie Gewalt führen. Wir wissen beispielsweise, dass Vorurteile und Menschenfeindlichkeit oft zentral dafür sind, dass Konflikte destruktiv verlaufen. Und wir beschäftigen uns mit Prozessen von Radikalisierung und wodurch sich Menschen radikalisieren.

Die vergangenen Jahre sind Krisenjahre: Corona, Energiekrise, steigende Geflüchtetenzahlen: Merken Sie, dass die Konflikt- und Gewaltbereitschaft in Deutschland steigt?

Ja, allein die Zahlen der Behörden sprechen eine eindeutige Sprache. Eigentlich lebt die Demokratie von Konflikten. Diese dürfen nur nicht in Aggression, Gewalt und Herabwürdigungen eskalieren.

Und der aktuelle Dauerkrisenmodus führt zu solch eskalierenden Konflikten?

Viele Menschen haben gerade das Gefühl, dass die Gesellschaft verrotten. Eine Krise ist eine Situation, in der erst einmal

Ungewissheit entsteht. In der Krise funktionieren unsere Routinen nicht mehr. Genau das sind Situationen, in denen Konflikte entstehen. Die Besonderheit ist, dass wir im Moment viele verschiedene Krisen gleichzeitig erleben. Da merkt man die Macht der Konflikte enorm. Gleichzeitig funktionieren viele unserer Konfliktlösungen nicht mehr.

Haben Sie dafür ein Beispiel?

Eine Demokratie schützt beispielsweise Proteste. Doch wenn diese Proteste dazu führen, dass Polizei und Medien angegriffen werden, funktionieren diese Form des Konflikts nicht mehr. Wenn Bürgermeister nicht mehr antreten, weil sie Hass erleben, werden unter Umständen Konflikte nicht mehr gelöst. Auch im Parlament wird viel darüber diskutiert, warum der Ton so rau geworden ist. Wir müssen zuerst verstehen, woher diese Verrohung kommt, dann können wir ihr auch besser begegnen.

Das Gespräch führte Denise Schwarz.

»Viele unserer Konfliktlösungen funktionieren nicht mehr.«

Ein Etat voller »Lieblingsprojekte«

BILDUNG Budget steigt auf 21,46 Milliarden Euro

Um rund 890 Millionen Euro ist der Etat für Bildung und Forschung im Vergleich zum Entwurf der Bundesregierung im September (20/3100) gestiegen. Gegen die Stimmen der Opposition stimmte der Bundestag vergangenen Donnerstag dem Einzelplan 30 in der geänderten Ausschussfassung zu. Somit verfügt das „Chancenministerium“, wie Bettina Stark-Watzinger (FDP) ihr Ressort bei Amtsantritt bezeichnete, über einen Gesamtetat von 21,46 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2023. Stark-Watzinger zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis der Haushaltsverhandlungen, schließlich würden Bildung und Forschung trotz Krise mehr Geld erhalten. Auf die Kritik der Opposition, dass ihr Ministerium zu langsam arbeite, entgegnete sie, dass der Digitalpakt der Vorgängerregierung gezeigt habe, „was mit schneller Nadel genäht ist, das kommt das Geld am Ende nicht an“. Statt ewig nachzubessern, wolle man lieber gut vorbereiten – beispielsweise beim Startchancenprogramm.

Friedensforschung Auch wenn die Gesamtlage schwierig sei und die Spielräume immer enger würden, habe man es geschafft, einen „auf die Zukunft gerichteten Etat“ zu entwickeln, sagte Christoph Meyer (FDP). Besonders in der aktuellen Krisenlage, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stark strapazierte, sei es wichtig, dass der Etat eine Förderung der Friedens- und Konfliktforschung enthalte, betonte Wiebke Esdar (SPD). 2,1 Millionen Euro seien für die

Gründung einer Konfliktakademie (siehe Schlaglicht) veranschlagt. Weitere 60 Millionen ständen für die naturwissenschaftliche Friedensforschung zu Themen wie Abrüstung oder chemische und biologische Waffen zur Verfügung. Auch die Klimaforschung kommt laut Bruno Hönel (Bündnis 90/Die Grünen) nicht zu kurz. So werde durch die Finanzierung von Forschungsprojekten wie Grace – ein Satellitenprojekt zur Beobachtung der weltweiten Wassermenge – die Klima- und Nachhaltigkeitsforschung gestärkt. Ein weiterer Erfolg des Etats ist laut Hönel die Förderung der Endometrioseforschung. Obwohl es sich um die zweithäufigste gynäkologische Erkrankung handele, sei sie kaum erforscht, mahnte er. Die Finanzierung sei einer wichtiger Schritt zu einer geschlechtergerechteren medizinischen Forschung.

Falsche Schwerpunkte Große Teile der Opposition begrüßten zwar die Erhöhung des Etats, bemängelten aber, dass die Bildungsministerin falsche Schwerpunkte setze. Während beispielsweise ihre „Lieblingsprojekte“ wie die geplante Transferagentur Dati große Summen erhalten, steht die berufliche Bildung laut Kerstin Radomski (CDU) zu wenig im Fokus des Ministeriums. Zum Ausbildungsstart seien in diesem Jahr rund 200.000 Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben. Dies sei mit Blick auf den großen Bedarf an Fachkräften unter anderem in den Handwerksberufen ein großes Problem, sagte Radomski. Das Berufsschulsystem müsse angepasst werden,



Mädchen und junge Frauen außerdem „stärker für den Mint-Bereich und handwerkliche Berufe“ begeistert werden.

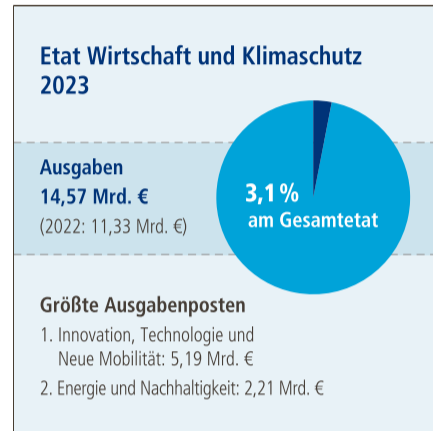
Für AfD-Politiker Marcus Bühl müsste dringend die Schulinfrastruktur verbessert werden. So sei ein umfangreiches Schulsanierungsprogramm längst überfällig. Statt die Ausstattung mit digitaler Technik voranzutreiben, müsse zuerst die „marode Substanz“ an vielen Schulen behoben werden – den Investitionsstau beziffert er auf rund 46 Milliarden Euro.

Petra Sitte (Die Linke) kritisierte, dass die Bildungsministerin die deutsche Hochschullandschaft auseinanderreiße. Statt einzelne Institute durch die Exzellenzinitiative zu fördern und so Hochschulen „erster und zweiter Klasse“ zu generieren, müssten Gelder in das gesamte chronisch unterfinanzierte Hochschulwesen fließen. *des*

St. Grünen-Politiker Robert Habeck mehr Klimaschutz- als Wirtschaftsminister? Andreas Mattfeldt sieht das genau so. Für Habeck stehe „nur der Klimaschutz im Vordergrund“, warf der Unionsabgeordnete dem Vizekanzler am vergangenen Freitag in der Aussprache über den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Einzelplan 09 des Haushaltsgesetzes 2023 (20/3100) vor: „Sie fördern lieber Lastenräder als Hochtechnologien“, sagte Mattfeldt. Damit gefährde der Minister den Wirtschaftsstandort und leiste einer De-Industrialisierung Vorschub. Sein Rat: „Nehmen Sie den Bereich Wirtschaft im Namen ihres Ministeriums ernster.“ Habecks Reaktion fiel deutlich aus. Mattfeldts Rede nannte er „Parallelluniversums-lastig“. Der Unionist habe da wohl einiges übersehen: Der Haushaltsentwurf umfasse „große Programmolumina, um die deutsche Wirtschaft in allen Bereichen stark zu machen“. Tatsächlich entfallen laut Haushaltsentwurf knapp die Hälfte der geplanten Ausgaben auf den Bereich „Innovation, Technologie und neue Mobilität“, für den 5,19 Milliarden Euro eingeplant sind, unter anderem 2,42 Milliarden für die Förderung von Luft- und Raumfahrt. Die Digitalisierung soll mit 1,54 Milliar-

Voller Energie

WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ Robert Habeck kann mit Ausgaben von 14,57 Milliarden Euro rechnen



den Euro gefördert werden, der Mittelstand mit 1,09 Milliarden. Auf der anderen Seite sind für „Energie und Nachhaltigkeit“ 2,21 Milliarden Euro vorgesehen, für den Klimaschutz 763,53 Millionen Euro, davon 710,12 Millionen Euro für Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland.

Habeck machte deutlich, dass nach seinem Verständnis Klimaschutz und Wirtschaftspolitik nicht zu trennen seien. Wer von „nur Klimaschutz“ spreche, verkenne die Zeichen der Zeit, führte Habeck aus: Innovation und Leistungsfähigkeit im Bereich einer grünen Wirtschaft entschieden über die Zukunftsfähigkeit der Volkswirtschaften weltweit. Der Kampf um die besten Köpfe, die besten Ideen, die besten Unternehmen habe bereits begonnen, wie man an der Wirtschaftspolitik der USA sehen könne, die global offensiv um Unternehmen aus diesem Bereich werbe und sie zur Ansiedlung in Amerika zu bewegen suche.

Rekordinflation, Rezession, Ukrainekrieg, Wandel im globalen Wettbewerb, Klimakrise – die aktuellen Herausforderungen könnten nicht größer sein, sagte Habeck. Es bedürfe großer Kraftanstrengungen, um sie zu bewältigen – der Haushaltsplan bilde dies ab.

Das sehen nicht alle so. Deutschland erlebe die größte Krise seit Gründung der Bundesrepublik und die Leute spürten, dass es noch schlimmer werden wird, sagte Wolfgang Wiehle (AfD). Die Regierungen anderer Länder schützten ihre Bürger „viel besser als diese Ampel“. Die Energiepreise jagten hierzulande von Rekord zu Rekord, während die Regierung in einem



Reichen die Hilfen? Kleinere Betriebe wie diese Wäscherei leiden unter hohen Energiepreisen © picture-alliance/SZ Photo/Robert Haas

Akt der „Selbstüberschätzung“ und des Selbstbetrugs dem Rest der Welt ihre „ideologische Energiewende“ als Vorbild anpreise. Christian Leye (Die Linke) monierte, dass in der Krise große Unternehmen sogar noch Gewinne einfahren würden, kleine Haushalte aber kaum mehr über die Runden kämen. Aufgabe der Regierung sei es, Deutschlands Interessen zu definieren und nicht den USA blindlings in eine Konfrontation mit China zu folgen, sondern die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen und Haushalte nach innen und außen zu vertreten.

Entlastungspakete Frank Junge (SPD) erklärte, die Ampelkoalition setze alles daran, Sicherheit für Bürger und Wirtschaft zu gewährleisten – so habe man Entlastungspakete in dreistelliger Milliardenhöhe verabschiedet: „Wir schaffen es, sie alle in der Krise nicht allein zu lassen“, sagte Junge. Das spüre die Wirtschaft auch.

Denn wie anders könne es sonst sein, dass sie im dritten Quartal dieses Multikrisenjahres immer noch ein Wachstum von 0,4 Prozent verzeichnen konnte. Dieter Janecek (Grüne) trat dem Vorwurf aus der Opposition entgegen, das Regierungshandeln sei zu viel mit akuter Krisenbewältigung befasst und lasse darüber eine klare Priorisierung und Weichenstellung für die Zukunft vermissen. Man tue viel für den Mittelstand, investiere in Energie und Nachhaltigkeit, nehme sich Zukunftsthemen der Raumfahrt an: „Innovation ist jetzt das Leitbild“, sagte der Grünen-Politiker, „denn nur so kommen wir aus der Krise“. Er warnte die Union, den Standort Deutschland schlecht zu reden – gemeinsam habe man doch vieles auf den Weg gebracht im zurückliegenden Jahr. Karsten Klein (FDP) erinnerte an den mit 200 Milliarden Euro gefüllten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF), mit dem die Folgen von Finanzminister Christian Lindner (FDP) so genannten Energiekriegen Russlands gegen Deutschland und

Europa gemildert werden sollen. „Mit dem WSF stellen wir uns an die Seite der Menschen in diesem Land“, sagte Klein und fügte hinzu: „Und mit der Einhaltung der Schuldenbremse stellen wir uns an die Seite künftiger Generationen“, die damit für künftige Krisen handlungsfäh blieben. Der WSF ermögliche zudem eine aktive Wirtschafts-, und eine koordinierte Klimapolitik.

Änderungen Nach der rund 90-minütigen Debatte wurde der Einzelplan 09 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen CDU/CSU, AfD und Linke in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (20/3509, 20/3526) angenommen. Im Einzelplan 09 sind Ausgaben von 14,57 Milliarden Euro gegenüber 11,33 Milliarden Euro in diesem Jahr vorgesehen. Abgelehnt wurden schließlich Änderungsanträge der AfD (20/4554) und der Union (20/4555).

Moor und Meer

UMWELT Etat wächst leicht auf 2,45 Milliarden Euro

Im September machte die Bundesregierung mit einer Personalie aufmerksam: Sie ernannte den Meeresbiologen Sebastian Unger zu ihrem ersten Meeresbeauftragten, angesiedelt beim Bundesumweltministerium. Eine Ernennung mit Signalwirkung: Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) will einen besseren Schutz von Nord- und Ostsee zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

Munitionsbergung Unterstützung dafür erhält sie nun auch vom Bundestag. Dieser hat in der vergangenen Woche den Einzelplan 16 des Bundeshaushalts 2023 beschlossen, der Ausgaben von rund 2,45 Milliarden Euro vorsieht. Darin enthalten ist mehr Geld für den nationalen Meereschutz. Insbesondere für das Sofortprogramm Munitionsaltlasten, mit dem eine schwimmende Plattform zur Bergung und Vernichtung von Kampfmitteln aus Nord- und Ostsee finanziert werden soll, stellt der Bund einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen 100 Millionen Euro bis 2026 bereit (mehr zum Projekt im Interview unten). Dafür hatte sich der Haushaltsausschuss auf Antrag der Koalitionsfraktionen stark gemacht und die für 2023 zunächst eingeplanten 22 Millionen auf 30 Millionen Euro erhöht. Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen wurde auf 72 Millionen verdoppelt. Eine Entscheidung, die alle Fraktionen lobten. Michael Thews (SPD) etwa sah darin eine ökologisch-ökonomische Win-Win-Situation: Die Gefahr, die von den Munitionsaltlasten für Mensch und Natur ausgehe, werde endlich gebannt, und die Bergungstechnik könnten deutsche Firmen als weltweiter Vorreiter auch exportieren. Hemmnisse bei Schifffahrt und Offshore-Windkraftausbau würden damit abgebaut, betonte Frank Schäffler (FDP) in der Debatte. Es sei gut, dass die Ampelfraktionen letztendlich der Einschätzung der Union gefolgt seien, die für die Munitionsbergung nötigen Gelder auch schon für die Folgejahre im Haushalt einzustellen, befand

auch Uwe Feiler (CDU). Das sei zumindest ein „kleiner Lichtblick“ in dem „wenig ambitionierten“ Haushaltsentwurf der Regierung. Ansonsten ließ die Opposition daran kaum ein gutes Haar und monierte vor allem falsche Prioritäten: Steffen Bilger (CDU) hielt der Ampel vor, zu wenig in Innovationen wie den technologiegetriebenen Klimaschutz zu investieren. Gerade Ministerin Lemke bremse – so etwa bei synthetischen Kraftstoffen. Amira Mohamed Ali (Linke) kritisierte eine zu geringe finanzielle Ausstattung des Verbraucherschutzes: Schuldnerberatung und Verbraucherzentralen bräuchten viel mehr Geld als veranschlagt, gerade in der Krise. Andreas Bleck (AfD) wiederum warf der Regierung vor, Umwelt- und Artenschutz dem Klimaschutz zu opfern: Meere und Wälder würden zu „Industriegebieten“, „hunderttausende Vögel und Fledermäuse“ fielen schon jetzt Windkraftanlagen zum Opfer. Das könnten auch die gestiegenen Mittel für den Artenschutz nicht kompensieren.

Klimaanpassung Umwelt-Staatssekretär Christian Kühn (Grüne), der anstelle der erkrankten Ministerin den Etat verteidigte, betonte die zusätzlichen Mittel für die Klimaanpassung: 60 Millionen stünden nun bereit, um die Folgen von Dürre, Waldbränden und Hochwasserkatastrophen abzufedern. Sebastian Schäfer (Grüne) kündigte zudem einen Förderschwerpunkt im Bundesnaturschutzfonds bei der Oder-Renaturierung an. Der Etat zeige: Ob Fischsterben oder Munitionsbergung – die Ampel übernehme Verantwortung: Die im parlamentarischen Verfahren noch aufgestockten Mittel kämen vor allem dem Natur- und Meeresschutz zugute. Die „größten Möglichkeiten“ für Klima- und Umweltschutz aber böten die im Klimafonds bis 2026 für das Umwelt-Ressort vorgesehenen vier Milliarden Euro, erklärte Judith Skudely (FDP). Diese werde die Ampel für den natürlichen Klimaschutz nutzen. Mit der Moorschutzstrategie sei ein erster Schritt bereits getan. sas II

Großer Nebenetat

KLIMAFONDS 35,96 Milliarden Euro sollen 2023 fließen

Aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) sollen im kommenden Jahr Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen in Höhe von rund 36 Milliarden Euro geleistet werden (Soll 2022: 27,9 Mrd. Euro). Als Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre sind 110,2 Milliarden Euro gebunden. Gegenüber der Planung im Regierungsentwurf fallen diese Ausgaben in dem Wirtschaftsplan des Fonds um 602 Millionen Euro und die Verpflichtungsermächtigungen um rund fünf Milliarden Euro höher aus. Der Klima- und Transformationsfonds, früher: Energie- und Klimafonds, ist ein Sondervermögen des Bundes und dient zur Finanzierung von klima-, energie- und transformationspolitischen Vorhaben. Insgesamt sieht der Wirtschaftsplan 60 Ausgabenstellen in den Bereichen Zuweisungen und Zuschüsse sowie Investitionen vor. Mit 13,9 Milliarden Euro stellt die Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren im Gebäudebereich 2023 den größten Ausgabenposten dar, weitere 12,4 Milliarden Euro sind mit dem Wirtschaftsplan für die kommenden Jahre gebunden. Da-

mit eng verknüpft ist ein neuer Titel im Fonds: Für eine neue Förderrichtlinie „Klimafreundlicher Neubau- und Wohneigentumsförderung von Familien“ sind in dem Fonds insgesamt 1,1 Milliarden Euro für die kommenden Haushaltsjahre ausgebracht, 100 Millionen Euro sind für Neubauförderung von Nicht-Wohngebäuden vorgesehen. Überjährig schlägt das Megaprojekt Dekarbonisierung der Industrie kräftig zu Buche. Für 2023 sind 2,21 Milliarden Euro vorgesehen, die Verpflichtungsermächtigung liegt bei 66,17 Milliarden Euro. Der Großteil fließt in das gleichnamige Förderprogramm. Klein in der Summe, aber aus Sicht der Koalition wichtig für die Energiewende ist ein neues „Aufbauprogramm Wärmepumpe“. Dafür sind für die kommenden Jahre 25 Millionen Euro etatisiert. Wie die Koalitionsfraktionen zur Begründung ausführen, besteht in dem Bereich ein Fachkräftemangel, um das ausgegebene Ziel der Inbetriebnahme von 500.000 neuen Wärmepumpen jährlich ab 2024 umzusetzen. Mit dem Programm sollen die Fachkräfte entsprechend qualifiziert werden. scr II

Anzeige



Und da war sie aus Gips – Die Rekonstruktion der Quadriga vom Brandenburger Tor

Eine Schau-Werkstatt der Gipsformerei – Staatliche Museen zu Berlin, Mauer-Mahmal im Deutschen Bundestag, Schiffbauerdamm, Eingang an der Spree, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, 10117 Berlin; Di-So, 11-17 Uhr, Eintritt frei. www.kunst-im-bundestag.de

»Das wird eine Aufgabe für Generationen«

MEERESSCHUTZ Munitionsexperte Torsten Frey über die Bergung von Kampfmitteln aus Nord- und Ostsee

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '23

Herr Frey, Sie forschen zur Munitionserkennung unter Wasser. Ihre Erkenntnisse werden künftig sehr gefragt sein: Der Bundestag hat gerade die nötigen Gelder für den Bau einer Plattform zur Bergung von Munitionsaltlasten aus Nord- und Ostsee freigegeben. Experten hatten dies lange gefordert.

Ja, ich bin froh, dass sich das Bundesumweltministerium endlich dieses Themas annimmt. Lange wurden die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern hin- und hergeschoben. Dabei drängt die Zeit: Die Kampfmittel altern, Korrosion zersetzt ihre Metallhüllen. Wir müssen also dringend mit der Räumung beginnen.

Geschätzt etwa 1,6 Millionen Tonnen Spreng- und Brandmunition, aber auch fünf-tausend Tonnen chemische Kampfmittel wurden nach dem Zweiten Weltkrieg vor den deutschen Küsten verklappt und lagern dort noch immer. Welche Gefahren drohen?

Die Gefahr wächst, da die Munition durchrostet und zunehmend Gifte ins Wasser ge-

langen, die den Lebensraum von Tieren und Pflanzen verseuchen. Schon jetzt lässt sich in den Verklappungsgebieten eine höhere Belastung mit toxischen Substanzen nachweisen: In Muscheln und Fischen wurde etwa eine Belastung mit dem krebserregenden Sprengstoff TNT und mit TNT-Umbauprodukten gefunden. Eine ähnliche Gefahr geht auch von anderen, teils auch lose auf dem Meeresgrund liegenden Explosivstoffbrocken aus.

Detonationen sind kein Risiko? Doch, denn es kommt immer wieder vor, dass Blindgänger von Bomben oder Seeminen im Zuge von Bauvorhaben gefunden und entschärft werden müssen. Die Munition selbst wurde glücklicherweise ohne Zünder verklappt. Sie macht auch den weitaus größeren Teil der in deutschen Gewässern vorhandenen Kampfmittel aus. Ein großer Vorteil, denn das ermöglicht – effiziente Technik vorausgesetzt – eine zügige Bergung. Dennoch: Der Kontakt ist nicht ungefährlich. Wir wissen aus Tests, dass die Schlagempfindlichkeit der Munition, und damit die Wahrscheinlichkeit versehentlicher Detonation, durch Alter und Korrosion wachsen. Auch das spricht für eine möglichst baldige Bergung. Es wird sonst immer komplizierter.

Ist im Einzelnen bekannt, wo die Munition versenkt wurde? Dank historischer Aufzeichnungen sind die Versenkungsgebiete bekannt. Diese wurden von den Alliierten nach dem Krieg ausgewiesen. Doch wir haben anhand von Sonarbildern nachweisen können, dass auch außerhalb der festgelegten Koordinaten verklappt wurden. Zudem sind die bekannten Versenkungsgebiete nicht so kartiert, dass klar ist, welche Mengen Munition dort liegen.



Torsten Frey forscht am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel.

son dort liegen. Wir von GEOMAR sind zwar mit der Kartierung einiger Versenkungsgebiete in der Ostsee schon recht weit. Was oder wie viel sich unter dem Meeresboden verbirgt, können wir trotzdem nur grob rekonstruieren.

Die Munitionsaltlasten sollen direkt auf See vernichtet werden, aber bis dafür geplante Plattform steht, werden Monate vergehen. Könnte man nicht ohne, dafür aber schneller beginnen?

Doch, aber damit der Prozess der Bergung und Vernichtung solch großer Munitionsmengen möglichst sicher und effizient abläuft, ist es sinnvoller, diese vor Ort in der Nähe des Fundorts zu zerstören, als sie quer durchs Land zu einem Kampfmittelentsorgungsbetrieb zu transportieren. Deshalb lohnt es sich, auf die Plattform zu warten.

Letzte Frage: Wie lange wird es dauern, bis Nord- und Ostsee frei von Kriegsmunition sind?

Leider sehr lange. Die Bergung ist aufwändig, teuer, zudem braucht es qualifiziertes Personal, das aktuell knapp ist. Das wird eine Aufgabe für Generationen.

Die Fragen stellte Sandra Schmid.



Der Vermittlungsausschuss verhandelte vergangene Woche über das neue Bürgergeld.

©Bundesrat/Sascha Radke

Die Schlichter der Nation

VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS In den letzten Jahren hatte das Gremium eher wenig zu tun. Das war nicht immer so

Dezember 2003: Im Streit um die „Agenda 2010“ von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verständigt sich der Vermittlungsausschuss in einer neunstündigen Nachtsitzung auf einen Kompromissvorschlag zur Einführung des Arbeitslosengeldes II; noch in derselben Woche billigen der Bundestag, in dem Rot-Grün die Mehrheit hat, und der unionsdominierte Bundesrat gegenüberstand und die Vermittler 100 Mal zu Gesetzesbeschlüssen anrufen wurden.

Laut Grundgesetz-Artikel 50 wirkt der Bundesrat bei der Gesetzgebung des Bundes mit, weshalb jedes vom Bundestag beschlossene Gesetz auch durch die Länderkammer muss. Manche Gesetze bedürfen deren expliziten Zustimmung; wo die absolute Mehrheit von 35 der insgesamt 69 Länder-Stimmen erforderlich ist; bei den anderen kann sie lediglich Einspruch einlegen. Deshalb wird zwischen „Zustimmungsgesetzen“ und „Einspruchsgesetzen“ unterschieden. Zustimmungsgesetze sind neben Grundgesetzänderungen, die sogar der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Bundesrates (und Bundestages) bedürfen, solche Gesetze, die sich auf die Länderfinanzen auswirken oder für deren Umsetzung in die Organisations- und Verwaltungshoheit der Länder eingegriffen wird. In den Jahren nach der Föderalismusreform von 2006 bis zum Beginn der laufenden Legislaturperiode 2021 traf dies auf rund 38 Prozent der Bundesgesetze zu.

Der Bundesrat kann aber – wiederum mit absoluter Mehrheit – zu jedem Gesetzesbeschluss des Bundestages den Vermittlungsausschuss anrufen. Erst nach einem Vermittlungsverfahren kann er gegebenenfalls Einspruch gegen eine Gesetzesvorlage einlegen, den der Bundestag indes mit gleichfalls absoluter Mehrheit zurückweisen kann. Beschließt der Bundesrat den Einspruch mit Zweidrittelmehrheit, ist auch für die Zurückweisung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Bei den Zustimmungsgesetzen hat der Bundesrat eine deutlich stärkere Stellung, denn ohne sein Placet kommt das Gesetz

nicht zustande. Findet sich in der Länderkammer keine 35-Stimmen-Mehrheit für die Zustimmung, ist das Vorhaben gescheitert – aber nicht sofort. Denn bei diesen Gesetzen können auch Bundesregierung und Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen – so wie jetzt die Bundesregierung beim Bürgergeld.

Zu einem zustimmungspflichtigen Gesetzesvorhaben kann es also bis zu drei Vermittlungsverfahren geben, beantragt jeweils vom Bundesrat, Bundestag oder Bundesregierung. Zwei Anrufungen bei einem Gesetz gab es zuletzt in der Wahlperiode von 2009 bis 2013; zu drei Anrufungen bei einem Gesetz ist es in der Geschichte der Bundesrepublik nur fünf Mal gekommen, zuletzt in der Wahlperiode von 1994 bis 1998. Seit 1949 wurde der Vermittlungsausschuss in 904 Gesetzgebungsverfahren angerufen, davon in rund 88 Prozent der Fälle vom Bundesrat, in zehn Prozent von der Bundesregierung und in zwei Prozent vom Bundestag.

Vermitteln soll der Ausschuss bei Gesetzen, die zwischen Bundestag und Bundesrat strittig sind.

32 Mitglieder Seine Grundlage hat der Vermittlungsausschuss, im Politjargon kurz „VA“ genannt, im Grundgesetz-Artikel 77, der einen „aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeten Ausschuss“ vorsieht. Dort ist auch festgelegt, dass die vom Bundesrat entsandten Mitglieder, die ja einer der 16 Landesregierungen angehören, nicht an Weisungen gebunden sind – was für Bundestagsabgeordnete laut Artikel 38 ohnedies gilt. Ohne diese Weisungsfreiheit wäre die Kompromissfindung deutlich erschwert.

Insgesamt gehören dem Ausschuss je 16 Mitglieder von Bundesrat und Bundestag an und ebenso viele Stellvertreter. Die 16 Mitglieder des Bundestages verteilen sich auf dessen Fraktionen entsprechend ihrem Stärkeverhältnis, während auf der Bundesrats-Seite jede Landesregierung je ein Mitglied entsendet. Mit Ausnahme von Bayern und Brandenburg handelt es sich dabei aktuell um die jeweiligen Regierungschefs; von den Bundestagsabgeordneten im Ausschuss gehören je vier der SPD- oder der CDU/CSU-Fraktion an und drei der Grünen-Fraktion, während FPD und AfD je zwei Mitglieder stellen und Die Linke ein Mitglied. Die stellvertretenden Mitglieder dürfen an den Sitzungen nur teilnehmen, sofern eine Vertretung notwendig ist. Sowohl die ordentlichen als auch die stellvertretenden Mitglieder können abberufen werden, aber ein solcher Wechsel ist nur viermal innerhalb einer Legislaturperiode des Bundestages zulässig.

Zu seinen Vorsitzenden wählt der Ausschuss je ein Mitglied des Bundestages und des Bundesrates, die sich im Vorsitz vierteljährlich abwechseln und einander vertreten. Vergangene Woche übernahm neben Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), die schon in der

letzten Wahlperiode den Vorsitz innehatte, der CDU-Bundestagsabgeordnete Hendrik Hoppenstedt den Job, der fordernd und lockend zugleich ist. Der Vorsitzende müsse darauf drängen, dass lange Redebeiträge nicht ausarten, resümierte Scherf, und man dürfe „nie kränken, man müsse es fröhlich halten“. Der frühere Bundestagsabgeordnete und langjährige Ausschussvorsitzende Heribert Blens (CDU) formulierte es vor Jahren in einem Interview so: Man müsse „versuchen, das Klima einigermassen freundlich zu halten, was nicht immer einfach ist“. Das könne die Kompromissbereitschaft vergrößern. Wichtig sei zudem, dass der Vorsitzende „in der Sache drin ist“, da er sonst keine vernünftigen Vorschläge machen könne. Für Blens besteht in dem Ausschuss für einen Parlamentarier „die größte Chance, auf die Inhalte von Politik Einfluss zu nehmen“. Als Ausschussvorsitzender habe man da „manchmal mehr Möglichkeiten als mancher Minister“.

Für Beschlüsse des Gremiums ist die einfache Mehrheit erforderlich; also mehr Ja- als Nein-Stimmen. Um beschlussfähig zu sein, müssen im Ausschuss mindestens zwölf Mitglieder anwesend sein; ein Einigungsvorschlag kann nur in Anwesenheit von mindestens je sieben Mitgliedern der Bundestags- als auch der Bundesratsseite beschlossen werden.

Die Sitzungen des Vermittlungsausschusses sind nicht öffentlich; es gilt der Grundsatz der Vertraulichkeit, die sich auch auf die Sitzungsprotokolle erstreckt. Allerdings beschließt der Ausschuss regelmäßig zu Beginn einer Wahlperiode die Freigabe der Protokolle aus der jeweils vorletzten Legislaturperiode für die Öffentlichkeit. Teilnehmern dürfen an den Sitzungen lediglich die Ausschussmitglieder oder – wenn diese verhindert sind – ihre Stellvertreter sowie die Mitglieder der Bundesregierung. Hinzu kommen der Geschäftsführer, Mitarbeiter der Geschäftsstelle und zwei Stenografen. Eine Teilnahme weiterer Personen muss vom Ausschuss ausdrücklich beschlossen werden.

Auch diese Begrenzung des Teilnehmerkreises sowie der Möglichkeit der Abberufung von Ausschussmitgliedern soll der Vertraulichkeit dienen, um die Kompromissuche zu erleichtern. Die oft vor den Türen wartenden Journalisten sind da aus Teilnehmersicht bisweilen eher störend: „Es war nicht immer sehr fruchtbar, dass die jeden ansprachen, der pinkeln ging“, erinnerte sich Heribert Blens. Jeder Politiker wolle dann auch etwas sagen, „und das erschwert manchmal die Kompromissfindung.“ In Bonn, wo Besprechungsräume der schwarz-gelben Koalition und der SPD übereinander lagen, habe man

deshalb über eine Feuertreppe, die beide Räume verband, Kontakt gehalten, ohne dass die Journalisten es merkten.

»Unechtes Ergebnis« Nicht immer kann sich der Ausschuss auf einen Kompromiss verständigen. Dann kann das Vermittlungsverfahren zu einem Gesetz frühestens nach drei ergebnislosen Einigungsversuchen beendet werden, wobei sich ein „Einigungsversuch“ auch über mehrere Sitzungen hinziehen kann. Daneben gibt es auch „unechte“ Vermittlungsergebnisse, bei denen eine Seite die andere überstimmt. Bestätigt der Einigungsvorschlag den Gesetzesbeschluss des Bundestages, braucht dieser keinen erneuten Beschluss dazu fassen, während der Bundesrat zu entscheiden hat, ob er der Vorlage die Zustimmung verweigert beziehungsweise Einspruch einlegt. Schlägt der Vermittlungsausschuss dagegen Änderungen des Bundestagsbeschlusses vor, haben hierüber erst die Abgeordneten zu entscheiden. Dabei stimmen sie nur über den Einigungsvorschlag ab; andere Anträge zur Sache sind unzulässig. Billigen sie die Kompromissempfehlung, hat die Länderkammer über den so geänderten Gesetzesbeschluss zu entscheiden. Am Freitag fand so auch das Bürgergeld den Weg über die parlamentarischen Hürden.

In acht von neun Fällen schlichtete der Vermittlungsausschuss übrigens erfolgreich: Seit 1949 konnten bislang 800 Gesetze, bei denen er vermittelt hatte, auch tatsächlich verkündet werden; 109 blieben indes auf der Strecke. **Helmut Stoltenberg** ■

Seit 1949 wurden 800 Gesetze verkündet, bei denen das Gremium vermittelte.

Wenn zwei sich streiten

PARLAMENTE Bei Konflikten zwischen Kammern ist Vermittlung nötig - oder ein Veto

In einer Mehrzahl der Demokratien der Welt werden die Gesetze von zwei Kammern auf den Weg gebracht. Feste Einrichtungen, die Konflikte zwischen beiden Häusern moderieren können, was dies für den Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat vorgesehen ist, sind allerdings selten.

Was der Vermittlungsausschuss in Deutschland leistet, übernehmen im US-Kongress die Conference Committees. Sie sind nicht eigens in der US-Verfassung erwähnt, haben sich allerdings über Jahrzehnte als feste Größe im Gesetzgebungsprozess etabliert. Sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat können das Komitee bei strittigen Gesetzesvorhaben einberufen, vorausgesetzt die andere Kammer stimmt zu. Vorgesehen ist eine ungerade Anzahl an Mitgliedern, um die Mehrheitsverhältnisse zwischen den beiden Parteien abzubilden. Das Vermittlungsergebnis können Senat und Repräsentantenhaus nur annehmen oder ablehnen, aber nicht mehr verändern – so wie es in Deutschland in Bezug auf Bundestag und Bundesrat auch der Fall ist.

Ähnlich verhält es sich, wenn in der Schweiz der Nationalrat (Parlament) und der Ständerat (Vertretung der Kantone) gesetzge-

berisch über Kreuz liegen. Die für diesen Fall im eidgenössischen Parlamentsgesetz vorgesehenen Einigungskonferenzen mit Mitgliedern beider Kammern werden allerdings erst dann einberufen, wenn zwischen beiden Räten nach jeweils drei Beratungen immer noch Dissens besteht.

Pendeln Institutionalisierte Verfahren zur Konfliktbeilegung wie diese sind ein Merkmal parlamentarischer Systeme mit nahezu ebenbürtigen oder gleichberechtigten auf das Gesetzgebungsverfahren Einfluss nehmenden Kammern. Fehlt ein formelles Vermittlungsverfahren wie etwa im Fall des italienischen Parlaments, kann das dazu führen, dass Gesetzentwürfe teils monatelang oder jahrelang zwischen beiden Kammern und immer neuen Änderungswünschen hin- und herpendeln. Anders ist das im ehrwürdigen Westminster-System: Das einst mächtige Oberhaus des britischen Parlaments (House of Lords) mag immer noch „die sehr ehrenwerten geistlichen und weltlichen Lords des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland“ versammeln, wie es offiziell heißt, im Gesetzgebungsprozess hat es heute allerdings eine eher beratende Funktion: Die Lords können eigene Gesetze vorschla-

gen, Gesetzesentwürfe des Unterhauses (House of Commons) überprüfen, Änderungsanträge vorbringen oder Gesetze unter bestimmten Bedingungen aufschreiben – aber eben nicht auf Dauer verhindern. In Frankreich wiederum kann bei Uneinigkeit zwischen beiden Kammern die Assemblée nationale den Senat überstimmen, allerdings hat dieser ein Vetorecht bei Verfassungsänderungen. Außerdem kann der direkt gewählte französische Präsident beziehungsweise die Präsidentin einen Gesetzentwurf der beiden Kammern zurückverweisen.

Eine herausgehobene Stellung des direkt gewählten Staatsoberhauptes kennt auch das Gesetzgebungsverfahren Polens, dessen erste Kammer, der Sejm, seine historischen Wurzeln übrigens ebenso wie das britische Parlament im späten Mittelalter verorten kann. Der Mann - oder die Frau - im Warschauer Präsidentenpalast kann ein Gesetz an das Verfassungsgericht weiterleiten oder an den Sejm zurückweisen, dieser kann das Staatsoberhaupt aber mit 3/5 Mehrheit überstimmen und die präsidentiale Unterschrift erzwingen. Bereits die absolute Mehrheit im Sejm reicht hingegen, um Änderungen oder ein Veto des polnischen Senats zurückzuweisen. **Alexander Heinrich** ■

Große Themen Aufgabe des Vermittlungsausschusses ist es, bei Streit zwischen Bundestag und Bundesrat über Gesetzesbeschlüsse des Parlaments Kompromissvorschläge zu erarbeiten. Da geht es nicht selten um die ganz großen Themen, die Einführung der Pflegeversicherung 1994 etwa oder eben „Hartz IV“, gerne auch um Finanzfragen zwischen Bund und Ländern. Es gab es Zeiten, in denen der Vermittlungsausschuss fast als das entscheidende Beschlussgremium der Republik in wichtigen Streitfragen wirkte, obwohl die Runde nur Empfehlungen erarbeiten kann. In anderen Jahren wurde er dagegen gar nicht oder kaum angerufen. Das ist letztlich eine Frage der Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat. Sind die gegensätzlich, ist eine häufige Anrufung des Vermittlungsausschusses wahrscheinlicher als bei einer Mehrheit der jeweiligen Regierungskoalition sowohl im Parlament als auch in der Länderkammer, in der die 16 Landesregierungen sitzen.

In der zurückliegenden Wahlperiode von 2017 bis 2021, in der Union und SPD die Bundesregierung stellten, wurde der Ausschuss sieben Mal angerufen. In der Wahlperiode davor, in der ebenfalls die Große Koalition im Bund regierte, gab es gar nur drei Anrufungen, so wenig wie in keiner anderen Wahlperiode. Ähnlich wenige waren es zwischen 1983 und 1987 mit sechs Anrufungen. Höchstwerte wurden zwi-



Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschefin Manuela Schwesig ist Vorsitzende des Vermittlungsausschusses.

© picture alliance/dpa | Bernd von Jützner

Offene Baustellen

VERKEHR Minister Wissing (FDP) will sich auf drängendste Aufgaben konzentrieren – die Opposition kritisiert falsche Prioritätensetzung



Mit dem Masterplan Ladeinfrastruktur II will die Ampel das Laden von Millionen zusätzlichen Elektroautos wie hier an Ladesäulen im Münchener Stadtgebiet sicherstellen.

© picture-alliance/Sven Simon/Frank Hoermann

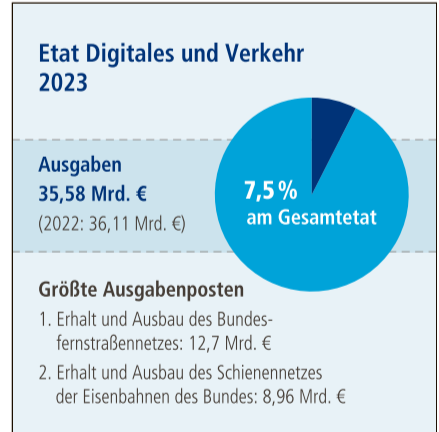
Herausfordernde Rahmenbedingungen, vielfältige Erwartungshaltungen bei begrenzten Mitteln und dem Ziel, sich auf das zu konzentrieren, was am meisten drängt – so beschrieb Bundesverkehrs- und Digitalminister Volker Wissing (FDP) die Ausgangslage, mit der sein Digital- und Verkehrsministerium im Einzelplan 12 konfrontiert wurde. Den Etat in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung (20/3512, 20/3526), in dem Ausgaben von 35,58 Milliarden Euro (2022: 36,11 Milliarden Euro) vorgesehen sind, billigte der Bundestag gegenüber dem Regierungsentwurf mit einem kleinen Aufwuchs: 538,4 Millionen Euro packten die Haushälter während der Verhandlungen obendrauf. Vor allem die Maßnahmen zur Umsetzung des Entlastungspakets III im Verkehrsbereich haben zu dem Aufwuchs geführt. Als Einnahmen sind 8,65 Milliarden Euro veranschlagt im Vergleich zu 7,98 Milliarden Euro im Jahr 2022. 8,02 Milliarden Euro sollen auf die Lkw-Maut entfallen.

Erbe Mit Blick auf den Zustand der Infrastruktur wurde Wissing in der Debatte deutlich: „So wie wir die Straßen und Brücken in Deutschland übernommen haben, kann und darf das nicht bleiben“, sagte er. Fast 19 Milliarden Euro werden in die Bereiche Schiene, Straße und Wasserstraße investiert. Der Haushalt schaffe es, klimaneutrale Mobilität attraktiv zu machen, betonte Wissing. So seien der Rad- und Fußver-

kehr zentrale Elemente. Mit dem „Masterplan Ladeinfrastruktur“ mache man Druck und Tempo beim Thema Elektromobilität. Das von den Bürgern „sehnstüchtig erwartete“ Deutschlandticket, das 49 Euro kosten soll, leiste einen Beitrag zur weiteren Förderung des ÖPNV. Wann das Ticket an den Start gehen soll, ist jedoch weiter unklar. Mit Blick auf den Bereich Digitalpolitik freue er sich zudem über die zusätzliche eine Milliarde Euro im Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ für den Gigabit-Ausbau (Kapitel 6097, Epl 60, 20/3100, Beschlussempfehlung: 20/3525).

Fehlendes Digitalbudget Die Opposition überzeugten die Pläne von Wissing Haus nicht. Florian Oßner (CSU) kritisierte den Haushalt als einen der „verantweten Chancen und falschen Prioritäten.“ Es könne nicht sein, dass an der Digitalisierung gespart würde, sagte er und nannte „den Stopp des Breitband-Förderprogramms Ende Oktober“ als Beispiel. Dies sei von Bürgermeistern und betroffenen Bürgern als Vertrauensbruch wahrgenommen worden. „Nehmen Sie den Fuß von der Fortschrittsbremse“, forderte Oßner mit Blick auf das aus Unionssicht fehlende Digitalbudget. AfD-Haushaltspolitiker Marcus Bühl wies darauf hin, dass in diesem Jahr rund 7,2 Milliarden Euro Ausgabenerste im BMDV-Etat erwartet würden. Auch beim Haushalt 2023 gebe es „Investitionen auf dem Papier“, die nicht realisiert würden. Es müsse jedoch „absolute Priorität haben“, dass tausende marode Brücken saniert und

ersetzt würden. Er monierte außerdem, dass die Mitteleinsätze für Bundesstraßen und Autobahnen gekürzt wurden. Dies sei „nicht nachvollziehbar und falsch.“ Mit Blick auf die Straße forderte Bühl, die Steuern auf Kraftstoffe zu senken. Für Bürger im ländlichen Raum und das Transportgewerbe seien die hohen Spritpreise „ein Albtraum.“ Bernd Riexinger (Die Linke) nannte den Etat gar das „in Zahlen gegessene Scheitern der Verkehrswende.“ Der Verkehrshaushalt sei „mutlos, kraftlos und überwiegend ziellos“, sagte er mit Blick auf Deutschlands Rückschritte beim Klimaschutz. Der Anstieg der Emissionen im Verkehrssektor sei „weder klimagerecht noch sozial.“ Zudem reichten die Erhöhungen im Bereich der Schiene nicht aus, um den Investitionsstau zu beheben. Das geplante 49-Euro-Ticket



sei ein richtiger Schritt, „aber nur ein halber“, um möglichst viele Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen.

E-Mobilität Dass die Ampel trotz Krisenmodus Handlungsfähigkeit bewiesen habe, machte SPD-Haushaltspolitiker Metin Hakverdi deutlich. Es gelte, die Elektromobilität weiter auszubauen und eine eng verzahnte Ladeinfrastruktur zu etablieren, damit das Ziel von 15 Millionen Elektroautos bis 2030 erreicht werden könne. Er betonte, dass die CO₂-Emissionen gesenkt werden müssten, da sonst ein noch mächtiger Klimawandel drohe. Dazu seien die zusätzlichen 1,5 Milliarden Euro für die Stärkung der Schiene ein weiterer Beitrag. Ziel sei es, die Kapazitäten auf den bestehenden Trassen zu erhöhen und den Bahnverkehr zuverlässiger zu machen. Auch Paula Piechotta (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass die beiden Verkehrsträger Schiene und Wasserstraßen gestärkt würden, „die schon heute klimaneutraler unterwegs sein können“ als die Straße. Die Hälfte der 1,5 Milliarden Euro extra fließe in kapazitätserweiternde Maßnahmen im Bereich der Schiene. Piechotta sagte, Parlament und Haushaltsausschuss hätten angesichts der zunächst geplanten Kürzungen bei der Schiene sowie ungelöster Probleme etwa bei den Sanierungsprojekten im Bereich der Wasserstraßen gezeigt, dass diese Probleme im parlamentarischen Verfahren gelöst werden können – und so bewiesen, warum das Königsrecht ins Parlament gehöre. **Lisa Brübler**

Die Ställe sollen Chefsache werden

LANDWIRTSCHAFT Mittel für Umbau der Tierställe in ein Bundesprogramm ausgelagert - Start für 2023 vorgesehen

SCHLAGLICHT AUF DEN ETAT '23

Der Streit über den Umbau der Nutztierhaltung geht in die nächste Runde. Obwohl seit Jahren Vorschläge vorliegen, hat sich die Ampelkoalition im Haushalt 2023 nun auf eine Umschichtung der Mittel verständigt, damit mit der Umsetzung überhaupt einmal begonnen werden kann. Von der Anfang des Jahres von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) angekündigten einen Milliarde Euro bis 2026 finden sich im aktuellen Etat nun 150 Millionen Euro. Die Summe soll noch aufgeteilt werden, so sind 100 Millionen Euro für Investitionsförderungen beim Stallbau vorgesehen sowie 50 Millionen Euro für laufende Kosten, die bei der Umstellung auf höhere Tierhaltungsstufen anfallen. Und noch eine weitere Hürde kommt hinzu: Die Mittel können noch nicht ab Januar 2023 abgerufen werden, weil das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) erst noch ein Konzept vorlegen muss, wie die

Mittel ausgegeben werden sollen. Mit dieser Regelung sind die Bundesländer vorerst aus der Verantwortung für die Mittelzuteilung heraus. Mit der nun vorliegenden Einigung liegt das Thema Umbau der Tierhaltung nun beim Bund, denn die Finanzierung wurde in ein Bundesprogramm ausgelagert.

Projekt mit Vorrang Dabei war sich die Koalition vor einem Jahr, zu Beginn ihrer Amtszeit, einig, dass der Umbau der Tierhaltung Vorrang haben sollte. Nicht nur im Koalitionsvertrag finden sich dazu Vereinbarungen. In seiner ersten Rede als Bundeslandwirtschaftsminister hatte Cem Özdemir Anfang Januar im Bundestag angekündigt, „dafür zu sorgen, dass Landwirte, Tiere und Verbraucher bessere Bedingungen bekommen“. Er sei nicht bereit, „ein ausbeuterisches System“ weiter hinzunehmen, das auf Kosten von Menschen, Tieren, Umwelt und Klima gehe. Wer Tiere halte, der müsse sie auch schützen, es gehe nicht an, „Tiere an Ställe anzupassen, deshalb müssen wir die Tierhaltung umstellen“, betonte der Grünenpolitiker damals. Doch vor allem die längerfristige Finanzie-

rung für artgerechtere Ställe blieb umstritten – nicht nur zwischen den Ampelpartnern SPD, Grünen und FDP. Vor allem die Bundesländer standen und stehen der Finanzierung und der nun alleinigen Bundesverantwortung skeptisch gegenüber. Denn bisher lief der Umbau der Tierhaltung über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), bei der die Länder stets mit einer verpflichtenden Kofinanzierung in Höhe von 40 Prozent dabei waren. Vor allem die fünf Länderagrarminister der Union hatten sich monatelang gegen Änderungspläne gestemmt und am Ende auch den Agrarminister Mecklenburg-Vorpommerns, den Sozialdemokraten Till Backhaus, auf ihre Seite ziehen können.

Erleichterung Innerhalb der Ampel-Fraktionen ist die Erleichterung nun groß, überhaupt eine Einigung gefunden zu haben. „Mit dem Gesamtpaket schaffen wir das, was die Menschen seit Jahren zurecht erwarten: mehr Tierschutz und gleichzeitig mehr Planungssicherheit“, sagte Renate Künast, Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft der Grünen-Fraktion. Kritik

hingegen kommt vor allem aus den Reihen der Unionsparteien. Josef Rief (CDU), als Berichterstatter für den Haushalt des BMEL zuständig, nannte die geplanten Mittel für den Stallumbau in Höhe von 150 Millionen Euro „unzureichend“. Damit sei das Projekt Tierwohl durch Stallmodernisierung zum Scheitern verurteilt. Für den Umbau der 13 Millionen Schweinemastplätze in Deutschland würden alleine zehn Milliarden Euro benötigt. Die Bundesregierung bleibe mit ihren Ergebnissen weit hinter dem zurück, was das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, die Borchert-Kommission, bereits Anfang 2020 vorgelegt habe. Für den Umbau setzte die Kommission einen Förderbedarf für den Stallumbau von 3,6 Milliarden Euro bis zum Jahr 2040 an. Und der Wissenschaftliche Beirat beim BMEL errechnete damals sogar, dass ein tiergerechter Stallumbau bis zu fünf Milliarden Euro pro Jahr kosten würde. Das Geld könnte auf verschiedenen Wegen beschafft werden, an Vorschlägen herrschte bereits damals kein Mangel. Im Gespräch waren die Mehrwertsteuer, eine Tierwohlabgabe oder eine Umschichtung der Fördermittel. **Nina Jeglinski**

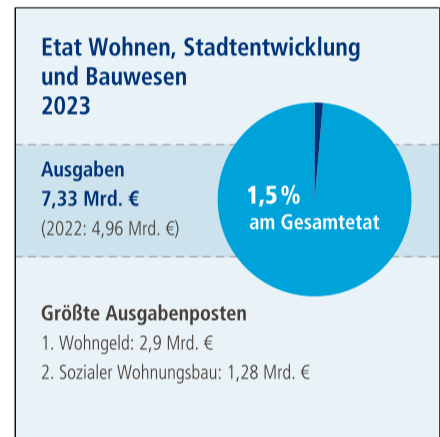
Regierung nimmt Anlauf für Wohngemeinnützigkeit

BAUEN Mehr Mittel für Wohngeld und Sozialwohnungen

Im Grundsatz sind sich alle Fraktionen einig: Das Bauen muss schneller, das Wohnen bezahlbarer werden. Positiv bewerteten sie vergangene Woche auch das satte Plus beim Etat des erst mit Antritt der Ampelkoalition gebildeten Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: Er wird nach dem Beschluss des Bundestages 2023 um fast 50 Prozent auf 7,33 Milliarden Euro steigen, in erster Linie, weil das Wohngeld zum 1. Januar 2023 erhöht und ausgeweitet wird und sich die Mittel für den sozialen Wohnungsbau nahezu verdoppeln (siehe Grafik). Bei der abschließenden Lesung des Haushaltsplans 25 vergangene Woche votierten Union, AfD und Linke trotzdem gegen der Etat von Ressortchefin Klara Geywitz (SPD) in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (20/3526, 20/3527). Die Haushälter hatten insbesondere das Programm „Altersgerecht bauen“ der KfW-Bankengruppe um 7,25 Millionen Euro auf 70,25 Millionen Euro aufgestockt und die für das Baukindergeld vorgesehenen Mittel um 18,02 Millionen Euro gekürzt. Mechthild Heil (CDU) lobte zwar die Aufwüchse bei Wohngeld und sozialem Wohnungsbau, den Rest des Etats wertete sie jedoch „echt Brachland, ödes, dürres Brachland“. Sie vermisse unter anderem mehr Mittel für Städtebauförderung und Neubau sowie Initiativen für die Digitalisierung der Kommunalverwaltungen.

Eigentum fördern Roger Beckamp (AfD) betonte, die Bundesregierung müsse die Menschen dabei zu unterstützen, finanzielle Hürden beim Eigentumserwerb zu überwinden. Gute Ideen der Koalition für einen flexibleren Grunderwerbsteuer, die Einführung eigenkapitalersetzender Darlehen zum leichteren Erwerb von Wohneigentum sowie eine staatliche Immobilienkreditversicherung würden sich im Haushalt jedoch nicht wiederfinden. Als „nicht akzeptabel“ bezeichnete Caren Lay (Die Linke) die rückläufigen Zahlen beim sozialen Wohnungsbau. Es brauche sechs statt nur einer Million Sozialwohnungen, diese dürften auch nicht nach 15 Jahren aus der Bindungsfrist fallen. Notwendig sei zudem eine Rekommunalisierung bereits privatisierter Wohnungen sowie eine schnelle Einführung der Wohn-

gemeinnützigkeit mit Investitionen in Höhe von 18 Milliarden Euro pro Jahr. Daniel Föst (FDP) räumte ein, der Haushalt des neuen Ministeriums sei „noch nicht perfekt“, habe aber gute Ansätze. Für die Liberalen sei besonders die Eigentumsförderung wichtig, daher wolle die Bundesregierung die Grunderwerbsteuer reformieren und Freibeträge möglich machen. Er würde zudem ein Bürgerschaftsprogramm begrüßen, „für diejenigen, denen es noch an Eigenkapital fehlt“. Die Koalition werde das „früher oder später alles auf den Weg bringen“, versprach Föst. Bernhard Daldrup (SPD) verwies insbesondere auf die Wohngeldreform, die 4,5 Millionen Menschen mit geringem Einkommen zugute kommen werde. Auf die Sorgen der Kommunen hinsichtlich der Umsetzung habe die Koalition mit Vereinfachungen reagiert. Nun müssten die Länder die Kommunen so ausstatten, „dass sie ihre Aufgaben auch tatsächlich wahrnehmen können“. Markus Kurth (Grüne) betonte den Maßgebekbeschluss des Haushaltsausschusses, wonach die Koalition ein Förderprogramm für eine „Neue Wohngemeinnützigkeit“ auf den Weg bringen soll. Besser als Mietzahlungen zu subventionieren, sei es, „langfristig qualitativ hochwertigen Wohnraum bezahlbar zu halten“. Ressortchefin Geywitz kündigte im Plenum nicht nur ein Gesetz für eine solche Wohngemeinnützigkeit an, sondern auch ein neues Programm zur Eigentumsförderung, das insbesondere Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zugute kommen soll. **Johanna Metz**



Ampel beginnt mit Umbau der Tierhaltung

AGRAR Opposition für mehr Bestandsschutz

Begeisterung kam bei der Haushaltsdebatte über den Etat von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) kaum auf. Gestritten wurde vor allem über den Umbau der Tierhaltung und über die Ausgaben für die Landwirtschaftlichen Sozialversicherungen. Während die Ampelkoalition für eine schnellere Transformation zur Verringerung der Tierbestände und die Überprüfung angewandter Geschäftsmodelle plädierte, kritisierten die Oppositionsparteien den Umgang der Regierung mit Landwirten und den im ländlichen Raum lebenden und arbeitenden Menschen. In der vergangenen Woche billigte der Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP den Haushaltsplan 10 in der Ausschussfassung (20/3510, 20/3526). Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir hingegen verteidigte den Einzelplan 10 mit einem Gesamtvolumen von 7,25 Milliarden Euro und seine Politik. „Dieser Haushalt steht für eine Politik, die Klima, Böden, Arten schützt und zugleich dem Erhalt der Höfe dient“, sagte er. Landwirte und Verbraucher wollten dem Klima und den Tieren gerecht werden. Die Veränderungsbereitschaft sei „längst da“. Özdemir kündigte ein Bundesprogramm für den Umbau in der Tierhaltung an. Dazu stünden im kommenden Jahr 150 Millionen Euro – insgesamt eine Milliarde Euro bis 2026 – bereit. Das Geld diene als „Anschubfinanzierung für den Umbau der Schweinehaltung“.

50 Millionen Euro für die Förderung der laufenden Kosten enthalten seien, die bei der Umstellung auf höhere Haltungsstufen anfallen. Bei diesem Tempo würde der Stallumbau 30 Jahre dauern. Der Etat sei für „die deutschen Bauern und den ländlichen Raum enttäuschend“. Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) schloss sich diesem Urteil an. Der Bereich Landwirtschaft werde von der Regierung „stiefmütterlich behandelt“. So fehlten etwa rund 80 Millionen Euro in der landwirtschaftlichen Unfallkasse. Landwirte müssten Beitragserhöhungen von 18 Prozent alleine in diesem Bereich stemmen. Von den übrigen Kostensteigerungen wie höhere Energiepreise ganz abgesehen. Ina Latendorf (Linke) sieht die Zukunft landwirtschaftlicher und verarbeitender Betriebe als gefährdet an, „deren Existenz steht auf der Kippe“, sagte sie. Die meisten Änderungen im Etat „sind kosmetischer und verwaltungstechnischer Natur“. Das sei für die mehr als 900.000 Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiteten, und für die 18,7 Millionen Menschen, die im ländlichen Raum lebten, „einfach ermüthend“. Dem widersprach Sebastian Schäfer (Grüne). Die Regierung treibe den klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voran. Aufgabe der Politik sei es, „zu gestalten“, und das spiegele der nun vorliegende Haushalt wider. Frank Schäffler (FDP) hob hervor, dass die „Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland gesteigert werden muss“. Dazu brauche es Mittel für neue Arbeitsmethoden, technischen Fortschritt und eine „zügigere Digitalisierung“. Mit dem Entwurf der Ampelregierung würden diese Bereiche nun angeschoben.

»Enttäuschend« Der Opposition ist das zu wenig. Josef Rief (CDU) rechnete vor, dass in den 150 Millionen Euro alleine



Verteidigt wurde der Etat auch von Esther Dilcher (SPD). Es bestehe Einigkeit darin, dass „die Politik die Landwirte beim Umbau für eine zukunftsfähige Tierhaltung unterstützen müsse“. Die Union bemängelte den Betrag als zu gering, jedoch könne der Bund die Kosten nicht komplett übernehmen. Ein weiterer Knackpunkt sei die Ausstattung der Sozialversicherung für Landwirte. Dilcher hält das „vereinbarte Niveau von 100 Millionen Euro“ für angemessen. In wie die Union eine Mittelreduzierung in diesem Bereich fordere, müsse dafür sorgen, dass die Verwaltungskosten bei der Sozialversicherung überprüft würden. **NKI**



Munition im Wert von rund 20 Milliarden Euro sollen nach Aussagen von Militärexperten der Bundeswehr aktuell fehlen. Bis 2028 sollen rund drei Milliarden Euro bereitgestellt werden.

© picture-alliance/obs/Arno Jung

Es fehlt der scharfe Schuss

VERTEIDIGUNG Durch das Sondervermögen steigen die Ausgaben im Wehretat auf rund 59 Milliarden Euro

Die Antwort der Bundesregierung von Mitte November auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion nach den Zusagen Deutschlands an die Nato bezüglich der Munitionsvorräte der Bundeswehr fiel vielsagend aus: Eine Offenlegung der angefragten Informationen würde eine „detaillierte Lage über die Einsatzbereitschaft und Kampfkraft wesentlicher Teile der Bundeswehr aktuell und für die nächsten Jahre abgeben“ und sei deshalb nicht möglich, heißt es in der Drucksache (20/4509). Es ist zwar nicht ungewöhnlich, dass eine offene Beantwortung von Kleinen Anfragen zur Bundeswehr mit Verweis auf Geheimhaltung unterbleibt. Meist werden solche Antworten als Verschlussache eingestuft und in der Geheimdienststelle des Bundestages für berechnete Parlamentarier zur Einsicht hinterlegt. Doch auch dies kam für die Bundesregierung in diesem Fall nicht in Frage, weil auch dieses Verfahren der „erheblichen Brisanz im Hinblick auf die Bedeutung für die Aufgabenerfüllung und Funktionsfähigkeit der Bundeswehr nicht ausreichend Rechnung tragen“ würde. Der Schutz des Staatswohls wiege schwerer als das parlamentarische Informationsrecht, heißt es weiter.

Munitionsmangel Während des Kalten Krieges stapelte sich in den Depots der Bundeswehr für den Verteidigungsfall Munition für ungefähr 30 Tage. Doch diese Bestände sind im wahrsten Sinne des Wor-

tes längst verschossen. Der frühere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels warnte bereits vor sechs Jahren, dass die Vorräte an Gefechtsmunition in einem Kriegsfall lediglich für zwei Tage reichten. An diesem Zustand hat sich bis heute offenbar wenig geändert. Dramatisch geändert hat sich aber die sicherheitspolitische Lage in Europa nach dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. Und da zu Deutschlands Militärhilfe für die Ukraine auch Munition in großem Umfang gehört, verschärft sich das Munitionsvorproblem in der Truppe weiter. Rund 20 Milliarden Euro müssten aufgebracht werden, um die Munitionsdepots wieder aufzufüllen, verkündete denn auch die Wehrbeauftragte Eva Högl Anfang Oktober gegenüber der Presse.

Angesichts der prekären Lage zeigten sich die Haushaltspolitiker der Ampelkoalition während der Verhandlungen über den 50,12 Milliarden Euro umfassenden Verteidigungsetat 2023, den der Bundestag in der vergangenen Woche verabschiedete, einsichtig. Um eine Milliarde Euro seien die geplanten Ausgaben für Munition gegenüber dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung erhöht worden, führten Andreas Schwarz (SPD), Sebastian Schäfer (Grüne) und Karsten Klein (FDP) aus. Allerdings bezieht sich die Erhöhung erst auf die geplanten Ausgaben in den Jahren 2024 bis 2028. Im kommenden Jahr sind für die Munitionsbeschaffung zunächst 1,125 Milliarden Euro eingeplant, 125 Millionen Euro mehr als Regierungsentwurf vorgesehen. Insgesamt sollen zwischen



2023 bis 2028 annähernd drei Milliarden Euro für Munition bereitgestellt werden.

Sondervermögen Finanziert werden soll die Munitionsbeschaffung aus dem regulären Wehretat. Das Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro, das Bundestag und Bundesrat noch vor der Sommerpause durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht hatten, soll vor allem für die Beschaffung von dringend benötigten modernem Großgerät wie Schiffen, Flugzeugen und Panzern sowie Ausrüstung in den Bereichen Kommunikation und Digitalisierung verwendet werden. Im kommenden Jahr sollen 8,4 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für militärische Beschaffungen aufgewendet werden. Aus

dem Wehretat fließen weitere 7,76 Milliarden Euro in die Beschaffungen. Insgesamt addieren sich die Verteidigungsausgaben Deutschlands im kommenden Jahr auf insgesamt 58,6 Milliarden Euro. „Dies ist ein Rekordwert“, beschied der SPD-Haushaltspolitiker Schwarz. „So eine Summe hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben.“ Die Regierungskoalition habe innerhalb eines Jahres wichtige und richtige Entscheidungen gefällt, führte Schwarz an und benannte als Beispiele die Beschaffung des Schweren Transporthubschraubers CH-47F „Chinook“ von Boeing und des Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeuges F-35 des ebenfalls amerikanischen Herstellers Lockheed Martin.

Doch trotz der Rekordausgaben zeigte sich die Unionsfraktion mehr als unzufrieden. Die Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), ab sofort mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, sei „bestenfalls eine vollkommene Sonntagsgeliebte oder eine grandiose Täuschung der deutschen Öffentlichkeit, der Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr und unserer Verbündeten und Partner“, befand der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johann Wadepuhl (CDU). Unter Verteidigungsministerin Christine Lam-

brecht (SPD) werde die Bundeswehr „jeden Tag schwächer. Kein einziges Beschaffungsvorhaben wird realisiert, überhaupt nichts wird geliefert.“ Die Artillerietruppe beispielsweise sei „im Grunde ohne Munition und könne nicht mehr den scharfen Schuss üben“, bemängelte Wadepuhl.

Das Urteil der AfD fiel ebenso verheerend aus. Die Bundesregierung schaffe es zwar, 100 Milliarden Euro Schulden für das Sondervermögen zu machen, aber sie schaffe es nicht, das Geld auch auszugeben, kritisierte deren verteidigungspolitische Sprecher Rüdiger Lucassen. Gleichzeitig verliere das Sondervermögen durch die hohe Inflation massiv an Kaufkraft. Zudem werde der Kauf von amerikanischen Kampffjets und Hubschraubern durch die Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar immer teurer, argumentierte Lucassen.

Die gescholtene Verteidigungsministerin wies die Kritik von Union und AfD zurück. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass im ersten Jahr das Zwei-Prozent-Ziel mit dem Sondervermögen nicht erreicht werden kann, sagte Christine Lambrecht (SPD). Das Zwei-Prozent-Ziel werde im Durchschnitt über fünf Jahre erreicht, so sei es auch im Begleitgesetz zum Sondervermögen formuliert, dem auch die Union zugestimmt habe. Die Regierung setze die von Kanzler

Scholz ausgerufenen Zeitenwende in konkrete Schritte um. Lambrecht verwies auf das europäische Luftverteidigungssystem (European Sky Shield), das von Deutschland initiiert worden sei. An der Initiative beteiligen sich neben Deutschland 14 weitere europäische Nato-Staaten. Ziel ist es, Lücken in der Luftverteidigung gegen ballistische Raketen, Marschflugkörper und Drohnen zu schließen.

Die Linken-Haushälterin Gesine Lötzsch treibt mit Blick auf den Wehretat ganz andere Sorgen um. Obwohl die Verteidigungsausgaben von 32,4 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 50,4 Milliarden Euro im laufenden Jahr gestiegen seien, habe sich am schlechten Zustand der Bundeswehr aber nichts geändert, monierte Lötzsch. In Wirklichkeit gehe es nicht um die Landesverteidigung, sondern um die Geschäfte der Rüstungsindustrie. So habe sich der Aktienwert des Rüstungskonzerns Rheinmetall seit Ankündigung des Sondervermögens verdreifacht. „Das ist Politik für vermögende Aktionäre.“

Gespräche im Kanzleramt So oder so lassen sich die Probleme der Bundeswehr aber ohne die Rüstungsindustrie nicht lösen. Deshalb will nun das Kanzleramt mit Fachleuten aus der Industrie über die Munitionsbeschaffung reden. „Es wird ein Gespräch mit ausgewählten Vertretern der Rüstungsindustrie auf Beamtenbene geben“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Hoffmann am vergangenen Freitag. *Alexander Weinlein*

»Das ist Sabotage an der Bundeswehr durch Unfähigkeit.«
Rüdiger Lucassen (AfD)

Weniger Rotstift als erwartet

ENTWICKLUNG Mehr als zwölf Milliarden Euro für das Ressort von Svenja Schulze (SPD)

Als Svenja Schulze (SPD) Anfang September den Etatentwurf (20/3100) ihres Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den Bundestag einbrachte, war das Murren auch bei den Vertretern der Ampelkoalition unüberhörbar. Nach 12,35 Milliarden Euro in diesem Jahr sollten Schulzes Ressort 2023 nur noch rund elf Milliarden Euro zur Verfügung stehen. In der zweiten Beratung machte sich vergangene Woche Erleichterung darüber breit, dass der Ausgabenansatz der Regierung in den Haushaltsberatungen (20/3521, 20/3526) auf 12,16 Milliarden Euro hochgeschraubt werden konnte, die Einbuße gegenüber 2022 also auf 190 Millionen Euro schrumpfte.

Wo im BMZ-Etat nachgesteuert wurde, machte Susanne Menge (SPD) an drei Beispielen deutlich. So hob der Haushaltsausschuss die Mittel für Krisenbewältigung und Wiederaufbau von Infrastruktur von rund 577 Millionen auf 1,24 Milliarden Euro, den Zuschuss an das Welternährungsprogramm von 28 auf 78 Millionen Euro und die Zahlung an die UN-Gleichstellungsorganisation „UN Women“ von neun auf 17 Millionen Euro an.

Bettina Hagedorn (SPD), Carsten Körber (CDU) und Claudia Raffelhüschen (FDP) berichteten, dass als Folge einer Delegationsreise des Haushaltsausschusses in die Ukraine 22 Millionen Euro zusätzlich bereit-

stellt worden seien, um den Aufbau einer Klinik mit Prothesenwerkstatt in Lemberg und die Beschaffung von 1.000 Diesel-Notstromaggregaten zu unterstützen. Auch der CSU-Abgeordnete Wolfgang Stefinger fand die Endfassung des BMZ-Etats „gar nicht mal so übel“, nicht ohne festzustellen, dass der Etat zu Zeiten von Schulzes Amtsvorgänger Gerd Müller (CSU) kontinuierlich gewachsen und nun bereits zum zweiten Mal in Folge geschrumpft sei. Manuel Gava (SPD) räumte ein, man habe Kompromisse machen müssen. Seine Fraktionskollegin Sa-



Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD)

nae Abdi drang auf langfristige finanzielle Planungssicherheit, damit sich Entwicklungszusammenarbeit nicht auf kurzfristige Projekte beschränken müsse.

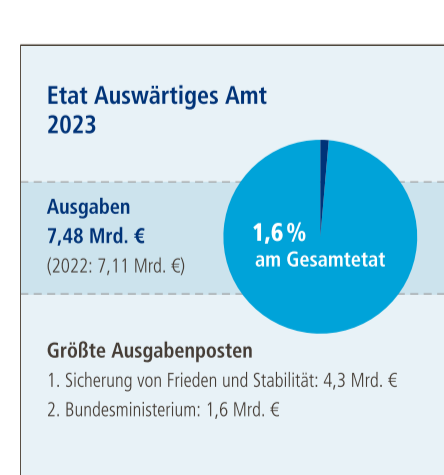
Hermann Gröhe (CDU) lobte die Zurücknahme „peinlicher Kürzungen“ im Regierungsentwurf und mahnte, die rückläufigen Ansätze im Finanzplan für kommende Haushaltsjahre zu korrigieren. Knut Gerschau (FDP) warb für mehr private Investments und sprach sich dafür aus, Unternehmensgründungen stärker zu unterstützen. „Bitten Sie doch die Krisenprofiteure zur Kasse“, empfahl Claudia Möhring (Die Linke). Markus Frohnmaier (AfD) rügte, dass die Entwicklungspolitik nicht an ihrer Wirkung gemessen werde und in aller Welt Milliarden für Großprojekte verteilt würden. Widerspruch erntete er von Jan-Niclas Gesenhues (Grüne). Die Entwicklungspolitik sei „unter dem Strich“ wirksam, die Unterstützung der Bevölkerung dafür hoch. Einen Änderungsantrag der AfD, 340 Millionen Euro für die „Förderung entwicklungsrelevanter Vorhaben der politischen Stiftungen“ zu streichen, lehnten die übrigen Fraktionen ab. Als „Botschaft in Krisenzeiten“ verkündete Ministerin Schulze, Deutschland sei verlässlicher Partner für die Länder des globalen Südens. Die Entwicklungspolitik müsse im Haushalt abgesichert und stabil gemacht werden. *vom*

Großer Aufschlag für humanitäre Hilfe

AUSWÄRTIGES Rund 7,5 Milliarden Euro im Etat von Annalena Baerbock (Grüne)

Deutlich mehr Geld für die humanitäre Hilfe, Aufstockungen für Krisenprävention und Akzente in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik: Das Auswärtige Amt kann im kommenden Jahr rund 7,48 Milliarden Euro ausgeben und damit gut eine Milliarde mehr im ursprünglichen Regierungsentwurf (6,4 Milliarden Euro) vorgesehen und auch 370 Millionen Euro mehr als im laufenden Haushaltsjahr (7,11 Milliarden Euro). Die gewichtigsten Änderungen hatte der Haushaltsausschuss bei der humanitären Hilfe im Ausland vorgenommen – von zwei Milliarden im Regierungsentwurf auf nun 2,7 Milliarden Euro. Mit Blick auf humanitäre Krisen von der Ukraine bis zum Iran sei das ein wichtiges Signal, betonten eine Reihe von Abgeordneten in der zweiten Beratung des Etats von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) in der vergangenen Woche.

Carsten Körber (CDU) wies allerdings darauf hin, dass von Anfang an klar gewesen sei, dass die ursprünglichen Kürzungen bei der humanitären Hilfe nicht unwidersprochen bleiben würden. Er kritisierte das als „unredliches Spiel“ der Ampel: „Solches Gebahren lässt uns im Ausland schlecht aussehen.“ Jamila Schäfer (Grüne) hob unter anderem die Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik hervor: Damit würden Studierende aus der Ukraine und Verfolgte aus Russland unterstützt sowie auch Journalist-



nen und Journalisten im Iran, die über die Proteste gegen das Mullah-Regime berichteten. „Die Kulturmilliarde rettet Leben und sie verteidigt unsere Demokratie.“

Fachkräfte Auch Wiebke Papenbrock (SPD) nannte die Milliarde für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik „eine gute Nachricht“ und stellte eine Verbindung zum Fachkräftemangel in Deutschland her: Institutionen wie das Goethe Institut, die Deutschen Auslandsschulen und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) würden Voraussetzungen schaffen für die Zu-

wanderung qualifizierte Fachkräfte. Michael Espendiller (AfD) bemängelte eine aus seiner Sicht grundsätzliche Nachlässigkeit im Auswärtigen Amt bei der Kontrolle über die Mittelvergabe: „Was passiert eigentlich mit dem Geld? Wo fließt es hin, und macht es, was es soll?“ Wenn die Begriffe „Klima“ oder „Nachhaltigkeit“ auftauchten, flögen „die Milliarden nur so aus dem Fenster“.

Sevim Dagdelen (Die Linke) kritisierte, dass nicht mehr die Diplomatie das Kennzeichen der deutschen Außenpolitik sei, „sondern das größte Aufrüstungsprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg und der stetige Ruf nach immer mehr und immer schwereren Waffen“ für die Ukraine.

Otto Fricke (FDP) hob Mittelaufstockungen beim DAAD hervor. Es gehe hier um die Frage, wie man diejenigen fördere, „die mit Verstand, aber auch mit Fähigkeiten dafür sorgen, dass ihre Länder immer mehr Schritte Richtung Demokratie hinbekommen“.

Außenministerin Baerbock ging unter anderem auf die Pläne der Bundesregierung für einen Rückzug aus Mali ein: Zwar werde sich die Bundeswehr bis Mai 2024 aus dem UN-Einsatz Minusma in Mali „strukturiert zurückziehen“. Friedensmissionen der Vereinten Nationen blieben jedoch weiterhin „zentraler Bestandteil unserer Außen- und Sicherheitspolitik“. *ah*

Die Chefunterhändler von Europaparlament und Ministerrat haben sich nach der Einigung in letzter Minute auf den EU-Haushalt für das Jahr 2023 alle Mühe gegeben, um dessen Wert für die Bewältigung der Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine und die Energiekrise hervorzuheben. Ihre Liste war gar nicht so kurz: 120 Millionen Euro will die EU für die Integration der in die EU geflohenen Studierenden, Lehrer und Professoren aus der Ukraine ausgeben. Um 280 Millionen Euro will sie die Nachbarschaftspolitik aufstocken, mit besonderem Fokus auf die Ukraine und Moldau. Es gibt 150 Millionen Euro zusätzlich für humanitäre Hilfe, 58,8 Millionen Euro für die militärische Mobilität, 36,5 Millionen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds zur Steuerung der Migration und zehn Millionen Euro für das Grenzmanagement. Die Mittel für grenzüberschreitende Energie- und Verkehrsprojekte, auch für die Ausfuhr von Agrargütern aus der Ukraine, wurden um etwas mehr 100 Millionen Euro aufgestockt. Dazu wurde das Budget für das Gesundheitsprogramm Eu4Health, das als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie ins Leben gerufen wurde und die Krisensorgere der EU verstärken soll, um 7,5 Millionen Euro erhöht und – wie das Parlament nicht müde wurde zu betonen – die zunächst von den Mitgliedstaaten vorgesehene Kürzung um 200 Millionen Euro verhindert.

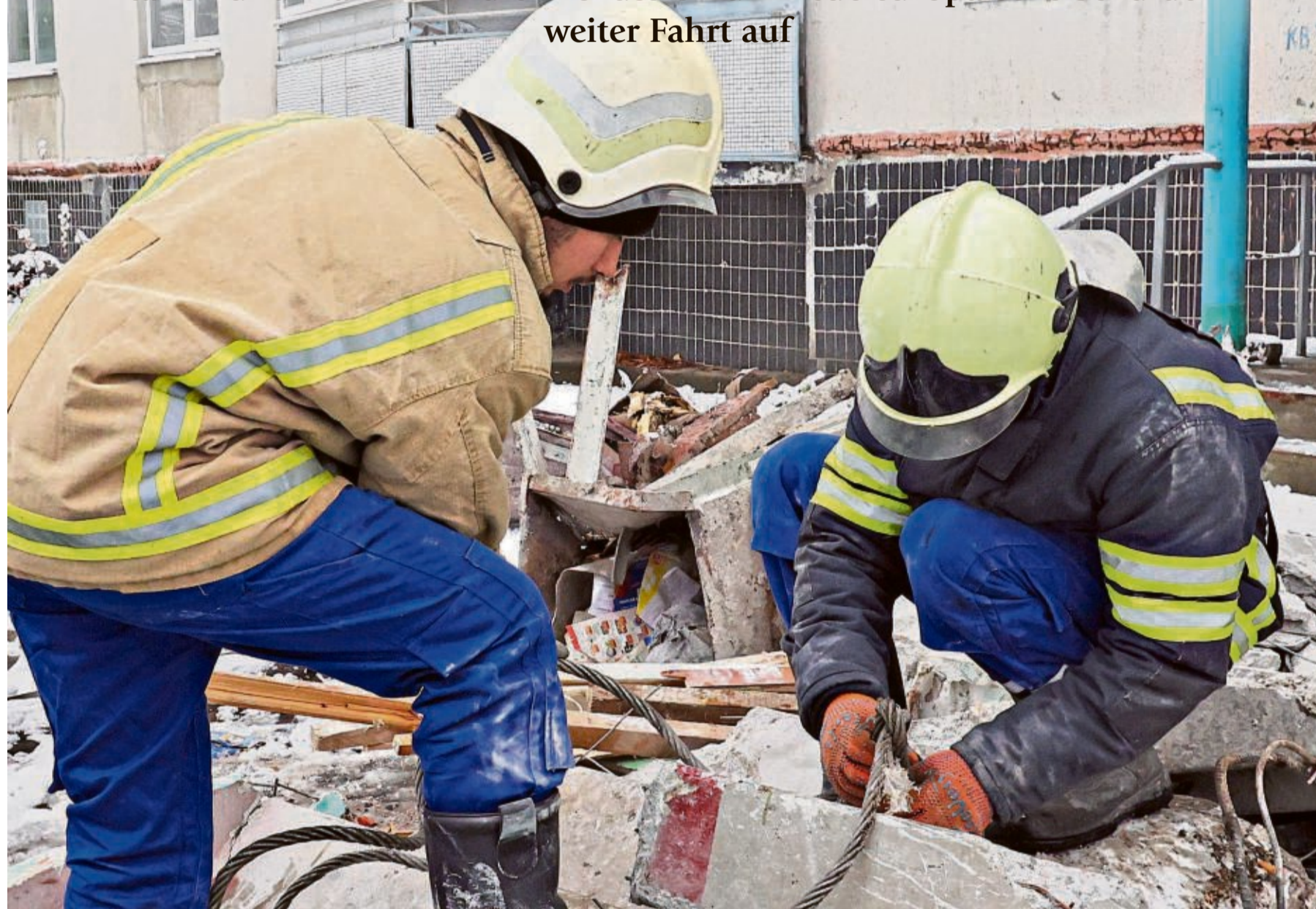
„Über eine Milliarde Euro mehr, um die hohen Energiepreise zu reduzieren, die Folgen des Krieges in der Ukraine zu dämpfen, unseren Alliierten im Osten und Süden zu helfen und unsere Verteidigung auf eigene Füße zu stellen, dafür haben wir gekämpft und das haben wir auch durchgesetzt“, fasste der Chefunterhändler des Europaparlaments (EP), der rumänische Liberale Nicolae Stefanuta, das Ergebnis zusammen.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass das Ergebnis weitgehend dem überarbeiteten Vorschlag der Europäischen Kommission entsprach. Auf eine Aufstockung um eine Milliarde Euro kommt man allenfalls, wenn man den ursprünglichen Kommissionsvorschlag vom Frühjahr heranzieht, in dem die Folgen des russischen Einmarsches in die Ukraine noch eine geringere Rolle spielten. Auch ist die Summe verglichen mit dem europäischen Gesamthaushalt gering. Der beträgt 2023 rund 186,6 Milliarden Euro (rund vier Milliarden Euro mehr als 2022) – bezogen auf die Ausgaben, die die EU zusagen darf, also die „Verpflichtungsermächtigungen“. Da nicht alle Zahlungen für Verpflichtungen unbedingt im selben Jahr anfallen, in dem sie eingegangen werden, kennt der EU-Haushalt zusätzlich noch die „Zahlungsermächtigungen“ – das ist das Geld, das die EU 2023 tatsächlich auszahlen kann. Diese Zahlungen betragen nach der Einigung 168,7 Milliarden Euro und fallen damit geringfügig kleiner aus als 2022. Jeweils ein Drittel der Mittel fließen weiter in die Hilfen für die Landwirte und die Strukturförderung.

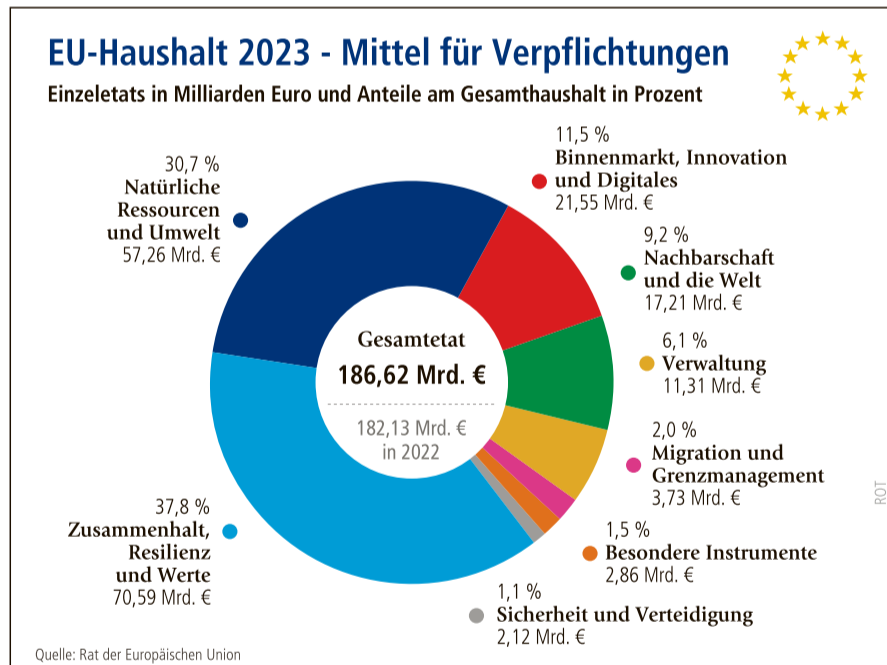
Spielraum Parlament und Ministerrat haben damit den Spielraum, den sie innerhalb des Finanzrahmens 2021 bis 2027 haben, weitgehend ausgenutzt. Zur Erinnerung: Mitgliedstaaten und Europaparlament geben mit dem alle sieben Jahre ausgehandelten Finanzrahmen weitgehend vor, wie sich die Ausgaben der EU entwickeln können. In den jährlichen Budgetverhandlungen geht es nur noch um geringfügige Anpassungen. Über den vorgegebenen Rahmen hinausgehen, können die EU-Institutionen nicht, auch wenn sie inzwischen etwas flexibler als früher mit den

Ruf nach neuen Milliarden

EUROPA Ukraine-Krieg und Energiekrise drücken auch dem EU-Haushalt ihren Stempel auf. Zugleich nimmt auf Druck von Mitgliedstaaten wie Italien und Frankreich die Diskussion um neue europäische Schulden weiter Fahrt auf



Hundert Milliarden Dollar wird der Wiederaufbau der Ukraine schätzungsweise kosten. Die EU will sich maßgeblich daran beteiligen, was Auswirkungen auf den mehrjährigen Finanzrahmen der Gemeinschaft haben dürfte.



Mitteln agieren können. Vor diesem Hintergrund forderte EP-Chefunterhändler Stefanuta schon in der nächtlichen Pressekonferenz nach der Einigung eine grundsätzliche Überarbeitung des Finanzrahmens. Dieser sei angesichts des Krieges in der Ukraine und der weltpolitischen Lage nicht mehr zeitgemäß.

Resolution Das war nicht einfach so dahingesagt. Wenige Tage später verabschiedete der Haushaltsausschuss des Europaparlaments mit klarer Mehrheit von 26 Stimmen – bei nur zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen – eine Resolution mit dem Titel „Den Finanzrahmen 2021 bis 2027 aufstocken: ein belastbares Budget für neue Herausforderungen“. Der Finanzrahmen sei weniger als zwei Jahre nach der Verabschiedung an seine Grenzen gestoßen, unabhängig vom Krieg in der Ukraine. Der habe die Situation nur noch „verschärft“, schreiben die Parlamentarier.

Neue Herausforderungen gibt es tatsächlich reichlich. Die EU muss einen Beitrag dazu leisten, den Staatsbankrott der Ukraine zu verhindern. Allein das wird im nächsten Jahr 18 Milliarden Euro kosten. Außerdem muss der Wiederaufbau des Landes finanziert werden. Die Entkopplung der EU von Russlands Gas und Öl verschlingt zudem Summen von 200 bis 300 Milliarden Euro. Momentan arbeitet die Kommission an einer genaueren Analyse des Finanzbedarfs. Zugleich ringen zahlreiche EU-Staaten angesichts der in der Corona-Krise nochmals gestiegenen Staatsschulden und den wegen der Inflation gestiegenen Zinsen damit, die Folgen der hohen Energiepreise für Unternehmen und Bürger abzufedern – von den Kosten für die digitale Transformation, den Klimawandel und eine europäische Verteidigungspolitik ganz zu schweigen. Und nun sorgt noch das stark protektionistische Konjunkturpaket von

US-Präsident Joe Biden, der „Inflation Reduction Act“, für Sorgen vor einer De-Industrialisierung der EU, wenn Unternehmen sich vermehrt in Übersee ansiedeln. „Wir müssen den langfristigen Haushalt dringend an die neuen Rahmenbedingungen anpassen“, betont der im Europaparlament zuständige Berichterstatter, der polnische EVP-Abgeordnete Jan Olbrycht. Der Finanzrahmen sei in Umfang, Struktur und Regeln nicht darauf ausgerichtet, schnell und wirksam auf eine Vielzahl von Krisen zu reagieren.

Konkret fordern die Abgeordneten neben mehr Geld, die Flexibilität bei der Verwendung der Haushaltsmittel zwischen den Kategorien und über die Jahre hinweg zu erhöhen. Die Rückzahlung der Kredite und sonstigen Finanzierungskosten für den Corona-Aufbaufonds „Next Generation EU“ müsse außerhalb des Finanzrahmens erfolgen. Ansonsten müssten angesichts steigender Zinsen wichtige Programme wie das Bildungsprogramm Erasmus+ oder EU4Health gekürzt werden. „Außerdem brauchen wir ein zusätzliches dauerhaftes Kriseninstrument – neben dem Finanzrahmen –, um schnell reagieren zu können“, sagt die sozialdemokratische Ko-Berichterstatterin, die Portugiesin Margarida Marques.

Bei der Europäischen Kommission stößt sie damit auf offene Ohren. Diese hat angekündigt, den Finanzrahmen im zweiten Quartal 2023 überarbeiten zu wollen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in ihrer Rede zur Lage der EU im September auch einen europäischen Solidaritätsfonds angekündigt, allerdings ohne Details zu nennen. Binnenmarktkommissar Thierry Breton geht sogar noch einen Schritt weiter und fordert offene neue EU-Schulden.

Zunehmender Druck Auch die Mitgliedstaaten machen Druck. Frankreich und Italien drängen seit Monaten auf einen neuen Schuldenfonds. Das muss keine Neuaufgabe des Corona-Fonds sein, der Zuschüsse verteilt, die durch EU-Schulden finanziert werden. Auch wenn der Direktor des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, sich angesichts der enormen europäischen Herausforderungen durchaus offen dafür zeigt, einen dauerhaften Schuldenfonds einzurichten. Vorbild für die Kommission ist eher das EU-Kurzarbeitsprogramm Sure, das „nur“ Kredite auf Basis von EU-Schulden vergibt. Noch allerdings sperren sich vor allem Deutschland und die Niederlande gegen diesen Plan. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) verwies auf dem letzten Gipfeltreffen im Oktober darauf, dass noch nicht abgerufenen Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe aus dem Corona-Aufbaufonds zur Verfügung ständen. Es gebe also keinen Grund, einen neuen Fonds aufzulegen.

In den Schlussfolgerungen des Gipfels ist der Grundstein dafür allerdings schon gelegt. Konkret ist dort die Rede von der Bedeutung „gemeinsamer Lösungen auf europäischer Ebene, wo es angebracht ist“. Das ist weniger, als viele sich vorher erhofft hatten. Es öffnet aber eine Tür. Für das Europaparlament geht es bei den Verhandlungen über neue Schulden nicht zuletzt darum, zu verhindern, dass es nicht wieder – wie in der Corona-Krise – in eine Nebenrolle gedrängt wird. Schließlich wurde der Corona-Fonds zwar auf den EU-Haushalt aufgesetzt. Letztlich aber machten die Mitgliedstaaten dessen Ausgestaltung unter sich aus. Entsprechend fordert das Europäische Parlament nun „einen demokratisch legitimierten und transparenten Weg“.

Hendrik Kafsack

Der Autor ist Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Brüssel.

Geleitet vom Bild eines weitgehend leeren Raums

AFGHANISAN-ENQUETE Diplomaten und Militärs sehen grundlegende Webfehler beim 20-jährigen Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch

Das Desinteresse der Führungsmacht USA an Afghanistan, ein verengtes Feindbild, Aufbauambitionen ohne Respekt vor lokalen Gegebenheiten sowie zu schwache zivile Kräfte sind nach Aussage ehemaliger Mitarbeiter der Bundesregierung und eines Wissenschaftlers verantwortlich für das Scheitern des internationalen Afghanistan-Einsatzes. Dieses Bild zeichnete vergangene Woche die erste öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission des Bundestages zu den „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ (siehe Stichwort). Sachverständige aus Wissenschaft, Diplomatie und Militär nahmen die geopolitische Ausgangslage und die Situation in Afghanistan zu Beginn des internationalen Einsatzes nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Blick, schilderten Herausforderungen und Handlungsoptionen und gaben Empfehlungen für künftige Missionen.

Falsches Bild Nach Einschätzung von Conrad Schetter, Direktor des Bonn International Centre for Conflict Studies, haben die Konfliktlinien und Zusammenhänge innerhalb der afghanischen Gesellschaft, deren gewachsene Institutionen und Identitäten zu wenig Beachtung bei der Pla-

nung und Durchführung des Einsatzes gespielt. Die Akteure hätten sich von dem Bild eines weitgehend „leeren Raumes“ leiten lassen, in dem man nach Belieben einen neuen Staat aufbauen könne. Zu den Webfehlern der Einsatzplanung habe zudem gehört, dass die US-geführte Allianz sich auf die radikalislamistischen Taliban als Hauptfeind fixiert habe, bei denen man den Terroristen Osama Bin Laden vermutete. Sie sei dadurch für viele Afghanen, die sich durch die Intervention bedroht fühlten, selbst zu einer Konfliktpartei geworden. „Die Interventionen hätten ihre eigene Rolle besser reflektieren müssen“, urteilte Schetter.

Der frühere Botschafter Michael Steiner, ehemals außen- und sicherheitspolitischer Berater im Bundeskanzleramt, gab zu bedenken, Deutschland habe sich aus Solidarität mit dem Bündnispartner USA in Afghanistan engagiert. Die USA seien dort hin im Rahmen ihrer Mission „Operation Enduring Freedom“ gegangen, um Bin Ladens habhaft zu werden. Niemand habe jedoch um des Landes Willen interveniert. Als „politische Urstunde“, auf der die Logik des Einsatzes basiert habe, bezeichnete Steiner die Gleichsetzung der Terrororganisation Al-Qaida mit den Taliban, und den Umstand, dass die Taliban nicht in den

Prozess des Staatsaufbaus einbezogen wurden. Im Januar 2002 seien im Rahmen des ISAF-Mandats die ersten deutschen Soldaten nach Afghanistan geschickt worden, mit dem Auftrag, einen Sektor des Landes zu stabilisieren und den Wiederaufbau abzusichern, erklärte Steiner. 2006 sei das Ganze dann gekippt. Die Anschläge hätten

STICHWORT

Enquete-Kommission

> Auftrag Die im Sommer 2022 eingesetzte Kommission soll Lehren aus dem deutschen Engagement in Afghanistan ziehen. Ziel ist es insbesondere, den vernetzten Ansatz bei Friedensmissionen zu optimieren, bei dem Militär, Diplomatie, entwicklungspolitische und humanitäre Institutionen eng zusammenarbeiten.

> Zusammensetzung Das Gremium unter Leitung von Michael Müller (SPD) besteht aus je zwölf Abgeordneten und Sachverständigen. Spätestens zum Ende dieser Wahlperiode wird es dem Parlament seine Handlungsempfehlungen vorlegen.

zunommen, die USA ihr Primärziel erreicht. Die neokonservative Administration unter Präsident George W. Bush habe sich ihrem eigentlichen Ziel, der Beseitigung Saddams Husseins, zuwenden wollen. So wurde die Aufmerksamkeit zum Irak hingelenkt. Der Hauptakteur, für Steiner „der entscheidende Faktor“ im Afghanistan-Einsatz, die USA, hätten ihr Interesse an Afghanistan verloren – während Deutschland begonnen habe, sich den Aufbau dieses Landes zu eigen zu machen. Für Deutschland, für das der Militäreinsatz damals „schwer verdauliches Neuland“ gewesen sei, betonte der Ex-Diplomat, sei die Aufbau-Komponente eine notwendige Ergänzung gewesen, um den Einsatz als umfassendes, vernetztes Engagement zu rechtfertigen. Dabei sei man der Fehleinschätzung erlegen, man könne in Afghanistan einfach einen Staat westlicher Prägung aufbauen. Man müsse mit mehr Demut an ein solches Engagement herangehen, sagte Steiner. Eine viel zu knappe Vorbereitungszeit auf den Einsatz für seine Einheit nach dem Bundestagsbeschluss zum ISAF-Mandat beklagte der von der Enquete-Kommission geladene Brigadegeneral, der im Januar 2002 ein Vorauskommando der Bundeswehr befehligte hatte. Nach einer Kurzein-

weisung über Afghanistan sei die Truppe auf eine undurchsichtige Lage gestoßen: Wo waren die Taliban? Welche Strukturen herrschten in Kabul? Wie würde sich die Bevölkerung verhalten? „Wir tasteten uns Schritt für Schritt vor, bauten das Lager auf, zeigten Präsenz in der Stadt und setzten mit ersten Hilfsprojekten ein Zeichen“, schilderte er die Situation. Zumindest zu Beginn sei der deutsche Teil des ISAF-Einsatzes ein fast rein militärisches Engagement gewesen. „Es gab ein ständiges Übergewicht der Militärischen in Kabul, niemand aus anderen Ressorts war dabei, NGOs mieden den engen Kontakt zu uns.“ Bestenfalls habe es sich um ein unkoordiniertes Nebeneinander gehandelt. Mit eigenen zivil-militärischen Kräften habe sich die Bundeswehr Aufbauprojekte selbst suchen müssen, um beispielsweise mal ein Schuldach zu reparieren, berichtete der Brigadegeneral. Künftig müsse man von vornherein sagen: „Das ist nicht ein Einsatz der Bundeswehr, sondern von uns allen.“ Statt eines Generals könne ein Diplomat das Engagement vor Ort leiten und den Kontakt zur dortigen Regierung pflegen. Als Soldat wolle man Sicherheit herstellen, damit zivile Kräfte, die von Beginn an mit dabei sein müssten, sich dem Aufbau widmen können. Lucas Lypß

KURZ NOTIERT

Übergangslösung für deutsche Minderheit in Polen

Die AfD-Fraktion setzt sich für eine Übergangslösung im Konflikt mit Polen um den Muttersprache-Unterricht für die deutsche Minderheit und den Polnischunterricht in Deutschland ein. In einem Antrag (20/4567) fordert sie die Bundesregierung unter anderem auf, zusätzlich zehn Millionen Euro im Etat des Auswärtigen Amtes zur Finanzierung des Deutschunterrichts und Sicherung der Arbeitsplätze der von Kürzungen betroffenen Deutschlehrer bereitzustellen, bis eine Einigung mit der polnischen Seite gefunden ist. ahe

AFD gegen feministische Entwicklungspolitik

Die AfD-Fraktion will „feministische Entwicklungspolitik“ stoppen und stattdessen Frauen- und Mädchenrechte „effektiv stärken“. Im Einzelnen verlangt sie in einem Antrag (29/4569), dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mehr als bisher die internationalen Übereinkommen und Verpflichtungen in Bezug auf Frauen- und Mädchenrechte thematisiert und dabei auch die jeweiligen nationalen Identitäten und Kulturen berücksichtigt. vom



Steigende Energiekosten stellen viele Studierende in Deutschland diesen Winter vor große Probleme. Eine Einmalzahlung der Bundesregierung soll Abhilfe schaffen.

© picture-alliance/photothek/Ute Grabowsky

Späte Entlastung

BILDUNG Studierende und Fachschüler sollen 200 Euro Energiepreispause erhalten

Fast 40 Prozent der Studierenden waren 2021 in Deutschland arbeitslos. Das teilte das Statistische Bundesamt vor wenigen Tagen mit. Die steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten verschlimmern für viele Studierende die finanzielle Lage zusätzlich, sagte der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW), Matthias Anbuhl.

Mit einer Einmalzahlung von 200 Euro will die Koalition junge Menschen nun unterstützen. Insgesamt rund 2,95 Millionen Studierende und etwa 450.000 Fachschülerinnen und Fachschüler sind laut einem Gesetzentwurf (20/4536) der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP anspruchsberechtigt. Die Energiepreispause erhalten können soll, wer am 1. Dezember 2022 an einer in Deutschland gelegenen Ausbildungsstätte immatrikuliert ist. Somit umfasst der Gesetzentwurf auch ausländische Studierende, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben. Anbuhl begrüßte die Einmalzahlung. Allerdings komme die Hilfe zu spät. Mit einer

»Viele brauchen das Geld wegen der explodierenden Preise jetzt.«

Matthias Anbuhl
(Deutsches Studentenwerk)

Auszahlung ist laut Bundesregierung nicht vor Anfang 2023 zu rechnen: „Viele Studierende brauchen das Geld aber wegen der explodierenden Preise jetzt.“ Bereits Anfang September kündigte die Koalition die Einmalzahlung für Studierende an, der entsprechende Gesetzentwurf wurde vergangenen Donnerstag im Bundestag debattiert.

Unterstützung Grund für die zweimonatige Verzögerung sei, dass es für eine solche Einmalzahlung keine „Blaupause“ gegeben habe. Man könne nicht einfach einen Knopf drücken und das Geld sei auf dem Konto, sagte Bildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP). Um die entsprechenden Daten der Studierenden und Fachschüler zu

erhalten, soll eine Online-Plattform entwickelt werden, auf der die Einmalzahlung beantragt werden kann. Die Plattform soll gemeinsam mit den Ländern entwickelt werden. Bis Anfang 2023 soll sie eingerichtet sein, damit sich Studierende künftig wieder „über Hausarbeiten den Kopf zerbrechen“ anstatt über Stromrechnungen, so die Bildungsministerin.

Dass es im Ministerium noch keine näheren Informationen dazu gebe, wie die Plattform genau aussehen soll und wer sie entwickeln werde, lasse einem die Freude über den Gesetzentwurf wieder vergehen, sagte Daniela Ludwig (CSU). Zwei Monate sei das Ministerium in eine Art „Tiefschlaf“ gefallen, jetzt wälze es seine Verantwortung an die Länder ab, dabei sei es Aufgabe des Bundes, die Plattform zu betreiben und die Verwaltungskosten umfänglich zu übernehmen. Als schnell, effektiv und rechtswirksam bezeichnete hingegen Oliver Kaczmarek (SPD) den Gesetzentwurf der Ampel. Es handle sich dabei um ein „Drei-Schritt-System“ bestehend aus Antragstellung, Identitätsprüfung und Auszahlung des Geldes. Er erwarte, dass die Auszahlungen bereits Anfang nächsten Jahres beginnen. Eine schnelle Auszahlung sei wichtig, seien Studierende doch besonders betroffen von der aktuellen Situation.

Lösungen Es sei bereits viel geschehen, um junge Menschen in der Breite zu entlasten, sagte Laura Kraft (Grüne). Dennoch müsse nachgebessert werden, da beispielsweise auch die Preise für studentisches Wohnen mit der Energiekrise stark gestiegen seien. Um bis zu 60 Euro hätten einige Studierendenwerke die Mieten in Wohnheimen bereits erhöht, ergänzte Petra Sitte (Die

Linke). Allein diese Zahl zeige, dass eine Einmalpauschale zwar gut sei, aber alleine nicht ausreiche. Vielmehr brauche es langfristige Lösungen, um junge Menschen effektiv zu entlasten.

Götz Frömming von der AfD-Fraktion nutzte die Debatte, um sich über die Entlastungspolitik der Ampel auszulassen. So sei es Aufgabe der Regierung, für bezahlbare Energie zu sorgen und die Währung stabil zu halten. Stattdessen betriebe die Ampel jedoch eine „asoziale Politik“, die aus „erbärmlicher Flickschusterei“ wie Einmalzahlungen bestehe. Die Verbraucher werden laut Frömming trotz Paus-

schalen und Preisdeckel ordentlich zur Kasse gebeten.

Dass von der Energiepreispause nicht alle Studierende profitieren, machte Stefan Seidler vom Südschleswigschen Wahlverband (SSW) deutlich. So seien Studierende, die zum Studium nach Dänemark, Frankreich oder in die Niederlande pendeln, nicht bedacht. Für eine Generation Europäer, „die keine Grenzen mehr kennen sollte“ sei dies ein falsches Signal. Hier müsse der dringende nachgebessert werden, forderte Seidler. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Bildungsausschuss übermittelt. **Denise Schwarz** ■

STICHWORT

Energiepreispause für Studierende und Fachschüler

> Antragsberechtigt sind alle Studierenden sowie Fachschülerinnen und Fachschüler, die zum 1. Dezember an einer deutschen Ausbildungsstätte immatrikuliert sind.

> Entlastung Mit einer Einmalzahlung von 200 Euro sollen die Studierenden sowie Fachschülerinnen und Fachschüler bei den steigenden Energiekosten entlastet werden.

> Beantragt werden soll das Geld über eine Onlineplattform, die Bund und Länder bis Ende des Jahres entwickeln wollen. Eine Auszahlung erfolgt frühestens Anfang 2023.



© picture-alliance/photothek/Anja Krich

KURZ NOTIERT

Änderung bei Energetischen Sanierungsmaßnahmen

Mit den Stimmen aller Fraktionen außer der CDU/CSU- und der Linksfraktion, die sich beide enthielten, nahm das Parlament am vergangenen Donnerstag ohne weitere Beratung die Zweite Verordnung der Bundesregierung zur Änderung der Energetischen Sanierungsmaßnahmen-Verordnung (20/3816) an. Zu der Vorlage lag eine Beschlussempfehlung und ein Bericht aus dem Finanzausschuss vor (20/4001 Nr. 2.2, 20/4350). Mit der Verordnung will die Bundesregierung Änderungen bei der direkten Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen an die steuerliche Förderung anpassen. Unter anderem wird die steuerliche Förderung von gasbetriebenen Wärmepumpen, Gas-Brennwerttechnik und Gas-Hybridheizungen gestrichen. Zudem werden die Anforderungen an Gebäude und Wärmenetze an die entsprechenden Förderbedingungen der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Gebäude angepasst. **DP** ■

Die Maut für Brummis steigt

VERKEHR Bunde rechnet mit jährlichen Mehreinnahmen von 660 Millionen Euro

Ab dem 1. Januar 2023 steigen in Deutschland die Mautsätze für Lastkraftwagen auf Fernstraßen des Bundes. Durch die Erhöhung rechnet die Bundesregierung für die Jahre 2023 bis 2027 mit durchschnittlichen Jahreseinnahmen in Höhe von 8,3 Milliarden Euro gegenüber 7,64 Milliarden Euro im Jahr 2021. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (20/3171) nahm der Bundestag am vergangenen Donnerstag gemäß einer Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (20/4476) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion an. Die Linksfraktion enthielt sich der Stimme. Ab 2024 sollen zudem auch Lastkraftwagen ab einem Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen unter die Mautpflicht fallen. Bislang gilt sie erst ab 7,5 Tonnen. Zudem soll ein CO₂-Zuschlag erhoben werden. Für die Umsetzung der beiden Vorhaben ist allerdings eine weitere Gesetzesänderung notwendig. Vertreter der Ampelkoalition kündigten in der Debatte eine entsprechende Gesetzesvorlage für das kommende Jahr an. Zudem soll geprüft werden, ob auch Lkw bereits ab 2,5 Tonnen unter die Mautpflicht fallen sollen, führte der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Udo Schiefner (SPD) aus.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) bezeichnete die Erhöhung der Mautsätze als „fair“ und „moderat“. Durch die Änderung der sogenannten Eurovignetten-Richtlinie der Europäischen Union sei es möglich, auch die Kosten für Lärmbelastung und Luftverschmutzung bei der Berechnung der Maut zu berücksichtigen. Dies sei nötig, um die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zu erhalten.

Wirtschaftliche Lage CDU/CSU und AfD lehnten die Mauterhöhung mit Verweis auf die angespannte wirtschaftliche Lage der Transport- und Logistikbranche ab. Die Ampelkoalition lege ein milliardenschweres Entlastungspaket nach dem anderen auf, aber die Transport- und Logistikbranche gehe leer aus, kritisierte die CDU-Abgeordnete Martina Enghardt-Kopf. Eine Absenkung der Maut zur Entlastung wäre möglich gewesen. Die Unionsfraktion legte zwei Entschließungsanträge vor, in denen sie eine Verschiebung der Mauterhöhung und eine umfassende Mautreform ab 2024 forderte. Zudem sollte der Transport von Hilfsgütern in Katastrophengebiete prinzipiell ausgenommen werden. Die beiden Entschließungsanträge (20/4582, 20/4583) wurden jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Massive Kritik an der Mauterhöhung übte auch der AfD-Abgeordnete Dirk Brandes: „Die Ampel betreibt die dümmste Energiepolitik der Welt.“ Durch die Erhöhung der Lärmbelastungs- und Luftverschmutzungskosten würden die Kosten für moderne und saubere Euro-6-Fahrzeuge bis doppelt so teuer und die Lärmbelastungskosten stiegen um das Achtfache, rechnete Brandes vor. Den Entschließungsantrag der AfD für eine Mautsenkung (20/4581) lehnte der Bundestag ab.

Matthias Gastel (Grüne) verteidigte die Mauterhöhung. Die Koalition habe sich darauf verständigt, dass die erzielten Mehreinnahmen in das Schienennetz und die Wasserstraßen investiert werden. Diese beiden Verkehrsträger seien „seit Jahrzehnten deutlich unterfinanziert“, argumentierte Gastel. „Es wäre ja wirklich absurd, wenn Mehreinnahmen, die aus der Umweltbelastung resultieren, in noch mehr Straßenbau fließen.“ Für die Linksfraktion signalisierte Thomas Lutze zwar einerseits prinzipielle Zustimmung für die Mauterhöhung. Zugleich forderte er für kleine und mittlere Unternehmen der Transport- und Logistikbranche direkte Finanzhilfen des Bundes, um die Auswirkungen der Energiepreiskrise in den Griff zu bekommen. **Alexander Weinlein** ■

Zeit für Veränderungen

GESCHÄFTSORDNUNG Arbeitsgrundlage des Parlaments steht vor Reform

Die letzte umfassende Reform der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages liegt 42 Jahre zurück. Die Fraktionen im Bundestag wollen daher die Arbeitsgrundlage des Parlaments modernisieren. Die Ampelkoalition (20/4331), die Unionsfraktion (20/4587), die AfD-Fraktion (20/4568) und die Linksfraktion (20/286, 20/1728, 20/1732, 20/1735) haben dazu Vorschläge vorgelegt, die der Geschäftsausschuss in einer Anhörung von Sachverständigen bewerten ließ.

Streitthema Öffentlichkeit Zur Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen gehen die Vorstellungen auseinander. Bisher tagen die Ausschüsse grundsätzlich nichtöffentlich, wobei sie beschließen können, für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand die Öffentlichkeit zuzulassen. Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen sollen die Ausschüsse künftig festlegen, ob und inwieweit sie öffentlich beraten. Noch weiter geht die Linksfraktion, für die Ausschusssitzungen grundsätzlich öffentlich sein sollten. An der grundsätzlichen Nichtöffentlichkeit will hingegen die Unionsfraktion festhalten.

In der Anhörung gab es Zuspruch für alle drei Positionen. Der Bonner Rechtsprofessor Heiko Sauer unterstützte den Koali-

tionvorschlages, sein Kollege Bernhard W. Wegener von der Universität Erlangen-Nürnberg sah diesen nur als ersten Schritt und warb, wie die Linksfraktion, für grundsätzliche Öffentlichkeit, während Horst Risse, der frühere Direktor beim Deutschen Bundestag, und Philipp Austermann von der Hochschule des Bundes in Brühl dafür eintraten, es bei der jetzigen Regelung zu belassen. Wenn schon mehr Öffentlichkeit, dann nur durch Übertragungen im Internet, befand Risse, und auch Wegener brach eine Lanze für direkte Übertragungen, damit die Zuschauer sehen könnten, „wie die Ausschüsse wirklich arbeiten“.

Regierungsbefragung Ein zweiter Schwerpunkt der Reformvorschläge ist die künftige Ausgestaltung der Regierungsbefragung, bei der sich ein Minister und dreimal jährlich auch der Kanzler den Fragen der Abgeordneten stellt. Die Koalition will sie von 60 auf 90 Minuten verlängern und dafür die Fragestunde, bei der meist parlamentarische Staatssekretäre auf Fragen von Abgeordneten antworten, von 60 auf 45 Minuten verkürzen. Die Union will die Regierungsbefragung auf zwei Stunden ausdehnen. Horst Risse schlug vor, bei der verfügbaren Fragezeit den Oppositionsfraktionen einen

Zuschlag zu gewähren. Die Regierungsbefragung sei überwiegend ein Oppositionsinstrument und sollte als solches auch ausgebaut werden. Risse räumte ein, dass das nicht ohne Beeinträchtigung der formalen Gleichheit aller Abgeordneten möglich sei. Widerspruch ertmete er damit bei Heiko Sauer, der die Regierungsbefragung nicht als Oppositionsinstrument einstufte, sondern befand, dass sie allen Abgeordneten gerecht werden müsse.

Ein Anliegen der AfD-Fraktion ist, zeitliche Überschneidungen von Plenar- und Ausschusssitzungen grundsätzlich nicht mehr zuzulassen, damit Abgeordnete nicht gezwungen sind, auf die Anwesenheit in einer von zwei parallelen Sitzungen verzichten zu müssen. Unterstützt wurde sie dabei von Michael Elicker, Rechtsprofessor an der Universität des Saarlandes. Er hält solche Überschneidungen für verfassungsrechtlich problematisch. Dagegen argumentierte sein Professorenkollege Sven Höltscheid von der Freien Universität Berlin. Der Verzicht auf zeitliche Überschneidungen würde seiner Ansicht nach der Funktionsfähigkeit des Bundestages zuwiderlaufen und wäre damit verfassungswidrig.

Die Koalitionsfraktionen wollen die Reform der Geschäftsordnung zum 1. Januar 2023 in Kraft setzen. **Volker Müller** ■

AUFGEKEHRT

Tatsächlich... Liebe?

Uli Hoeneß hat es wieder getan. Nach wilden Auseinandersetzungen mit Kollegen wie Willi Lemke („Volksverhetzer“), Christoph Daum („Du musst einmal über dich schauen, das ist ein Fußball da, kein Heiligenschein“), Reportern („Scheiß-Frage“) und Fans („Die Scheiß-Stimmung, da seid Ihr doch für verantwortlich“) lässt die Fußball-WM in Katar den Ex-FC Bayern-Manager wieder toben. Einst Verfechter des Turniers im Golfstaat grätschte er im September mit Verweis auf wichtige Öl- und Gaslieferungen gegen Katar-Kritiker und Fußball-Funktionär Andreas Rettig („König der Scheinheiligen“). Als der erste Ball über den Rasen von Al Khor rollte, die Aufregung um die Wüsten-WM in neue Höhen stieg und die Einschaltquoten in den Keller sanken, vollzog Hoeneß einen flotten Seitenwechsel. Fifa-Präsident Infantino ist für Bayerns Oberpollterer nun eine „Katastrophe für den Weltfußball“, der DFB „mutlos“, weil er vor der Fifa und ihrem Verbot der „One Love“-Binde eingeknickt ist und Kapitän Neuer beim verpatzten Auftaktspiel gegen Japan stattdessen die „No Discrimination“-Binde trug. Merke: Liebe ist für die Fifa-Funktionäre eine politische Botschaft und damit unerwünscht, der Einsatz gegen Diskriminierung – ja was? Na egal. Der Profifußball ist ohnehin eine eher herzlose Angelegenheit, mit oder ohne Uli Hoeneß oder Infantino. Desens jüngstes Bekenntnis („Ich weiß, wie es ist, diskriminiert zu werden. Ich wurde gemobbt, weil ich rote Haare hatte“) wird Homosexuelle und Transmenschen auf der arabischen Halbinsel sicher zu Tränen rühren. Ein Foto zeigt den Fifa-Boss übrigens später beim Deutschland-Spiel mit Bundessportministerin Nancy Faeser. Verschmitzt lächelnd zeigt er auf die „One Love“-Binde an ihrem linken Arm. Immerhin einer hat offenbar Spaß an dieser WM. *Johanna Metz*

VOR 35 JAHREN...

Einstimmig gegen Blei

3.12.1987: Bundestag verbietet Bleibenzin. „Ade sagen wir heute, Ade geliebtes Blei“, das unsere Automotoren kraftvoll schlagen ließ“. Doch es sei „nur ein halbes Ade“, denn „im Super können wir es ja noch fahren“. So begann Wilhelm Knabe (Bündnis 90/Die Grü-



Ab Februar 1988 durften Tankstellen nur noch bleifreies Normalbenzin anbieten.

nen) am 3. Dezember 1987 seine sarkastische Rede im Bundestag. An diesem Tag beschloss das Parlament, dass es der Umwelt zuliebe spätestens ab 1. Februar 1988 in Deutschland kein verbleites Normal-Benzin mehr geben wird – und zwar einstimmig. Wenige Tage später gab der Mineralölwirtschaftsverband bekannt, dass die Tankstellen schon am 1. Januar den Verkauf von bleihaltigem Normal-Benzin einstellen. Je näher der Termin rückte, desto mehr Autofahrer stiegen zwar auf Bleifrei um, wie eine Umfrage unter den großen Mineralölkonzernen ergab. 80 Prozent der Tankstellen in Deutschland boten demnach im Dezember 1987 schon „Bleifrei“ an. Allerdings schätzte man etwa bei BP, dass zwei Drittel der Autofahrer, die bleifreies Benzin verwenden könnten, noch immer verbleites Kraftstoff nutzten – obwohl sie dafür zwei Pfennig pro Liter mehr zahlen mussten. Ende 1987 kostete etwa ein Liter verbleites Super-Benzin 1,019 D-Mark. Dass alle Fraktionen im Bundestag dem Gesetzentwurf zustimmten, nannte Knabe – erneut nicht ohne Sarkasmus – einen Sieg, der „unwahrscheinlich“ sei: „So viel geballte Vernunft in diesem Saal versammelt!“ Die Grünen hätten einen entsprechenden Antrag schon Jahre zuvor eingebracht. „Aber was zählt ein läppischer Antrag unqualifizierter Grüner?“, fragte er. Der Antrag wurde damals abgelehnt. Knabe forderte, auch verbleites Super zu verbieten. Dazu kam es aber erst 1996. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: FACHGESPRÄCH DER SED-OPFERBEAUFTRAGTEN



Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen: Bei einem Fachgespräch mit der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke (rechts) berichten die beiden Zeitzegen Birgit Krüger und Frank Hermann von ihrem Alltag als politische Häftlinge in der DDR.

»Wir waren einfach nur Material«

Birgit Krüger wiegt nur noch 52 Kilo, als sie im Mai 1979 ins DDR-Frauengefängnis Hoheneck im Erzgebirge gebracht wird. Sieben Monate saß sie da bereits in Untersuchungshaft. „Staatsfeindliche Hetze, Staatsverleumdung, staatsfeindliche Verbindungsaufnahme und Beeinträchtigung der staatlichen Behörden in ihrer Tätigkeit“, lautet das Vergehen. Zwei Jahre und drei Monate das Strafmaß. In Hoheneck wird die junge Frau zur Arbeit gezwungen, muss für den volkseigenen Betrieb Elmo Waschmaschinengehäuse bearbeiten. Noch heute erinnert sie sich an die Dämpfe, den Schmutz, die Hitze. „Die Zustände in diesem Keller waren katastrophal.“ So erzählt sie es an einem Donnerstag Ende November im Bundestag. Während des Fachgesprächs „Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“, zu dem die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke und die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft eingeladen haben, schildert sie ihre Geschichte. Geboren 1945 in Sachsen-Anhalt lernt Krüger mit Anfang

zwanzig ihren späteren Ehemann, einen Berliner, kennen und zieht mit ihm nach Ost-Berlin. Die beiden wollen raus aus der DDR. 1976 stellen sie ihren ersten Ausreisearbeit, ohne Erfolg. Sie versuchen es weiter, schreiben an die Vereinten Nationen, bitten die Gesellschaft für Menschenrechte um Hilfe. Dann werden sie verhaftet. Krüger ist eine von rund 250.000 politischen Häftlingen, die es von 1945 bis 1989 in der Sowjetischen Besatzungszone und der SED-Diktatur gegeben hat. Die allermeisten mussten wie sie Zwangsarbeit leisten. „Das war ein wesentlicher Bestandteil des Strafsystems in der DDR zur Erziehung und Bestrafung politischer Gefangener“, sagt die Psychologin Stefanie Knorr von der Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur. Ziel sei es gewesen, die Widerstandsfähigkeit der Inhaftierten zu brechen. „Sie sollten für ihr oppositionelles Verhalten bestraft werden.“ In der Haft produzierten die Gefangenen laut Historiker Tobias Wunschik nicht nur Waren für die DDR, sondern

auch für westdeutsche Firmen. Von Fotoapparaten für Quelle bis Strumpfhosen für Aldi. Dabei widersprach die Haftarbeit in der DDR klar dem Völkerrecht, urteilt der Historiker. Gewaltandrohungen, Schikanen und Demütigungen gehörten zum Alltag. Auch zu dem von Frank Herrmann. Er wurde verhaftet, als er mit Freunden aus der DDR fliehen wollte. „Zwanzig Monate Freiheitsentzug“, sagt er, legt die Brille ab und reibt sich über die Augen. In der Haft muss er in der Galvanik arbeiten, einem chemischen Verfahren zur Metallveredelung. Eine Schulung gibt es nicht. Ebenso wenig Schutzhandschuhe oder Brillen. „Wir waren einfach nur Material, Menschen-Material.“ Viele litten bis heute an den Folgen der Haft, sagt Zupke. An die Abgeordneten appellierte sie, sich für die Aufarbeitung und die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden einzusetzen. Das sei schließlich keine Frage Ostdeutschlands, sondern eine gesamtdeutsche Aufgabe. *Irina Steinhauer*

70 Jahre politische Bildung

JUBILÄUM Die Bundeszentrale feiert runden Geburtstag

Vom Brettspiel bis zu den berühmtesten „Schwarzen Hefen“: Seit nunmehr 70 Jahren informiert die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Bürgerinnen und Bürger über aktuelle und historische Themen. Am 25. November 1952 wurde sie durch einen Erlass des damaligen Bundesministers des Innern, Robert Lehr (CDU), gegründet. Die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus vor Augen, sollte die bpb die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik zur Demokratie erziehen. Damals hieß die Behörde noch „Bundeszentrale für Heimatdienst“, in Anlehnung an die „Reichszentrale für Heimatdienst“, die in der Weimarer Republik die Bevölkerung politisch bilden sollte.

Erster Direktor der Bundeszentrale war der parteilose Paul Franken, ein Vertreter des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer (CDU). Trotz der Nähe zur Regierung hat sich die Bundeszentrale von Anfang an der Überparteilichkeit verschrieben. Ein Kuratorium stellt dies bis heute sicher. Im Fokus standen in den 1950er Jahren die Themen Demokratieförderung, Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Spätere Entwicklungen wie Gewalt und Terrorismus aus der links- und rechtsextremen Szene, die Europäische Annäherung und schließlich die Wiedervereinigung haben für immer weitere politische Themen gesorgt, über die die bpb in zahlreichen

Publikationen informiert. Auch diese Zeitung hat ihren Ursprung in der Bundeszentrale, von der sie von 1952 bis 2000 herausgegeben wurde. Besonders beliebt ist bis heute der Wahl-O-Mat, der seit 2002 im Vorfeld von Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen als Orientierungshilfe dient. Arbeiteten 1953 gerade einmal 26 Angestellte bei der Bundeszentrale, sind es heute über 300. Und sie wächst weiter. Neben den Standorten Bonn und Berlin kam im letzten Jahr ein weiterer im thüringischen Gera hinzu. Schwerpunkt dieses Standortes ist unter anderem die Frage, welche Einflüsse Social Media auf die politische Bildungsarbeit haben kann. *des*

LESERPOST

Zur Ausgabe 43-45 vom 24. Oktober 2022, „Das ist wirklich zu wenig“ auf Seite 9:

Der Bundestagspräsidentin wäre mit dieser allgemeinen Feststellung zur Wahlrechtsreform vor allem dann zuzustimmen, wenn mit ihrer Hilfe das gegenwärtige Mandat der Bundeswahlrechtsreformkommission durch eine Einbeziehung der „europäischen Gesetzgebung“ in Brüssel ergänzt wird. Dort werden in steigendem Maße laufend Gesetze für alle Bürger in der EU verabschiedet, die bislang von nationalen Parlamenten, darunter auch vom Bundestag, erlassen wurden. Diese werden damit erheblich entlastet, was zwangsläufig zu einer entsprechenden Verkleinerung führen müsste, so dass wir künftig kein „XXL-Parlament“ mehr hätten. Es bleibt unerfindlich, warum die Reformkommission dieses Element einer „europäischen Legislative“ überhaupt nicht erwähnt. *Fritz Fischer, Kiel*

Zur selben Ausgabe, Themenschwerpunkt „Atomstreit“ auf den Seiten 1-3: Die Beiträge zum Thema „AKW-Laufzeitverlängerung“ waren von beispiellos hoher Qualität. Ich meinte dazu bestens informiert zu sein, aber habe aus den Beiträgen dazu gelernt. Klaus Wiener hat im Interview beispielsweise deutlich gemacht, dass es der CDU um einen Wiedereinstieg als Option geht. *Jochen Luhmann, Wuppertal*

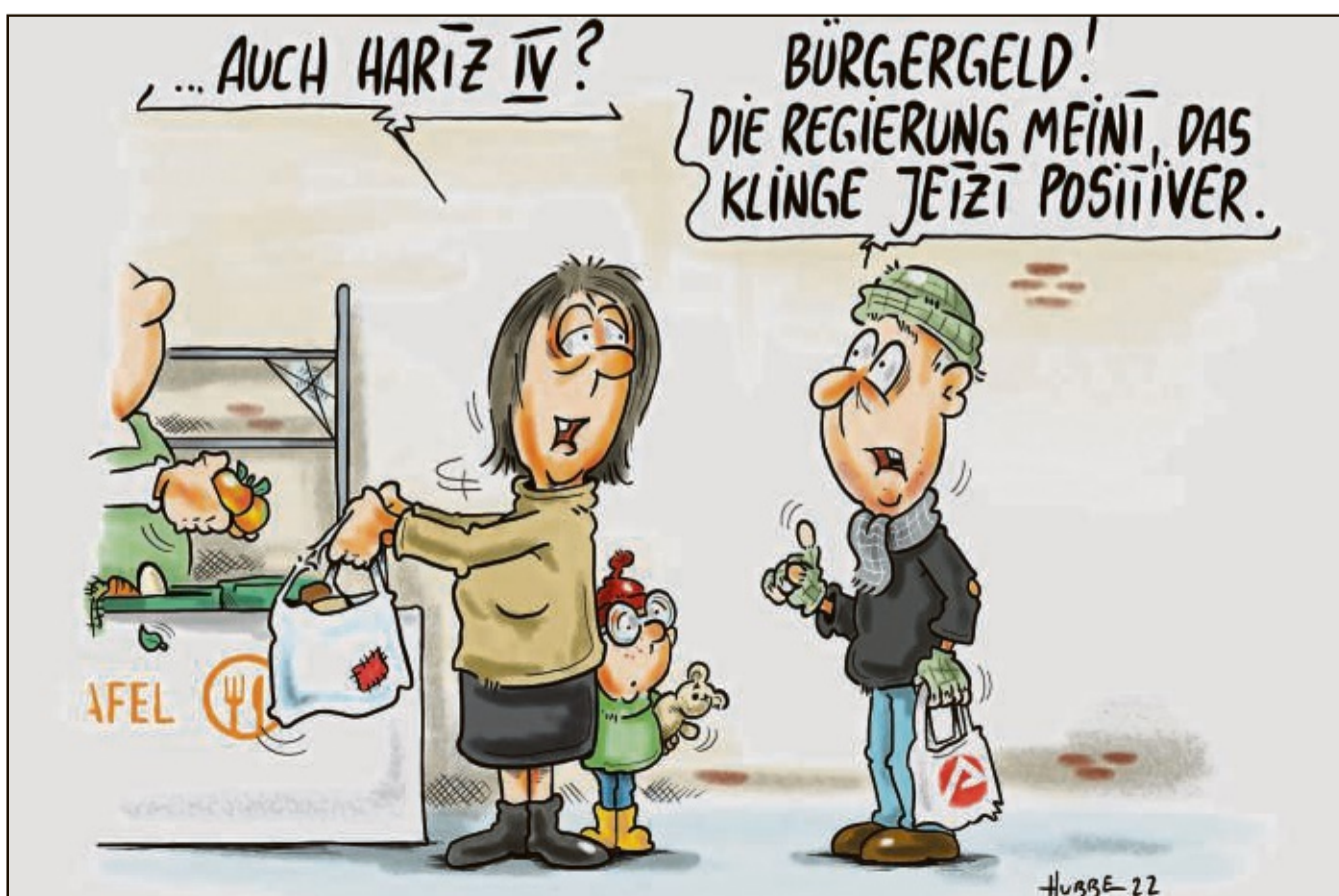
Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. Dezember.

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Dietmar Thieser
Bundestagsabgeordneter 1994-1996, SPD

Am 27. November wurde Dietmar Thieser 70 Jahre alt. Der Gewerkschaftsmitarbeiter aus Hagen/Westfalen schloss sich 1971 der SPD an und war von 1985 bis 1989 dortiger Unterbezirksvorsitzender. Von 1989 bis 1999 amtierte er als Oberbürgermeister. Im Bundestag engagierte Thieser sich im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Aktuell ist er Ratscherr in Hagen.

>Renate Rennebach
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD

Am 29. November wird Renate Rennebach 75 Jahre alt. Die kaufmännische Angestellte aus Berlin trat 1975 der SPD bei. Zeitweise war sie Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und gehörte außerdem auch deren Bundesvorstand an. Im Bundestag engagierte sich Rennebach im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung. Von 1996 bis 2002 war die Jubilarin als sektenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion tätig.

>Dieter Annes
Bundestagsabgeordneter 1990, FDP

Dieter Annes vollendet am 1. Dezember sein 80. Lebensjahr. Der Installateurmeister aus Limbach-Oberfrohna/Kreis Zwickau trat 1990 in die FDP ein. Von März bis Oktober 1990 war Annes Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer, danach gehörte er bis Dezember dem Deutschen Bundestag an.

>Jürgen Starnick
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, FDP

Am 1. Dezember begeht Jürgen Starnick seinen 85. Geburtstag. Der promovierte Chemiker und Hochschullehrer aus Berlin amtierte von 1986 bis 1989 dort als Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Im Bundestag wirkte Starnick im Umweltausschuss mit.

>Rudolf Scharping
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD

Rudolf Scharping wird am 2. Dezember 75 Jahre alt. Der aus Lahnstein stammende Politikwissenschaftler trat 1966 der SPD bei und gehörte von 1974 bis 1991 dem dortigen Stadtrat an. Von 1974 bis 1976 war er stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und stand von 1985 bis 1993 an der Spitze seiner Partei in Rheinland-Pfalz. 1993 setzte Scharping sich als Nachfolger Björn Engholms gegen Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul als SPD-Vorsitzender durch. Zwei Jahre später löste ihn Oskar Lafontaine wieder ab. Scharping, der von 1975 bis 1994 dem Landtag in Rheinland-Pfalz angehörte und von 1991 bis 1994 erster sozialdemokratischer Ministerpräsident war, trat bei der Bundestagswahl 1994 gegen Amtsinhaber Helmut Kohl an. Trotz eines Zugewinns von knapp drei Prozent unterlag Scharping mit 36,4 Prozent der Stimmen. Von 1994 bis 1998 amtierte der Jubilar als Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion und übernahm 1998 in Gerhard Schröders erstem Kabinett das Amt des Verteidigungsministers. 2002 schied er aus dem Amt. Zuletzt gehörte er dem Auswärtigen Ausschuss an.

>Ute Kumpf
Bundestagsabgeordnete 1998-2013, SPD

Ute Kumpf begeht am 4. Dezember ihren 75. Geburtstag. Die Diplom-Volkswirtin und Gewerkschaftssekretärin aus Stuttgart trat 1972 der SPD bei und war von 1997 bis 2004 Vorsitzende des dortigen Kreisverbands. Von 1994 bis 1998 sowie von 2004 bis 2008 gehörte sie der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart an. Kumpf, von 2002 bis 2010 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Bundestagsfraktion, wirkte im Landwirtschafts-, im Verkehrs- sowie im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

>Peter Enders
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Am 7. Dezember vollendet Peter Enders sein 80. Lebensjahr. Der Leiter eines Berufskollegs aus Duisburg trat 1964 der SPD bei. Von 1989 bis 1996 war der Jubilar als Ratscherr in Kamp-Lintfort tätig. Von 1999 bis 2003 amtierte er als stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Beamtenbunds. Enders engagierte sich im Bundestag sowohl im Rechts- als auch im Innenausschuss. Von 1998 bis 2002 war er Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für Politische Bildung. *bmh*

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 28.11. – 2.12. 2022

Energiepreispbremse (Do), Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Friedrich Merz, CDU:

Sie versinken mit Ihrer Koalition im ständigen Streit



Friedrich Merz (*1955)
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Am morgigen Tag dauert der Krieg in der Ukraine nun schon neun lange Monate. Wir alle begleiten dieses Land, seine Menschen und vor allem die Soldaten des Landes mit großer Anteilnahme und Sympathie, ja, mit großer Bewunderung dafür, wie sie diesem brutalen russischen Angriffskrieg immer noch standhalten.

Wir haben hier im Haus über diesen Krieg sehr oft gesprochen. Wir waren uns in der Bewertung dieses Krieges als eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges sehr weitgehend einig. Und ich hoffe, wir verurteilen heute gemeinsam auf das Schärfste die Ausweitung dieses Krieges in den letzten Tagen, der sich nun fast ausschließlich nur noch gegen die Zivilbevölkerung richtet. Das sind Kriegsverbrechen der schlimmsten Art, für die sich Putin und sein Regime irgendwann vor der Weltgemeinschaft verantworten müssen. – Aufschlussreich, zu sehen, dass sich auf der ganz linken und auf der ganz rechten Seite dieses Hauses keine Hand rührt bei diesem Satz – Bei Ihnen einer, ja.

Meine Damen und Herren, dieser Krieg hat Folgen für ganz Europa und damit auch für unser Land. Seit dem Beginn des Krieges diskutieren wir die Notwendigkeit einer wirkungsvollen Verteidigung unseres Landes und des NATO-Bündnisses noch einmal ganz neu. Jedenfalls hat sich bei vielen früheren Kritikern und Gegnern von bewaffneten Streitkräften mittlerweile die Einsicht durchgesetzt, dass der Schutz von Frieden

und Freiheit, dass der territoriale Schutz eines Landes offenbar doch bewaffnete Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten erfordert.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben diese Erkenntnis versucht umzusetzen mit Ihrem Vorschlag eines Sondervermögens für die Bundeswehr und der Zusage – ich zitiere wörtlich –, ab sofort „mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ unseres Landes in die Verteidigung zu investieren. Wir haben Ihrem Vorschlag einer Grundgesetzänderung zugestimmt und bei dieser Gelegenheit mit Ihnen und Ihrer Regierung eine ganze Reihe von Vereinbarungen getroffen.

So sollte unter anderem ein Parlamentarisches Gremium zum „Sondervermögen Bundeswehr“ eingerichtet werden, in dem laufend über die Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr beraten und berichtet wird. In der bisher einzigen Sitzung dieses Gremiums, die vor wenigen Tagen erst stattgefunden hat, hat sich Ihre Koalition geweigert, den Wirtschaftsplan für die Beschaffungsvorhaben vorzulegen. Die nächste Sitzung ist jetzt geplant für den 23. Februar des nächsten Jahres. Meine Damen und Herren, wir wissen aus den Haushaltsberatungen nun auch, warum Sie diese verabredete parlamentarische Zusammenarbeit verweigern. Entgegen Ihrer Zusage steigt der Verteidigungshaushalt nämlich nicht etwa auf die verabredeten 2 Prozent – noch einmal zur Erinnerung: Sie haben gesagt: „mehr als 2 Prozent“ –; er sinkt im nächsten Jahr um fast 300 Millionen Euro. Herr Bundeskanzler, ich kann es nicht anders sagen: Das ist ein grober Wortbruch gegenüber dem Parlament und vor allem gegenüber der Bundeswehr.

Zu dem Sondervermögen, das ja nichts anderes ist als 100 Milliarden Euro neue Schulden, das wir im Frühjahr unter großem Zeitdruck, den Sie gesetzt haben, weil angeblich Beschaffungsvorhaben

nicht warten dürfen, verabschiedet haben, müssen wir heute feststellen: Es ist bis zum heutigen Tag nicht ein einziger neuer Auftrag erteilt und nicht eine einzige Ausschreibung veröffentlicht worden.

Meine Damen und Herren, ein solcher Umgang mit Ihren eigenen Zusagen, Herr Bundeskanzler, und der Umgang mit unseren Partnern in der NATO und in der Europäischen Union löst zu Recht Befremden und erhebliches Misstrauen aus.

Seit Sommer dieses Jahres sehen wir nun eine erhebliche Verknappung bei der Energieversorgung unseres Landes, und mit dieser Verknappung sind drastische Preiserhöhungen verbunden. Wenn die deutsche Regierung darauf rechtzeitig, konsequent und vor allem mit den richtigen Instrumenten reagiert hätte, dann wären die Preise immer noch deutlich höher als vor dem Krieg. Aber dann wäre es nicht zu solchen Preisausschlägen gekommen, wie wir sie seit einigen Monaten sehen.

Ich will das begründen: Einer solchen Energieverknappung begegnet man am besten – Also wenn Sie schon marktwirtschaftliche Grundsätze nicht mehr ertragen, dann haben Sie offensichtlich ein größeres Problem mit der Bewältigung dieser Krise als bisher von uns angenommen.

Meine Damen und Herren, das, was wir hier erleben in diesem Jahr, ist wirtschaftlich ein klassischer Angebotsschock, und einem solchen Angebotsschock begegnet man am besten und am ehesten mit einer drastischen Ausweitung des Angebotes. Das ist Ihnen sogar in Teilen gelungen. Das ist Ihnen beim Gas zu erheblich überhöhten Preisen gelungen. Die Gasspei-

cher sind gefüllt. Und für diesen Winter können wir annehmen – immer noch unter der Annahme und der Hoffnung, dass der Winter möglichst nicht zu kalt werden möge –, dass das auch tatsächlich ausreicht. Für den nächsten Winter ist alles offen, sind alle Fragen offen.

Beim Strom, meine Damen und Herren, haben Sie nicht nur die falschen Sachverhalte zugrunde gelegt – Sie haben sich ja ausschließlich auf die sogenannte Netzstabilität konzentriert –, sondern Sie, Herr Bundeswirtschaftsminister, haben mit Ihrem zweifachen Stresstest, mit dem, was Sie hier an Zahlen vorgelegt haben, auch die deutsche Öffentlichkeit und damit auch dieses Parlament – ich kann es erneut nicht anders sagen – vorsätzlich und bewusst getäuscht. Denn wie wir heute wissen, Herr Habeck, standen die gewünschten Ergebnisse in der Leitung Ihres Hauses längst fest, bevor Ihnen die Fachleute das genaue Gegenteil aufgeschrieben haben. Zu diesen Fachleuten haben auch Mitglieder der Reaktor-Sicherheitskommission gehört, die ihrem Unmut über den Umgang mit ihnen auch öffentlich sehr klar und deutlich Luft gemacht haben.

Sie, Herr Habeck, und die ganze Bundesregierung haben zu Beginn Ihrer Regierungszeit einen anderen Stil, einen anderen Umgang, ein neues Miteinander von Politik und Fachexpertise zugesagt. Ich muss heute feststellen: Diese Zusagen von Ihnen reichen gerade einmal bis zur Grenze der eigenen Voreingenommenheit, man kann auch sagen, bis zur Grenze Ihrer eigenen Ideologie. Spätestens dann ist es zu Ende mit Ihrer vielbeschworenen Toleranz, Ihrem Respekt vor anderen Meinungen und Auffassungen und vor allem mit Ihrem Respekt vor Fachexpertise. Da pfeifen Sie drauf, wenn es Ihrer Ideologie nicht entspricht.

Schauen wir uns die Liste Ihrer weiteren Zusagen aus dem jetzt langsam zu Ende gehenden Jahr noch einmal wenigstens in Auszügen an:

Sie versprechen eine Energiekostenpauschale und vergessen im ersten Durchgang die Studentinnen und Studenten und die Rentnerinnen und Rentner. – Doch! Sie haben es schlicht und ergreifend vergessen; nichts anderes war es. Sie haben es vergessen. Dann holen Sie diese Zahlungen an die Rentnerinnen und Rentner nach, und Sie können bis zum heutigen Tag die Frage nicht beantworten, ob diese Zahlungen an die Rentner denn steuerpflichtig sind oder nicht. Was ist das denn für eine

Gesetzgebung, die Sie hier machen? Dann holen Sie in dieser Woche die Zahlungen an die Studentinnen und Studenten nach und wissen bis zum heutigen Tag nicht, wer dieses Geld denn überhaupt auszahlen soll. Keine Antwort auf diese Frage! Was ist das denn für eine Gesetzgebung?

Sie sagen eine Gaspresbremse zu, und klar ist bis heute allein, dass die Dezembervorauszahlungen vom Bund übernommen werden sollen. Alles andere bleibt trotz Ihrer Beschlussfassung vom gestrigen Tag im Unklaren. Die Bevölkerung weiß bis heute nicht, wann sie aus Gaspresbremse und Strompresbremse die Leistungen bekommt, die Sie als Regierung versprochen haben.

Dann wollen Sie dieses Geld für die Strompresbremse mit den sogenannten Übergewinnen finanzieren, für die die Energieerzeuger in diesem und im nächsten Jahr zahlen sollen. Herr Habeck, Sie sprechen in diesem Zusammenhang nicht von „Steuern“ oder „Abgaben“, sondern Sie sprechen davon, dieses Geld müsse man „abgreifen“. Das ist ein Sprachgebrauch, den wir, bisher jedenfalls, im Steuerrecht so nicht gekannt haben. Wir wissen ja bis zum heutigen Tag nicht, wo Sie sich da ein-

Entgegen Ihrer Zusage steigt der Verteidigungshaushalt nämlich nicht.

Dieser Krieg hat Folgen für ganz Europa und damit auch für unser Land.

Vielen Unternehmen steht das Wasser bis zum Hals.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

gentlich im Abgabensystem unseres Landes bewegen. Ist das eine Steuer? Ist das eine Gebühr? Ist das ein Beitrag? Was ist das eigentlich, was Sie da machen mit diesem „Abgreifen“? Ich sage Ihnen mal voraus: Sie werden mit dieser geplanten Abschöpfung genauso scheitern, wie Sie mit Ihrer Gasumlage gescheitert sind.

Nun könnte man das Ganze abhaken, meine Damen und Herren, unter dem Stichwort „handwerklich miserables Regierungshandeln“. Das ist dann eben so, Sie können es vielleicht nicht besser, das ändert sich wahrscheinlich auch nicht. Das Tragische daran ist nur, dass die Lage für Millionen von Haushalten und Menschen in diesem Land von Tag zu Tag schwieriger wird, dass viele Menschen heute am Ende des Monats nicht wissen, wie sie das Ende des Monats erreichen sollen, und dass vielen Unternehmen mittlerweile – Wenn Sie das bestreiten, dann nehmen Sie große Teile dessen, was im Land stattfindet, offensichtlich nicht mehr wahr. Vielen Unternehmen steht das Wasser bis zum Hals.

Verstehen Sie mich nun bitte nicht falsch. – Sie wissen doch gar nicht, was ich jetzt sagen will. – Auch wenn Sie alles richtig gemacht hätten, wäre die Lage kritisch. Es gibt eben kein Vorbild, keine Blaupause, kein Regiebuch für all das, was eine Regierung jetzt, in einer so schwierigen Lage, tun muss.

Ich komme aber noch einmal zurück auf Ihre Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler, vom 27. Februar 2022. Drei Tage nach Kriegsausbruch haben Sie von dieser Stelle aus eine wirklich bemerkenswerte Regierungserklärung abgegeben. Sie haben hier im Haus – bis auf die ganz links und bis auf die ganz rechts – viel Beifall, ja sogar stehenden Beifall von allen Bundestagsfraktionen der Mitte dieses Parlamentes erhalten. In diesem Augenblick hat sich für Sie, Herr Bundeskanzler, ein Zeitfenster geöffnet. Sie haben es „Zeitenwende“ genannt. Der Bundespräsident sprach vor einigen Wochen von einem „Epochenbruch“. Aber bleiben wir bei dem Begriff „Zeitenwende“. Mit diesem Wort haben Sie in ganz Deutschland eine große Veränderungsbereitschaft ausgelöst, weil viele Menschen erst in diesem Augenblick Ihrer Rede gespürt haben, wie ernst die Lage nach dem Beginn des Krieges wirklich ist. Mit dieser Autorität ausgestattet, hätten Sie, Herr Bundeskanzler, sagen können – ich meine, Sie hätten es sagen müssen -: Diese Zeitenwende ist nicht nur eine große Herausforderung für uns, sie ist auch eine große Chance, eine Chance, verkrustete Strukturen aufzubrechen, eine Chance, Büro-

kratie abzubauen, eine Chance, Prioritäten neu zu setzen, liebge-wordene Gewohnheiten abzulegen, vorurteilsfrei alle Besitzstände auf den Prüfstand zu stellen.

Neben der Sicherung von Frieden und Freiheit – und das ist die Hauptaufgabe – hätten Sie nur eine entscheidende Frage zu stellen brauchen: Was müssen wir tun, um in Deutschland und in Europa in dieser sich jetzt abzeichnenden neuen Welt, in dieser Welt von morgen eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und vor allem produzierende Industrie und damit zukünftige Arbeitsplätze zu erhalten? Diese Frage hätten Sie stellen müssen.

Denn genau darum geht es jetzt und in der näheren Zukunft auch und vor allem: Wie können wir uns in Deutschland und in Europa neben den USA und Asien, vor allem neben China, als ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bewahren? China ordnet den Fortschritt von Staats wegen an. Die USA schütten ein Füllhorn an US-Dollars aus – sie nennen das „Inflation Reduction Act“ – und schaffen täglich Tausende von neuen Geschäftsmöglichkeiten. Sie aber diskutieren und streiten immer noch um das Klein-Klein Ihres Koalitionsvertrages. Den hätten Sie, Herr Bundeskanzler, beherzt zur Seite legen müssen, um anschließend in diesem Land um Zustimmung zu werben: für eine drastische Reduzierung unserer Bürokratie, für eine mutige Beseitigung des in-

serem Land einzigartigen Unwesens der Verbandsklagen. Und das richtet sich insbesondere an die Grünen: Sie werden die Geister nicht mehr los, die Sie selbst gerufen haben, angesichts all dem, was jetzt an Blockaden und Entscheidungshindernissen aufgebaut wird.

Sie hätten werben müssen für einen Masterplan Energie, der nun wirklich alle Ressourcen der Energieerzeugung ausschöpft – alle Ressourcen und nicht nur die, die Sie aus ideologischen Gründen gerne hätten. Ich füge hinzu: auch für die Nutzung eigener Energievorkommen, die wir in Deutschland und in

Europa doch nun mal unstreitig haben. Auch wenn es Sie aufregen wird: ja, auch für die weitere Nutzung der Kernenergie, jedenfalls so lange, bis wir sicher sein können, dass Wind- und Sonnenenergie so gespeichert werden können, dass sie grundlastfähig sind. Bis dahin verbietet sich jeder weitere Ausstieg.

Ich will ausdrücklich sagen: Nach der erneut – man muss es leider so sagen – gescheiterten 27. Klimakonferenz, die wir in dieser Woche gesehen haben, benötigen wir Forschung und Entwicklung aller erdenklichen Technologien von der CO₂-Abscheidung, der CO₂-Speicherung, der CO₂-Wiederverwertung bis hin zu neuen Rohstoffen und synthetischen Kraftstoffen.

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, so etwas hier zu sagen, Herr

Bundeskanzler, und zwar im Ganzen für eine gesamtheitliche Betrachtung von Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Klimapolitik, für ein engmaschiges Zusammenwirken von Digitalisierung und Dekarbonisierung, last, but not least, für erheblich beschleunigte Genehmigungsverfahren, nicht nur bei Wind- und Sonnenenergie, sondern bei allen Genehmigungsverfahren, die in unserem Lande notwendig sind und die für unsere Volkswirtschaft unverzichtbar sind.

Das alles wäre vielleicht verbunden gewesen mit der Überwindung einer Haltung in unserem Land, die leider immer nur Zweifel und Bedenken kennt – ich sage Ihnen doch, wie ich es mir vorstellen könnte -, hin zu einer Grundstimmung der Menschen im Land, die trotz oder gerade wegen dieser Krise anpacken, Mut fassen, Zuversicht annehmen und daran glauben, dass die Ressourcen unseres Landes noch längst nicht ausgeschöpft sind.

Herr Bundeskanzler, Sie hätten all das nach Ihrer Regierungserklärung im Februar wenigstens einmal in diesem Jahr in einer großen Rede sagen müssen, in einer Rede, die die Menschen mitreißt, die Optimismus ausstrahlt und die die besten Kräfte unseres Landes mobilisiert. In einer großen Rede!

Ja, wissen Sie, wenn Sie das so lächerlich finden, dann muss ich hier doch noch einmal einen Sachverhalt ansprechen, den ich nicht angesprochen hätte, wenn Sie hier nicht so reagiert hätten. Der Bundespräsident hat das vor einigen Wochen versucht, und ich finde, er hat eine bemerkenswerte

Rede gehalten. Über deren Inhalt und Ziele kann man streiten. Aber der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland hat eine solche Rede gehalten. Der Kollege Dürr und ich waren die einzigen beiden Vertreter der Bundestagsfraktionen in diesem Haus, die bei dieser Rede anwesend waren, kein Mitglied der Bundesregierung, kein Parteivorsitzender, außer uns beiden kein weiterer Fraktionsvorsitzender. Und Sie waren eingeladen, meine Damen und Herren Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Sie waren eingeladen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank. Keiner von Ihnen ist bei dieser Rede des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue gewesen. Ich muss es Ihnen nun leider doch sagen, wenn Sie hier in dieser Art und Weise reagieren.

Meine Damen und Herren, stattdessen versinken Sie mit Ihrer Koalition im ständigen Streit Ihrer Ressortminister und in einem immer deutlicher werdenden Vertrauensverlust der Bevölkerung und unserer europäischen Nachbarn und Freunde in die Lösungskompetenz und in die Verlässlichkeit dieser Bundesregierung.

Herr Bundeskanzler, vor neun Monaten hatten Sie die Chance, vielleicht sogar die historische Chance, dieses Land wirklich grundlegend zum Besseren hin zu verändern. Sie haben diese Chance nicht genutzt, und wahrscheinlich werden Sie – nach menschlichem Ermessen jedenfalls – eine solche Chance auch nicht wieder bekommen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt eben kein Regiebuch für all das, was eine Regierung jetzt tun muss.



Kritik im Hohen Haus: In der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramts wird Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) von Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) „Wortbruch“ vorgeworfen.

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Deutschland ist krisen- und winterfest



Olaf Scholz (*1958)
Wahlkreis 61

Verehrter Herr Merz, als ich Ihnen gerade zugehört habe, musste ich an „Alice im Wunderland“ denken. Was in Wahrheit groß ist, das reden Sie klein, und umgekehrt. Was eigentlich passiert ist und wer dafür verantwortlich war, das alles verschwimmt. Und was zunächst logisch klingt, ist in Wahrheit blanke Unsinn.

Vor einem Jahr waren unsere Energiespeicher leer wie selten zuvor. Heute sind sie gefüllt bis zum Anschlag, weil diese Bundesregierung nicht nur redet, sondern handelt und weil wir im Frühjahr zum Glück nicht Ihrem Vorschlag gefolgt sind, die russischen Gaslieferungen praktisch über Nacht abzustellen. Stattdessen haben wir Deutschlands Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle schrittweise beendet, eine Abhängigkeit, die vor einem Jahr beim Gas noch bei 50 Prozent lag.

Zugleich hat diese Regierung mit einer in unserem Land gar nicht mehr gekannten Schnelligkeit dafür gesorgt, dass Alternativen da sind. In wenigen Wochen gehen in Norddeutschland die ersten Flüssiggasterminals in Betrieb. Wir haben Kohlekraftwerke aus der Reserve geholt. Wir lassen die drei verbliebenen Kernkraftwerke bis ins nächste Frühjahr weiterlaufen. Und wir haben die bedeutendste Reform des Energiesektors seit Jahrzehnten auf den Weg gebracht.

Diese Bundesregierung sorgt dafür, dass die erneuerbaren Energien und die nötigen Übertragungsnetze viel schneller ausgebaut werden als bisher, übrigens auch in Bundesländern im Süden unserer Republik, wo dieser Ausbau bisher stockte.

Diese Bundesregierung bringt unser Land sicherheitspolitisch auf die Höhe der Zeit als verlässlichen Verbündeten mit leistungsfähigen Streitkräften, nachdem Ver-

teidigungsminister der CDU und der CSU unsere Bundeswehr viele Jahre vernachlässigt haben.

Das Sondervermögen für die Bundeswehr, das wir geschaffen haben, wird uns in die Lage versetzen, einen geordneten, einen vernünftigen Pfadwechsel zu organisieren. Wir werden und wollen 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Bundeswehr ausgeben. Aber wir wollen erst mal dafür sorgen, dass die Fabriken und die Maschinen angeschafft werden für die Dinge, die neu geschaffen werden, dass wir die richtigen Dinge bestellen und dass wir dafür sorgen, dass die Bundeswehr so ausgestattet wird, dass das über Jahrzehnte funktioniert. Das ist mit dem Sondervermögen verbunden: ein langfristiger Plan, nicht schnelle hektische PR-Erklärungen, Herr Merz.

Die Bundeswehr hat es verdient, dass wir Sorgfalt walten lassen

und dass wir dafür sorgen, dass all die Probleme, von denen wir jetzt auch neu lernen, gelöst werden. Denn wir stellen ja

fest: Es geht plötzlich nicht mehr, zu sagen: „Wir brauchen noch mal Nachschub an Munition“, weil die entsprechenden Anlagen gar nicht mehr in Betrieb sind. Es geht nicht mehr, zu sagen: „Wir wollen von diesem konkreten Gerät etwas haben“, weil es schon seit Längerem nicht mehr produziert wird. Wir müssen mit dem, was wir entscheiden, auch dafür sorgen, dass wir jeder Belastungssituation gerecht werden können. Und auch das ist das, was wir mit dem Sondervermögen jetzt machen.

Es ist diese Bundesregierung, die entgegen einer jahrzehntelangen Staatspraxis die Entscheidung getroffen hat, die Ukraine mit den Waffen zu unterstützen, die sie in ihrem tapferen Verteidigungskampf Tag für Tag braucht.

Und dabei bleiben wir im Schulterschluss mit unseren engsten Verbündeten – so lange, wie dieser sinnlose, brutale, verbrecherische Krieg andauert.

Russland muss endlich aufhören mit diesem Krieg. Dafür war es wichtig, dass der G-20-Gipfel auf Bali ein entsprechend deutliches Signal in Richtung Moskau gesandt hat. Und noch etwas wurde auf Bali von allen G-20-Mitgliedern festgehalten: Jede Drohung

mit Atomwaffen ist für uns alle völlig inakzeptabel. Ihr Einsatz wird nicht hingenommen! Dafür habe ich mich auch als G-7-Vorsitzender schon auf dem Gipfel in Elmau eingesetzt. Ich bin froh, dass diese rote Linie auf Bali noch einmal deutlich nachgezogen wurde.

Auch Chinas Führung hat diese Haltung öffentlich bekräftigt, zum ersten Mal bei meinem Besuch in Peking vor drei Wochen. Allein schon deshalb hat sich der offene Austausch mit Präsident Xi gelohnt; allein schon deswegen hat sich auch diese Reise gelohnt, gegen die Sie, Herr Merz, im Vorfeld so unbedacht polemisiert haben.

Diese Bundesregierung handelt auch im Rahmen der Europäischen Union. Wir haben der Ukraine, Moldau und perspektiv-

Wir haben die bedeutendste Reform des Energiesektors seit Jahren auf den Weg gebracht.

isch auch Georgien die Aussicht auf eine europäische Zukunft eröffnet. Seit Jahren dümpelte der Beitrittsprozess mit den Westbalkanstaaten vor sich hin; jetzt haben wir innerhalb weniger Monate neuen Schwung da reingebracht.

Apropos Europa: Es ist diese Bundesregierung, die klare Vorstellungen von der Zukunft Europas formuliert hat – etwas, worauf der französische Präsident und andere jahrelang warten mussten. Mit Präsident Emmanuel Macron eint mich das Ziel eines geopolitisch deutlich handlungsfähigeren Europas. In Prag habe ich dazu konkrete Vorschläge gemacht, die wir nun mit unseren Partnern vorantreiben, zum Beispiel den von Deutschland ins Spiel gebrachten Raketenabwehrschirm.

Mit Frankreich und Spanien haben wir erst in der vergangenen Woche einen großen Knoten bei einem wichtigen, strategisch ganz zentralen Projekt für die Sicherheit und Souveränität Europas durchschlagen. Wir werden noch dieses Jahr die nächste Phase des europäischen Luftkampfsystems FCAS einleiten, nachdem das Projekt hier in Berlin lange Zeit eben nicht die nötige politische Aufmerksamkeit bekommen hat. Zugleich haben wir einen substantiellen deutschen Anteil an der Technologieentwicklung und Wertschöpfung gesichert. So sieht die Europapolitik dieser Bundesregierung aus. Sie führt Europa zu-

sammen, und das ist gut für unser Land.

Und zugleich investiert diese Bundesregierung mit voller Kraft in moderne Infrastruktur und Digitalisierung, damit Deutschland nicht länger das Land der Funklöcher und der Schlaglöcher bleibt, das Land der kaputten Brücken und der verspäteten Züge.

Diese Bundesregierung war es auch, die im Sommer mit dem 9-Euro-Ticket endlich frischen Wind in den öffentlichen Nahverkehr gebracht hat.

Und jetzt sorgen wir mit dem digitalen Deutschlandticket und mit 1 Milliarde Euro mehr an Regionalisierungsmitteln für einen langfristig attraktiven ÖPNV in Deutschland.

Diese Bundesregierung reformiert das Einwanderungsrecht und sorgt für bessere Ausbildungsangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten für diejenigen, die hierzulande leben, um so Schritt für Schritt die Lücke Millionen fehlender Fachkräfte zu schließen, die wir geerbt haben.

Diese Bundesregierung räumt auf mit all diesen Versäumnissen, und das trotz Ukrainekrieg, trotz Pandemie, trotz Energiekrise, trotz gestörter Lieferketten und weltweiter Inflation.

Fast 100 Gesetze haben wir in unseren ersten elf Monaten gemeinsam auf den Weg gebracht. Dazu gehören einige der größten Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in der Geschichte unseres Landes. Dazu gehört ein Inflationsausgleichsgesetz, durch das 48 Millionen Bürgerinnen und Bürger erheblich weniger Steuern zahlen. Sie reden von Entlastungen, aber stimmen dagegen. Wir setzen Entlastungen um!

Und dann höre ich, dass Sie, Herr Merz, sich beim CDU-Parteitag hinstellen und allen Ernstes behaupten, nicht die letzten 16 Jahre CDU-geführter Bundesregierungen seien das Problem unseres Landes, sondern die letzten 16 Wochen unter Führung der Ampelkoalition. Da kann ich nur sagen: Wer das glaubt, der glaubt auch an sprechende weiße Kaninchen! Willkommen in Alices Wunderland! Willkommen im Wunderland der CDU/CSU, wo die Realität auf dem Kopf steht!

Die Realität ist doch: Diese Bundesregierung hat in zwölf Monaten mehr in Gang gebracht, umgesetzt und aufgeräumt, als in den Regierungen der vergangenen zwölf Jahre möglich war, weil wir eine Regierung der Tat sind, ange-treten, um unser Land voranzubringen.

Was uns aber vor allem unterscheidet, sehr geehrter Herr Merz, ist ganz offenbar das Bild, das wir von den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes haben. Wir haben in den vergangenen Tagen intensiv über das Bürgergeld diskutiert, und ich bin froh, dass wir hierzu eine einvernehmliche Lösung gefunden haben, eine gute, übrigens.

Eines will ich aber doch festhalten: Was wir nun zur gesetzlichen Regel machen, ist nichts anderes als das, was wir damals auch mit der Unterstützung der Union während der Coronapandemie richtigerweise eingeführt haben. Damals waren viele Arbeitnehmer, aber auch Selbstständige plötzlich von staatlichen Leistungen abhängig, die sich das vorher nie hätten träumen lassen. Ihnen nicht gleich alles ersparte oder die Wohnung zu nehmen – das hat uns damals allen eingeleuchtet. Dieselbe Gerechtigkeitsvorstellung leitet auch die Reform, die wir nun beschließen werden.

Als vor 20 Jahren die damaligen Arbeitsmarktreformen umgesetzt wurden, fehlte es an Arbeitsplätzen in unserem Land. Heute hingegen fehlen uns qualifizierte Arbeitskräfte. Deshalb sind bessere Beratung, Aus- und Weiterbildung sowie weniger Bürokratie ganz entscheidende Bestandteile unserer Reform. Es geht um Wege raus aus der Langzeitarbeitslosigkeit, raus aus Hilfsjobs und hinein in den Arbeitsmarkt.

Wenn ich mit Bürgerinnen und Bürgern spreche, zum Beispiel bei meinen Bürgerdialogen in Magdeburg, Essen, Lübeck oder Gifhorn, dann höre ich, dass sich viele nicht nur um die hohen Preise für Energie und Lebensmittel sorgen,

sondern um ihren Arbeitsplatz oder die Zukunft des eigenen Betriebs. Das zeigt doch eines ganz klar: Die Bürgerinnen und Bürger wollen arbeiten, und sie wollen von ihrer Arbeit anständig leben können. Darum stehen dieje-

nigen, die anpacken, die den Laden am Laufen halten, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen, von Beginn an im Mittelpunkt unserer Politik.

Deshalb war es uns so wichtig, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben. 6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen dadurch mehr Lohn und ein Stück Anerkennung für ihre harte Arbeit. Auch höhere Mindestlöhne in der Pflegebranche und die Bezahlung von Beschäftigten in der Altenpflege nach regionalen Tarifverträgen sorgen für

Fast 100 Gesetze haben wir in unseren ersten elf Monaten gemeinsam auf den Weg gebracht.

bessere Arbeitsbedingungen, und das für eine der wohl wichtigsten und am stärksten belasteten Berufsgruppen unseres Landes.

Alle, die weniger als 2 000 Euro im Monat verdienen, zahlen ab Januar geringere Sozialabgaben. Für jemanden, der bislang 1 100 Euro verdient hat, macht das im Monat über 50 Euro mehr im Portemonnaie. Das betrifft Beschäftigte in Teilzeit, alleinerziehende Mütter und Väter, aber auch manchen Kassierer im Supermarkt oder die Dame in der Reinigung. Es ist richtig, dass wir das jetzt machen.

Allein die Anhebung des Kindergeldes einheitlich auf 250 Euro pro Kind sorgt bei einer Familie mit zwei Kindern kommenden Jahr für rund 750 Euro mehr im Portemonnaie. Der Kinderzuschlag für Familien mit kleineren Arbeitseinkommen wird pro Kind dann jährlich bei bis zu 3 000 Euro liegen. So lösen wir das Versprechen ein, dass in unserem wohlhabenden Land kein Kind in Armut aufwachsen muss.

Vor zwei Wochen haben wir die größte Wohngeldreform in der Geschichte unseres Landes beschlossen. Damit steigt die Zahl der Berechtigten ab Januar von 600 000 auf rund 2 Millionen. Das sorgt für ein Plus von mehreren Hundert Euro im Monat in der Haushaltskasse, und zwar genau bei denen, die hart arbeiten und dennoch nicht viel mehr als den Mindestlohn bekommen oder die eine kleine Rente beziehen. Genau so holen wir Leute aus der Grundsicherung, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sorgen dafür, dass Arbeit sich mehr lohnt als zu jedem Zeitpunkt einer CDU-geführten Bundesregierung, indem wir diejenigen besserstellen, die auch für kleinere Gehälter hart arbeiten. Das ist im Sinne derjenigen, die arbeiten wollen. Das ist im Sinne der Unternehmen, die händerringend Arbeitskräfte suchen. Und das ist im Sinne unseres Landes, das gerade in dieser schwierigen Zeit mehr Zusammenhalt braucht und weniger Zwietracht.

Meine Damen und Herren, um Zusammenhalt geht es auch, wenn wir diejenigen entlasten, die zwar ein ordentliches Auskommen haben, die aber angesichts der Preissteigerung nun ebenfalls spitzer rechnen müssen. Rentenbeiträge sind ab Januar voll steuerlich absetzbar. Das macht 5 Milliarden Euro Entlastung in den kommenden beiden Jahren.

Und noch etwas haben wir erreicht. Im Rahmen der von uns ins

Leben gerufenen Konzierten Aktion haben Arbeitgeber und Gewerkschaften den Weg frei gemacht für steuerfreie Einmalzahlungen von bis zu 3 000 Euro jährlich – zusätzlich zu den linearen Tarifierhöhungen. Das zeigt einmal mehr, wie verantwortlich sich die Sozialpartner in Deutschland verhalten.

Und dieses Instrument wird genutzt. Erst Ende letzter Woche haben sich die Tarifpartner in der Metall- und Elektroindustrie auf eine solche steuerfreie Einmalzahlung von 3 000 Euro geeinigt.

Und auch andere Branchen und Arbeitgeber gehen den Weg über einen solchen Energie- oder Inflationsbonus: Banken, Autobauer und Einzelhändler, die chemische Industrie, die Papier- und Zellstoffindustrie oder die Eisen- und Stahlindustrie. Das ist ein großer Fortschritt für viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die jeden Tag zur Arbeit gehen.

Vorletzte Woche haben wir hier zudem das Inflationsausgleichsgesetz beschlossen, das ab Januar 48 Millionen Steuerpflichtige entlastet. 2023 reden wir über 19 Milliarden Euro Steuerersparnis, im Jahr darauf sogar über 32 Milliarden Euro weniger Steuern. Darin enthalten sind der vollständige Ausgleich der kalten Progression, aber auch deutlich spürbare Erhöhungen des Grundfreibetrags, des Arbeitnehmer- und des Sparerpauschbetrages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags. Alles das haben wir hier auf den Weg gebracht. Das ist eine klare Absage an schleichende Steuererhöhungen und die größte Anpassung der Steuertarife aufgrund der kalten Progression, die es in Deutschland jemals gab.

Die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger lautet: Unser Staat sorgt dafür, dass Leistung sich lohnt und dass Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland aus eigener Kraft durch diese Krise kommen können, eine Krise, von der wir heute sagen können: Unser Land hat sie im Griff.

Ich habe die vollen Gasspeicher erwähnt, die Flüssiggasterminals, die neuen Lieferverträge, das Wiederanlaufen der Kohlekraftwerke, den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. All das bedeutet: Für diesen Winter ist Deutschlands Energiesicherheit wohl gewährleistet. Sie ist gesichert, weil die Bundesregierung beherzt umgesteuert hat und weil die Haushalte und die Unter-

nehmen im ganzen Land sparsam mit Energie umgehen. Das bleibt sehr wichtig, gerade auch mit Blick auf das kommende Jahr und den Winter 2023. Den Bürgerinnen und Bürgern danke ich schon jetzt von Herzen: Danke für so viel Voraussicht und Gemeinsinn!

Wir können den Anstieg der Energiepreise nicht vollständig wegsuventionieren, aber wir reduzieren ihn auf ein verträgliches Maß. Die Absenkung der Umsatzsteuer auf Gas und Fernwärme von 19 auf 7 Prozent ist beschlossene Sache. Die Übernahme der Dezemberabschlagszahlung für Gas- und Wärmekunden kommt. Nach intensiven Abstimmungen, auch mit der Europäischen Union und den Versorgern, stehen die Rahmenbedingungen für die Gas-, Wärme- und Strompreisbremsen für Haushalte sowie für Unternehmen. Da braucht man auch nicht zu fragen, wie das wohl aussieht; man kann es heute in allen Zeitungen lesen. Zum 1. März treten sie in Kraft. Ausgezahlt wird dann nicht nur eine Entlastung für den Monat März, sondern rückwirkend auch für die Monate Januar und Februar.

Viele Gasverbraucher haben in den vergangenen Wochen Schreiben von ihren Versorgern oder Vermietern mit Preiserhöhungen auf 20, 30, teils sogar 40 Cent pro Kilowattstunde erhalten. Vorher lagen sie oft bei nur 7 oder 8 Cent. Für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs werden wir daher den Preis bei 12 Cent pro Kilowattstunde deckeln. Das bedeutet für viele immer noch Mehrkosten, aber diese liegen erheblich unter den neu aufgerufenen Preisen der Versorger. Ich weiß: Auch vermeintlich überschaubare Erhöhungen sind gerade für die kaum zu stemmen, die ohnehin schon mit jedem Euro rechnen müssen.

Deshalb stellen wir für Härtefälle 12 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Verfügung.

Was die Kosten für Strom, Gas und Wärme angeht, so landen wir mit den Preisdeckeln ungefähr auf dem Ni-

veau, auf dem Expertinnen und Experten die Preise im Jahr 2024 sehen. Dann werden wir mehr Flüssiggasterminals am Netz haben; dann wird sich auch der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien noch stärker bemerkbar machen. Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt einmalig die große Summe von 200 Milliarden Euro aufbringen, um die Zeit bis dahin ohne Strukturbrüche, ohne energiepreisbedingte Firmenpleiten und ohne den Verlust Hunderttausender Arbeitsplätze zu überste-

hen.

Unser Land hat die Kraft, diese Krise zu meistern und gestärkt aus ihr hervorzugehen. Diese Kraft mobilisieren wir mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und den Entlastungspaketen, die wir bereits in den letzten Monaten Stück für Stück geschnürt haben. Ich danke dem Wirtschaftsminister, dem Finanzminister und der gesamten Koalition für ihre Unterstützung auf diesem Weg, der Deutschland sicher durch diese schwierige Zeit führt.

Die nächsten Jahre sind entscheidend, um Deutschland und Europa zu stärken – für die großen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Digitalisierung, die Sicherung unseres Wohlstandes, den sozialen Zusammenhalt und den demografischen Wandel. ... Wir fühlen uns gemeinsam dem Fortschritt verpflichtet. Uns eint, dass wir die Chancen in der Veränderung sehen.

Das war ein Zitat. Die Sätze stehen im ersten Sondierungspapier, in dem sich die Partner dieser Regierungskoalition vor gut einem Jahr über ihre gemeinsamen Ziele verständigt haben. Am Anfang dieser Bundesregierung stand das gemeinsame Bekenntnis von SPD, Grünen und FDP zum Fortschritt, zum Aufbruch, zur zupackenden Erneuerung unseres Landes. Das ist der Geist, mit dem die Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat. Das ist der Geist, der die Bundesregierung weiterhin trägt.

Denn wenn die Zeitenwende – und ich bin Ihnen dankbar, Herr Merz, dass Sie meine Rede noch einmal aufgegriffen haben – und die globalen Krisen um uns herum uns eines gelehrt haben, dann doch dieses: Unser Land braucht Veränderung! Ein bloßes Weiter-so ist keine Option! Ich habe Sie absichtlich angeguckt. Die Partei des Weiter-so sitzt jetzt in der Opposition, und da gehört sie auch hin.

Darum ist es gut, dass unser Land in dieser Zeitenwende eine Regierung hat, die mehr will, als am Bestehenden festzuhalten. Wir haben von Beginn an klarge macht: Die Zukunft unserer Energieversorgung gehört Windkraft, Solarenergie und Grünem Wasserstoff. Damit machen wir uns nicht nur unabhängig von unzuverlässigen Lieferanten wie Russland und schützen das Klima. Damit bringen wir auch die Energiekosten dauerhaft unter Kontrolle. Deshalb haben wir dieses Jahr genutzt, um wichtige Gesetze zu verabschieden, die wir brauchen, um den Ausbau der erneuerbaren

Energien und der Stromübertragungsnetze deutlich zu beschleunigen.

Bislang lief es doch meist so: Vor einer großen internationalen Klimakonferenz oder zum Beginn einer Legislaturperiode wurde für den Ausbau erneuerbarer Energien oder für die Einsparung von Treibhausgasen ein ehrgeiziges Ziel ausgegeben, meist schön weit weg in der Zukunft. Die Schritte dorthin aber wurden nie wirklich konkret ausbuchstabiert. Auch das haben wir geändert. Unser Ziel, bis 2030 80 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren zu erzeugen, geht einher mit einer klaren Anpassung der Ausbauziele und Ausschreibungen. Im kommenden Jahr verdreifachen wir zum Beispiel die Ausschreibungsvolumina für Windparks an Land. Bei Photovoltaikanlagen werden sie nahezu verdoppelt. Der Ausbau erneuerbarer Energien genießt jetzt gesetzlich festgeschrieben Vorrang

bei Entscheidungen der Verwaltung. Das beschleunigt Planungsverfahren.

2 Prozent der Landesfläche stehen künftig für Windkraftanlagen zur Verfügung. Um die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen,

haben wir neue Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen, die Strom vor Ort dann auch spürbar günstiger machen. Und allein mit der Abschaffung der EEG-Umlage haben wir nicht nur die Stromkosten reduziert, die ansonsten aufgerufen worden wären, sondern auch für eine dringend notwendige Entbürokratisierung des Energierechts gesorgt.

Nicht jede dieser Maßnahmen wirkt über Nacht, zumal viele Unternehmen in der Solar- und Windkraftbranche in den vergangenen Jahren unter der Coronakrise, aber eben auch unter Bürokratie und unklaren Perspektiven gelitten haben. Aber es geht deutlich voran. Im ersten Halbjahr 2022 ist die Stromerzeugung aus Windkraft um etwa 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Beim Zubau von Offshorewindenergie hatte sich seit Mitte 2020 überhaupt nichts mehr getan, bis wir im Sommer erstmals wieder neue Anlagen in Betrieb genommen haben. Weitere werden folgen. Im Verkehr ist der Anteil von Biokraftstoffen um 11 Prozent und der von Strom aus erneuerbaren Energien sogar um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr angewachsen. Alles in allem hat erneuerbare Energie im ersten Halbjahr dieses Jahres erstmals die Hälfte des Stromverbrauchs in Deutschland gedeckt. Im Vorjahreszeitraum lagen wir noch bei 43 Prozent. Das

Unser Land braucht Veränderung! Ein bloßes Weiter-so ist keine Option!

Arbeiten Sie mit uns zusammen an der großen Aufgabe, unser Land zukunftsfest zu machen.

Bei all dem halten wir unser Land zusammen und lassen niemanden zurück.

zeigt: Die Richtung stimmt.

Aber natürlich brauchen wir für diese enorme Transformation in der Industrie, im Verkehr, beim Bauen und beim Wohnen nicht nur die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Wir brauchen das Handwerk, die Bauunternehmen, die Informationstechnik. Wir brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Windräder aufbauen, Häuser dämmen und Wärmepumpen installieren. Deshalb fördern wir auch die berufliche Aus- und Weiterbildung. Deshalb bringen wir in der „Allianz für Transformation“ regelmäßig Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Konkret wird es beim nächsten Treffen der Allianz im Februar um die Frage gehen, wie wir dank der herausragenden Forschung in Deutschland

die Technologien, die für die Transformation nötig sind, entwickeln und in die Breite tragen, zum Beispiel beim Wasserstoff.

Diese Fragen sind entscheidend, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen werden die aufstrebenden Staaten Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und der Karibik nur dann beim internationalen Klimaschutz mitziehen, wenn das nicht zulasten des Wohlstands ihrer Bevölkerung geht. Das ist bei meinen Gesprächen auf der Klimakonferenz in Scharm al-Scheich noch einmal sehr deutlich geworden. Dafür aber brauchen wir Technologien, die klimaneutrales Wachstum möglich machen.

Zum anderen liegt genau darin eine riesige Chance für die deutsche Industrie, für unsere Maschinenbauer, für den Mittelstand mit seinen Weltmarktführern, für un-

sere Autohersteller. Sie sind es, die mit ihrer Innovationskraft und ihren Investitionen in Forschung und Entwicklung in der Lage sind, die nötigen Technologien herzustellen und zu liefern. Die weltweite Nachfrage danach ist schon jetzt gewaltig. Deshalb eröffnet es uns neue Marktchancen, wenn Deutschland bis 2045 eines der ersten klimaneutralen Industrieländer wird. Genau das streben wir an, und das werden wir auch schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Preis des Nichtstuns wäre unvergleichlich hoch. Deshalb räumen wir mit den Versäumnissen einer Energie- und Handelspolitik auf, die uns in einseitige Abhängigkeiten vor allem von Russland und China geführt hat. Deshalb sorgen wir nach Jahren der Vernachlässigung für eine mo-

derne, starke Bundeswehr, die unser Land und unsere Alliierten verteidigen kann. Deshalb beheben wir die jahrelangen Versäumnisse einer rückwärtsgewandten Verkehrspolitik und die Defizite bei der Digitalisierung unseres Landes. Deshalb gehen wir gegen den Fachkräftemangel vor und schaffen nach Jahren der Blockaden ein modernes Einwanderungsrecht. Deshalb erkennen wir an, dass der Wohnungsbau eine zentrale soziale Frage ist, die nicht mehr von einem Innen- und Heimatminister nebenbei mitverwaltet werden darf.

Und deshalb lösen wir all die Blockaden, die die Energie- und Klimawende jahrelang ausgebremst haben.

Bei all dem halten wir unser Land zusammen und lassen niemanden zurück. Es geht jetzt nicht

darum, sich in einem Wunderland zu verirren. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das ganz genau. Gefragt ist harte Arbeit. Gefragt sind Aufbruch und Fortschritt, Zusammenhalt und die Konzentration auf das Wesentliche. Dafür steht diese Bundesregierung.

Ich lade Sie, Herr Merz, und Ihre Kolleginnen und Kollegen herzlich ein: Arbeiten Sie mit uns zusammen an der großen Aufgabe, unser Land zukunftsfest zu machen in einer Welt tiefgreifender Umbrüche! Krisenfest und winterfest ist Deutschland schon, dank der Veränderungsbereitschaft und Tatkraft seiner Bürgerinnen und Bürger und, ja, dank der Arbeit dieser Bundesregierung.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Die Deutschen zahlen die höchsten Steuern und Abgaben



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Ist Ihnen eigentlich schon mal aufgefallen, dass Olaf Scholz und Friedrich Merz exakt gleich klingen? Wie peinlich ist das eigentlich? Man merkt, dass Friedrich Merz unbedingt Bundeskanzler werden will. Der redet schon wie Olaf Scholz – aber nun ja. – Doch, das ist so. Ist so. – Noch zwei Wochen, dann ist die wohl schlechteste Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein volles Jahr im Amt. Bei Ihnen im Kanzleramt mögen dann die Korke knallen. Für die Bürger gibt es dagegen nichts zu feiern.

Zwölf Monate Ampel, das sind zwölf Monate mutwillige Zerstörung unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes, zwölf Monate Gängelung, Bevormundung und Schröpfen der Bürger. Das sind zwölf Monate Politik einer Regierung, die Einschränkungen predigt, während sie selbst aus dem Vollen schöpft. Eine Politik, die den Regierungsapparat um mehr

als 10 000 Stellen aufbläht – das muss man sich mal vorstellen; Deutschland ist ja dafür bekannt, zu wenig Beamte zu haben – und sich für 400 000 Euro einen persönlichen Leibfotografen für den Vizekanzler Habeck gönnt. Eine Politik, die sich mitten in der Krise mit einem gigantischen Ausbau des Kanzleramts ein Monument des eigenen Größenwahns setzen will: viermal so groß wie das Weiße Haus, ein neuer Hubschrauberlandeplatz, eine zweite Kanzlerwohnung mit 250 Quadratmetern für Kanzler Olaf und 400 neue Büroräume inklusive. Kosten: fast 800 Millionen Euro. Dekadenter geht es kaum.

Täuschungen und Unwahrheiten sind die Währung der Politik dieser Regierung, einer Politik, die auf Illusionen, Wählerbetrug und Hofberichterstattung des öffentlichen Rundfunks gebaut ist.

Das wohl größte und teuerste Lügengebäude ist die sogenannte Energiewende. Sie wollen dieses Wahnsinnsexperiment am offenen Herzen unserer Volkswirtschaft bis zum bitteren Ende durchziehen: gegen alle Gesetze der Natur und Physik ein Industrieland mit Gelegenheitsstrom aus Sonne und Wind betreiben, dabei aus Kernkraft, Kohle und Erdöl gleichzeitig aussteigen und als Back-up für die Fake Power aus diesen sogenannten erneuerbaren Energien allein auf teures Flüssiggas setzen. Diese Illusion ist die Lebenslüge der Energiewende, sehr geehrte Damen und Herren!

„Wir haben kein Strompro-

blem.“ Mit dieser dreisten Falschbehauptung hat der Bundeswirtschaftsminister die Bürger noch Mitte Juli hinters Licht geführt. Ich weiß nicht, was da passiert ist. Vielleicht hat Herr Habeck zu lange in der Sonne gelegen, anstatt zu arbeiten; ansonsten wäre ihm dieser schwachsinnige Satz überhaupt nicht herausgerutscht. Denn wir haben ein Stromproblem! Millionen Bürger erfahren dieser Tage von ihrem Stromversorger, dass sich der Kilowattstundenpreis deutlich mehr als verdoppelt, Tendenz steigend. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe rechnet im Winter mit Stromabschaltungen in ganz Deutschland. Eine Zumutung für die Menschen, pures Gift für die Wirtschaft und ein Armutszeugnis für ein Industrieland!

Die Sprengung der Nord-Stream-Leitung war ein nie dagewesener Angriff auf unsere lebensnotwendige Infrastruktur. Offenkundig wurde sie von einem anderen Staat vorgenommen. Reaktion dieser Bundesregierung? Dröhnendes Schweigen. Und warum tun Sie eigentlich nichts dafür, dass Russland Erdgas durch die intakte Leitung von Nord Stream 2 liefert, um den Pleite-Tsunami in der deutschen Wirtschaft zu verhindern? Wehe, wenn irgendwann he-

rauskommen sollte, dass der Kanzler einen unterschrittsreifen Vertrag auf dem Tisch hatte, um die Erdgaslieferung nach Deutschland über Nord Stream 2 sicherzustellen, um die Not abzumildern. Wehe, wenn das irgendwann mal herauskommen sollte!

Ihre Politik zerstört Deutschland. Rezession und Inflation zertrümmern den produktiven Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, und treiben die bürgerliche Mittelschicht in die Verarmung. Die Ursache für beides ist nicht der Ukrainekrieg; das ist eine jämmerliche Ausrede. Die Ursachen sind die von Merkel und der CDU begonnene und die von Ihnen ins Absurde gesteigerte grüne Energiepolitik, die Energie systematisch knapp und teuer macht, die repressive Coronapolitik, die falsche Hochsteuerpolitik, die Sanktionspolitik gegen Russland und die Verschuldungspolitik der EU, die den Euro zu einer sterbenden, wohlstandsvernichtenden Inflationswährung gemacht hat. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik!

Das EU-Verbot des Verbrennermotors wird den Automobilstandort Deutschland zerstören und unsere Industrie die Weltmarktführerschaft kosten. Aber Sie jubeln darüber. Die Deindustrialisierung Deutschlands ist schon in vollem Gange. Die Großkonzerne gehen pleite, und mit ihnen gehen Hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren. Die Erzählung vom reichen Land ist ein Lügenmärchen. In Deutschland sind nur der Fiskus und die Leute auf der Regierungsbank reich, und die arbeitende Bevölkerung wird arm gemacht. Darum geht es doch hier.

Die Inflation lässt Realeinkommen, Ersparnisse und Renten dahinschmelzen. Was sich die Leute ein Leben lang hart erarbeitet haben, ist bei diesen Inflationsraten nach drei bis vier Jahren nur noch die Hälfte wert. Lassen Sie mal weitere Jahre ins Land ziehen, und stellen Sie sich vor, was dann passiert. Aber Sie denken gar nicht daran, die Gier des Steuerstaates zu zügeln, um die Menschen zu entlasten. Wer seine Lebensleistung seinen Kindern vererben will, wird gnadenlos abkassiert. Von wegen, mit der FDP gäbe es keine Steuererhöhung! Und zu allem Überfluss verhöhn Sie die Bürger auch noch mit teuren, aus Steuergeld finanzierten einfältigen Werbekampagnen, dümmlicher Besserwisseri und penetranter Einmischung in die private Lebensgestaltung.

Die aufdringliche Coronaimpfung eines Lauterbach ist eine doppelte Frechheit. Sie ist nicht nur miserabel gemacht, sie verbreitet auch vorsätzlich längst widerlegte Falschbehauptungen. Die mRNA-Impfung schützt nicht vor der Übertragung des Virus. Das ist nachgewiesen. Darauf war sie nie angelegt. Das hat die Pfizer-Managerin Janine Small bereits vor Wochen in einer Anhörung des EU-Parlaments zugegeben. Aber Karl Lauterbach, der Pharmalobbyist im Gewand des Gesundheitsministers, klammert sich weiter an die Impflüge, auf deren Grundlage Millionen Menschen unter Druck gesetzt und Ungeimpfte unerträglich diffamiert wurden. Das totalitäre Experiment Ihrer Coronapolitik, die unsere Gesellschaft schwer beschädigt hat, muss ein Ende haben und aufgearbeitet werden!

Dann muss auch die zweifelhafteste Rolle vieler Medien auf den

Fortsetzung auf nächster Seite

**Rezession
und
Inflation
zertrümmern
den produktiven
Mittelstand.**

Tisch, die nicht nur in der Coronakrise als Kontrolleure der Mächtigen versagt haben. Die Ausfälle eines öffentlich-rechtlichen Fernsehproleten, der im Zusammenhang mit dem Virus Kinder als Ratten und Pestüberträger bezeichnete, sind ein bitterer Tiefpunkt. Finanziert über Zwangsgebühren – wie erbärmlich! Und dann noch dieses hirnrissige Gegendere. Einfach nur noch bekloppt, was hier abgeliefert wird. Darum fordern wir seit Jahren die Abschaffung der GEZ-Zwangsgebühren. Es ist unerträglich.

Medien, die sich ausschließlich als Hofschranzen der Regierung betätigen, statt kritische Fragen zu stellen, sind Teil des Problems einer maßlosen Coronapolitik genauso wie des irrationalen Klimawahns und der völlig aus dem Ruder gelaufenen Migrationspolitik der offenen Grenzen.

Deutschland hat in diesem Jahr schon mehr Migranten aufgenommen als auf dem Höhepunkt der Asylkrise 2015/2016. Die Kommunen sind hoffnungslos überlastet, und Sie nehmen

den Kontrollverlust nicht nur hin, Sie heizen den Migrantenturm auch noch an. Sie schließen Sonderabkommen zum Import von Zehntausenden Afghanen. Sie verteilen Millionen an Schleuser, darunter auch an die Organisation des Partners von Frau Göring-Eckardt. Das muss man sich mal vorstellen! Und Sie schaffen mit dem Umbau des Hartz-IV-Systems zum Bürgergeld einen mächtigen Migrationsmagneten, der Asylzuwanderer mit den höchsten Sozialleistungen aller EU-Staaten lockt. Wer es

nach Deutschland schafft, muss faktisch nicht mehr gehen und hat über kurz oder lang Anspruch auf volle Sozialleistungen und Einbürgerung. Das hat mit einer verantwortungsvollen Einwanderungs- und Asylpolitik wirklich gar nichts mehr zu tun.

Die Deutschen zahlen die höchsten Steuern und Abgaben aller Industrieländer und bekommen dafür einen dysfunktionalen Staat, verwahrloste, balkanisierte Innenstädte, eine verfallene Infrastruktur, heruntergekommene Schulen, ein parasitäres Sozial-

system und ausufernde Ausländerkriminalität. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik!

Sie verteilen die Steuergelder überall hin, während die eigenen Landsleute nach der Flutkatastrophe im Ahrtal auch nach einem Jahr noch auf den Trümmern ihrer Existenz sitzen. Wie beschämend! Helfen Sie endlich diesen Menschen, den Flutopfern, und hören Sie auf, die Bürger auszunehmen, anzulügen und für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei der AfD)

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Gerade in einer Krise ist die politische Haltung entscheidend



Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Weidel, Ihre Rede hat so wirr geendet – das war ein Kunststück bei einer Rede, die so eiskalt und widerlich war –, dass selbst Ihre eigene Fraktion vergessen hat, direkt zu klatschen, weil sie erstaunt war, dass das das Ende war.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen haben am vergangenen Wochenende mit Sorge auf das geschaut, was bei der Klimakonferenz in Ägypten verhandelt wurde. Es ist wichtig, was dort verhandelt wurde; denn so wurde sichtbar, was die Klimakrise schon heute bedeutet: die schweren Überschwemmungen in Pakistan, die Hitze, Trockenheit und der Wassermangel in Europa; man kann zurzeit auf eine Insel im Gardasee zu Fuß laufen.

Und auch hier in Deutschland – Frau Weidel, wenn Sie über das Ahrtal reden, aber nicht über die Klimakrise, dann haben Sie das Thema einfach nicht verstanden – werden viele Menschen in diesem Winter ein zweites Weihnachten feiern ohne die Menschen, die sie in der Flutnacht verloren haben, werden viele Menschen einen zweiten Winter in kaputten Häusern verbringen, ohne Heizung, werden Hoteliers keine Gäste ha-

ben, weil ihre Hotels weiterhin Baustellen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können solche Orte wieder aufbauen. Wir können den Hochwasserschutz verbessern, wir können unsere Katastrophenwarnsysteme moderner machen; wir können Löschflugzeuge kaufen zur Bekämpfung der Waldbrände, die künftig kommen. Aber wir können nicht mehr verhindern, dass solche Katastrophen zunehmen, dass das öfter passiert. Das ist Vergangenheit; das sind die Fehler, die schon gemacht wurden. Was allerdings vor uns liegt, ist die Zukunft. Wir werden in diesem Jahrzehnt darüber entscheiden, welche Zukunft das sein wird. Diese Regierung hat zu ihrem Grundsatz gemacht, dass jedes Zehntel Grad Erderwärmung, das wir vermeiden können, einen großen Unterschied macht. Daran richten wir unsere Politik aus.

Deshalb war es auch so wichtig, was bei der Klimakonferenz verhandelt wurde. Deswegen wäre es auch so wichtig gewesen, dass sich die Weltgemeinschaft auf mehr Ambitionen verständigt. Dass das nicht passiert ist, ist ein Riesensystemproblem. Umso wichtiger ist es, dass die deutsche Bundesregierung gemeinsam nach Ägypten gefahren ist, mit mehreren Ministerinnen und mit dem Kanzler, und dagegen gekämpft hat, dass eine fossile Allianz aus Ländern wie Saudi-Arabien bis China versucht hat, das wichtige 1,5-Grad-Ziel wieder zurückzudrehen, und die auch dafür gekämpft hat – das war ein besonderer Erfolg unserer Außenministerin Annalena Baerbock

–, dass es endlich eine Vereinbarung zur Errichtung eines Fonds „Loss and Damage“ gibt. Anzuerkennen, dass es eine historische Verantwortung der Industrieländer gibt für die Klimakrise, die jetzt schon existiert, und dass wir deshalb auch eine Verantwortung haben für die finanziellen Schäden, die entstanden sind, gerade in den Ländern, die sich am wenigsten selber helfen können, aber am härtesten betroffen sind, ist ein historischer Erfolg.

Gerade weil in Ägypten so wenig passiert ist, ist es umso wichtiger, dass diese Regierung und diese Koalition hier zu Hause entschlossen vorangehen in Sachen Klimaschutz und der Welt zeigen, dass gerade ein Industrieland wie Deutschland ins Gelingen kommen kann mit Blick auf die Klimakrise, nach zwei Jahrzehnten, die von Stillstand geprägt waren, die die Union zu verantworten hatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter uns liegt ein Jahr, das aufgrund vielfältiger Krisen schwerer geworden ist, als wir uns das alle gewünscht haben. Und gerade deshalb ist es so eine besondere Leistung, dass wir mit Blick auf den Klimaschutz weiter gekommen sind, als viele es wahrscheinlich für möglich gehalten hätten. Wir werden das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien verdreifachen. Wir werden endlich alle Hürden und Hindernisse aus dem Weg räumen, die Sie in den vergangenen Jahren aufgebaut haben. Deutschland war mal das Land, das die Energiewende erfunden hat, und Sie von der Union haben viel dafür getan, dass das in Vergessenheit geraten ist.

Der Ausbau der Windenergie ist nach 2017 so heftig eingebrochen, dass die Windenergiebranche sogar einen Namen dafür hat, und der lautet: Die Altmaier-Delle. – Damit machen wir jetzt Schluss. Wir haben es in diesem Jahr geschafft – einem Jahr, das so stark geprägt war von den fossilen Energien –, den Kohleausstieg in Westdeutschland um acht Jahre vorzuziehen, zwei Jahre, nachdem der Deutsche Bundestag den Kohleausstieg erstmals beschlossen hat.

Ich bin Kölnerin. Das Rheinische Revier liegt vor meiner Haustür. Wer jemals an der Kante eines Braunkohletagebaus gestanden hat, wer den Irrsinn der Zerstörung gesehen hat, den diese gigantischen Löcher verursachen, Löcher die einfach alles fressen – Häuser, Bäume, Kirchen, Straßen –, wer mit Menschen geredet hat und denen erklären musste, dass es irgendwen gibt in diesem Land, der es für eine gute Idee hält, die Heimat dieser Menschen, wo ihre Eltern und Großeltern aufgewachsen sind, einfach fressen zu lassen von einem Loch, der weiß, wie wichtig das ist, was wir in diesem Jahr erreicht haben.

Wir gehen in diesem Jahr noch weiter voran. Wir haben den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor beschlossen. Wir haben den schlafenden Riesen der Energieeffizienz geweckt. Gasheizungen werden ab dem nächsten Jahr nicht mehr neu eingebaut. Wir werden als Bundesrepublik Deutschland aus dem Energiecharta-Vertrag, dem klimaschädlichsten Vertrag, den die Europäische Union jemals abgeschlossen hat, aussteigen.

Wir haben mit dem 49-Euro-Ticket ein Ticket geschaffen, das das Tarifsystem für Busse und Bahnen revolutioniert: ein Ticket für ganz Deutschland, deutlich billiger als nahezu jedes Monatsticket, das man in diesem Land kaufen konnte. Was für ein Riesenschritt. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass

so etwas in so kurzer Zeit möglich ist?

Reicht das alles? Natürlich nicht. Wer die Klimakrise ernst nimmt, der weiß, dass wir uns deutlich mehr werden anstrengen müssen. Alleine im Verkehrssektor – das sagen die Sachverständigen der Bundesregierung – werden wir das Tempo vervierzehnfachen müssen. Wir müssen den Kohleausstieg im Osten umsetzen, wir wollen eine bundesweite Solarpflicht auf Dächern einführen, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber: Wenn man in einem einzigen Jahr trotz Krise so viel schafft, dann ist das ein Versprechen für die Zukunft und ein Zeichen dafür, was gelingen kann, wenn man es nur will.

Ich stehe hier vor Ihnen als Vorsitzende einer Regierungsfraktion, deren Abgeordnete, jeder Einzelne von uns, wo all unsere Ministerinnen und Minister, insbesondere ganz voran Robert Habeck, jeden Tag daran arbeiten, dass aus dem Müssen ein Machen wird. Das ist unsere Haltung.

Wenn ich in Ihre Richtung, in Richtung der Union blicke, dann sehe ich das Gegenteil. Sie standen in den letzten 16 Jahren für Zögern, Zaudern und Bremsen.

Wir werden das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien verdreifachen.

Herr Merz, Sie haben eben über das Thema Wettbewerbsfähigkeit gesprochen. Ich sage Ihnen, Sie hätten aus Deutschland lieber ein Industriemuseum gemacht, als sich zu trauen, auf Innovationen zu setzen und mit der

Elektromobilität endlich mal einen Schritt in die Zukunft zu gehen. Sie haben uns so lange die Geschichte erzählt, dass es für die Industrie zu Kohle, Öl und Gas keine Alternative gibt, dass Sie das wahrscheinlich immer noch machen würden, selbst wenn die ganze Welt schon auf Grünen Wasserstoff setzt. Sie haben so lange ein modernes Einwanderungsgesetz blockiert, bis in der Wirtschaft überall Fachkräfte fehlten. Das ist die Wirtschaftspolitik der Union.

Wenn ich mir anschau, was Sie in den letzten 16 Jahren mit Blick auf China gemacht haben – Sie haben eben auch von China gesprochen –, dann war das eine Politik nach dem Motto: Wir schauen nicht hin; wir hoffen, dass Handel Wandel erzeugt, tun allerdings nichts dafür; wir gehen immer weiter voran in die falsche Richtung, und wir schauen weg. – Ich sage Ihnen: So funktioniert das nicht. So funktioniert das weder wirtschaftlich mit China, was die deutsche Industrie zum Glück mittlerweile erkannt hat, und so funktioniert das auch nicht mit Blick auf unsere Werte. Gerade in Beziehungen mit einem autoritären Staat wie China muss das Thema Menschenrechte angesprochen werden. Gerade dann ist es wichtig, auf starke Lieferkettengesetze zu setzen, auf das Verbot von Zwangsarbeit zu setzen und nicht einfach ein Investitionsabkommen mit China weiter voranzutreiben, wie Angela Merkel das die ganze Zeit wollte. Werte, Haltung und Menschenrechte spielen nicht nur in der Außenpolitik eine Rolle, sie spielen auch in der Wirtschaft eine Rolle.

Dann komme ich zum Thema Klimaschutz: Während die Welt nach Ägypten geschaut hat, hat man von Ihnen, Herr Merz, herzlich wenig dazu gehört. Ich habe mich gefragt: War Ihnen das eigentlich wirklich so egal, was dort verhandelt wurde? Oder passte es einfach nur nicht in Ihr Konzept? Das Markanteste, was man am vergangenen Wochenende, während die Welt in Ägypten verhandelt hat, aus Ihren Reihen gehört hat, waren die Aussagen Ihres Vizes Jens Spahn, der sich nicht zu schade war, auf einem Parteitag der Union vor dem Entstehen einer Klimadiktatur zu warnen, nur weil ihm das Buch einer „taz“-Journalistin nicht gefallen hat.

„Klimadiktatur“, ernsthaft? Ich frage mich wirklich: Wo will die Union eigentlich gerade hin? So ein Framing, so eine Zuspitzung, so eine überdrehte Polemik hat man in den Debatten bislang nur von der AfD gehört. Ich sage Ihnen: Auch Sie als Opposition tragen eine Verantwortung für die Diskussion, die wir hier führen. Wenn Sie, Herr Merz, bei der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten von „Sozialtourismus“ sprechen – was vorher nur in rechten Blogs mit russischer Propaganda aufgeschrieben wurde – und das wiederholen, wenn Sie beim Thema Sozialleistungen von Pull-Effekten und falschen Anreizen

sprechen, dann macht das etwas mit diesem Land, dann vergiften Sie unsere politische Debatte, dann spaltet das da, wo Politik eigentlich Wege suchen sollte, um zu verbinden. Das macht insbesondere etwas mit den Menschen, die hierherkommen und Schutz suchen; für die wird ihr Leben dann deutlich schwerer.

Ich hoffe ganz ehrlich, dass die Union diesen Weg nicht weitergeht. Denn ein Land, das in einer Krise ist, der größten Krise in Europa seit vielen, vielen Jahren, in der größten Energiekrise der Bundesrepublik Deutschland, das braucht die Haltung von Regierung und Opposition, dass sie gemeinsam Verantwortung dafür übernehmen, dass wir zusammen durch diese Krise kommen.

Dieser Winter wird in der Ukraine hart und kalt. Wenn Russland die Infrastruktur attackiert, müssen wir die Ukraine mehr unterstützen. Dafür braucht es Zusammenhalt statt Spaltung, auch in den deutschen Debatten.

Auch für die Unterstützung der Menschen in diesem Land angesichts der extremen Inflation, der krassen Preissteigerungen, braucht es Zusammenhalt statt Spaltung.

Die Regierung und die Regierungsfractionen tun alles dafür, um Entlastungen auf den Weg zu bringen. Vier Entlastungspakete, Entlastung um 300 Milliarden Euro, das ist unsere Antwort auf diese Krise. Wir haben dabei insbesondere diejenigen Menschen in den Blick genommen, die die Unterstützung am meisten brauchen: durch die Ausweitung des Wohngeldanspruchs, durch den Kinderzuschlag, durch eine Erhöhung des Kindergelds, durch das 49-Euro-Ticket und auch durch die Energiepauschalen; das sind unsere Antworten.

Deshalb ist auch das Bürgergeld so wichtig. Dass die Regelsätze nun hoffentlich, wenn heute Abend der Vermittlungsausschuss zusammenkommt und es zu einer Einigung kommt, um mehr als 50 Euro steigen, ist ein Gebot des Anstands.

Die Kölner Tafeln haben mir vor Kurzem erzählt, dass sie bei der Essensausgabe momentan nach 20 Minuten schließen müssen, dann ist das Essen weg – so groß ist der Andrang. Das haben die noch nie erlebt. Es kommen Menschen, die noch nie zuvor in ihrem Leben die Tafeln aufgesucht haben.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir heute Abend hier endlich handeln. Ich freue mich, wenn Sie von der Union heute Abend zustimmen. Aber Ihre Kampagne,

dass Sie sagen: „Arbeit lohnt sich nicht mehr in diesem Land“, die hätten Sie sich wirklich sparen können. Denn das trägt auch wieder nur dazu bei, das Land zu spalten. Wenn Sie es damit ernst meinen, die Interessen derjenigen zu vertreten, die geringe Einkommen haben, warum machen Sie die Kampagne dann eigentlich immer falsch herum? Denjenigen Menschen, die wenig Einkommen haben, nützt es doch nichts, wenn diejenigen, die noch weniger haben, weniger bekommen. Denen würde es etwas helfen, wenn man ihre Einkommenssituation verbes-

serte. Was ist das also für eine Logik?

Ich würde mich freuen, wenn wir es heute Abend schaffen sollten, ein Bürgergeld zu beschließen, das mehr ist als eine Regelsatzerhöhung, das den Vermittlungsvorrang abschafft, das die Hinzuverdienstregeln verbessert, das die Weiterbildung stärkt, das mehr auf Kooperation und Vertrauen setzt und weniger auf Sanktionen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Gerade in einer Krise ist die politische Haltung entscheidend: dazu, wie man mit denjenigen umgeht, die am meisten Unter-

stützung brauchen. Das sind die Menschen, die zu uns fliehen, das sind die Menschen, die keine Arbeit gefunden haben. Ich bin froh, einer Koalition anzugehören, die sich bei ihrer Haltung für Respekt, Würde und Solidarität entschieden hat – offensichtlich ganz im Gegensatz zu Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Jens Spahn (CDU/CSU): Zusammenhalt statt Spaltung!)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Sie machen aus der Industrienation eine Kerzenrepublik



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ein Jahr Ampelkoalition liegt jetzt hinter uns. Drei Viertel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sind laut ARD-DeutschlandTrend unzufrieden mit ihrer Regierung. Das ist auch kein Wunder; denn selten haben so viele Menschen in so kurzer Zeit so viel ihres bescheidenen Wohlstandes verloren wie unter Ihnen.

Sie wollten „Fortschrittskoalition“ sein. Nun hatten Sie ein Jahr lang Zeit, in Ihrem ersten Ampelhaushalt genau das abzubilden. Ich kann feststellen oder muss feststellen: Es ist kaum eine Spur von mehr Fortschritt!. Eines hat die heutige Debatte deutlich gezeigt: Nur Ihre Selbstzufriedenheit kann die Unzufriedenheit im Land noch toppen, meine Damen und Herren.

Ich will Ihre mangelnde Fähigkeit, die Bürgerinnen und Bürger vor der Preisexplosion zumindest etwas zu schützen, am Beispiel der Gaspreise deutlich machen. Erst wollten Sie gar keine Gaspreisbremse, sondern eine Gasumlage, also noch höhere Preise. Dann wollten Sie eine Bremse, die nach dem Winter, also im März, gilt. Jetzt soll sie im Januar gelten. Was für ein Chaos! Das versteht kein

Abgeordneter mehr, geschweige denn die Bürgerinnen und Bürger. Und wie soll denn ein Betrieb bei dieser Herangehensweise seine Zukunft planen? Lieber Herr Bundeskanzler, Sie leiten kein Kabinett, das solide arbeitet, sondern da sind einige Dilettanten am Start oder, richtiger gesagt, Dilettantinnen und Dilettanten.

Heute verzweifeln viele Menschen an ihren Rechnungen. Heute wandern Firmen ab oder melden Insolvenz an. Spätestens zu Beginn der Heizperiode hätte es einen Gaspreisdeckel, einen Ölpreisdeckel geben müssen. Wir haben das hier im Haus seit Monaten gefordert. Die Dezemberhilfe soll die Gaskunden jetzt irgendwann mit der nächsten Jahresabrechnung erreichen. Jetzt und nicht irgendwann brauchen die Menschen Unterstützung.

Jetzt droht auch noch die Strompreisbremse Monate später zu kommen. Meine Güte, Ihre Politik hat mehr Verspätung als die Deutsche Bahn, meine Damen und Herren.

Aber Sie sind nicht nur die Zu-spät-Koalition, sondern Sie sind auch die Zu-wenig-Koalition. Ein Deckel von 12 Cent pro Kilowattstunde Gas – damit, das ist die Wahrheit, ist der Gaspreis noch immer doppelt so hoch wie vor dem furchtbaren Krieg Putins. Ein Deckel von 40 Cent pro Kilowattstunde Strom – das sind auch 12 Cent mehr pro Kilowattstunde. Das sind alles Deckelchen, beide viel zu hoch.

Vor allen Dingen, meine Damen und Herren, sind Ihre Bremsen auch noch zutiefst sozial un-

gerecht. Ich will Ihnen das auch erklären: Der Villenbesitzer profitiert am meisten. Je höher der Verbrauch 2022 war, desto höher ist nämlich die Entlastung 2023. Das ist doch ungerecht. Sie entlasten Gutverdiener deutlich mehr als Geringverdiener und die Mitte. Wer schon gespart hat, der schaut dumm aus der Wäsche, meine Damen und Herren. Warum gibt es denn kein festes Bürgerkontingent für Strom und Gas, pro Person, pro Haushalt, pro Familie? Korrigieren Sie diese Ungerechtigkeit, meine Damen und Herren! Sie lassen niemanden zurück? Nein, Sie lassen viele Bürger allein.

Im Übrigen: Auch hier zeigt Österreich, wie man es richtig macht. In Österreich werden die Strompreise bei 10 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt. Wir haben weiterhin die höchsten Strompreise in Europa. Das ist verheerend für die Bürgerinnen und Bürger und für die Betriebe. Ihre Politik macht aus der Industrienation eine Kerzenrepublik, und das ist inakzeptabel, meine Damen und Herren.

Dazu gilt bei Ihnen auch noch das Prinzip, dass jeder Versorger abkassieren kann, wie er will. Ob die Preise nun um 20, 30 oder 40 Cent pro Kilowattstunde steigen, ob sie verdoppelt

werden oder verdreifacht, alles ist möglich. Im Übrigen findet leider auch alles aktuell statt. Damit muss Schluss sein, Herr Habeck! Versorger sollten sich ihre Tarife genehmigen lassen müssen. Wir brauchen staatliche Preiskontrol-

Sie sind nicht nur die Zu-spät-Koalition, sondern Sie sind auch die Zu-wenig-Koalition!

Fortsetzung auf nächster Seite

len in Deutschland. Beenden Sie den Wilden Westen auf dem Energiemarkt, der die Menschen ruiniert, meine Damen und Herren!

Oder die Spritpreise: Da wollten Sie das Bundeskartellamt scharfstellen, Sie wollten ein Kartellrecht „mit Klauen und Zähnen“, Herr Habeck.

Und was ist daraus geworden? Ein Miezekätzchen!

Die Wahrheit ist: Die Tankmultis, die Ölmultis verdienen sich dumm und dämlich. 38 Milliarden Euro Übergewinne in diesem Jahr. Wann holen

Sie das Geld, das den Bürgerinnen und Bürgern aus der Tasche gezogen worden ist, zurück?

Real ist es doch so: Je mehr Shell und Total an der Preisschraube drehen, desto mehr verdient auch der Finanzminister über die Mehrwertsteuer. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Energiepreise und an der Supermarktkasse: Je teurer die Energien, je teurer die Lebensmittel, desto höher sind die Steuereinnahmen. Die Wahrheit ist: 50 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen in diesem Jahr. Da frage ich Sie: Was ist denn eigentlich mit der Übergewinnsteuer, die Sie ja „Zufallsgewinnsteuer“ nennen? Also, als Marktwirtschaftler überzeugt mich das nicht, aber sei's drum. Wann schöpfen Sie die Zufallsgewinne bei den Profiteuren der Krise denn ab? Auch hier gilt: Sie kommen zu spät. Jetzt wollen Sie die Zufallsgewinne nicht mehr rückwirkend ab März 2022, sondern erst ab November 2022 abschöpfen. Na Donnerwetter! Energiekonzern müsste man sein. Das wäre wunderbar.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns real an einem Kippunkt. Sie müssen besser werden. Sie sind eine Zu-spät-Koalition. Warum haben Sie das Bürgergeld oder das Wohngeld nicht schon im Sommer auf den Weg gebracht, statt erst im November, um fünf vor zwölf? Das hat doch der Union erst die Möglichkeit gegeben.

Herr Scholz, Sie sagen, kein Kind müsse in Armut aufwachsen. Dazu muss ich jetzt wirklich mal sagen: Sie haben die Kindergrundsicherung verschoben. Nach einem Jahr Olaf Scholz ist die Armutsrate bei Kindern bei über 20 Prozent. Das ist ein Höchstwert. Da können Sie hier doch nicht sagen: Wir lassen kein Kind zurück. – So ähnlich ist es auch beim Bürgergeld. Ja, der Entwurf – da habe auch ich hier im Plenum einiges gelobt – ist eine Verbesserung. Aber das, was Sie jetzt als Kompromiss haben, ist ausgetragen auf dem Rücken der Betroffenen.

Deswegen kritisieren wir auch in Deutlichkeit diesen Kompromiss, meine Damen und Herren.

Jetzt noch eine Bemerkung zur Schuldenbremse. Der Finanzminister hat jetzt seine Schuldenbremse bekommen. Die Schuldenbremse ist ja für die FDP wie der Schnuller für das Baby. Wenn man ihm den wegnimmt, dann ist das Geschrei riesengroß. Aber, meine Damen und Herren, die Neuverschuldung beträgt trotzdem 45,6 Milliarden Euro. Herr Finanzminister, diese Verschuldung ist wirklich eine blanke Lügengeschichte, und das wissen Sie. In jedem Betrieb wäre das Bilanzfälschung. Ein solches Vorgehen hat mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit aber auch wirklich gar nichts zu tun.

Sie haben Schattenhaushalte in Größenordnungen errichtet, um die Schuldenbremse einhalten zu können, Sonderschulden für das Sondervermögen. Ich meine das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Ausrüstung der Bundeswehr. Das ist kreditfinanziert, am Haushalt vorbei. Das sind Schulden und nichts anderes. Auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds – 200 Milliarden Euro zur Senkung der Energiepreise –, der grundsätzlich richtig ist, ist nur kreditfinanziert. Meine Damen und Herren, das

hat mit solider Haushaltspolitik nichts zu tun. Ihr Haushalt ist ein Verschiebebahnhof mit ungedeckten Schecks.

Die Bürger ahnen im Übrigen, dass sie diese Schattenhaushalte bezahlen müssen. Ich will Ihnen sagen: Die Wirtschaftsweisen haben doch einen Gegenvorschlag gemacht. Angesichts der historischen Krise haben sie – und zwar völlig zu Recht – höhere Steuern für Topverdiener und Superreiche gefordert. Die Wirtschaftsweisen, das sind Ihre eigenen Sachverständigen, deren Sachverstand Sie ja offensichtlich anzweifeln, und das, obwohl wir in diesem Jahr mehr Millionäre im Land haben als je zuvor: 1,6 Millionen Vermögensmillionäre in Deutschland.

Im Gutachten der Wirtschaftsweisen heißt es: „Energiekrise solidarisch bewältigen“. Dazu gibt es zwei zentrale Punkte. Erstens. Ärmere Haushalte leiden deutlich mehr unter der Inflation. Und zweitens. Wir brauchen höhere Steuern für Reiche und mehr Gerechtigkeit, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Ja, wir brauchen endlich eine Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre. Es geht übrigens nicht darum, Herr Finanzminister, die Steuern zu erhöhen. Nein, das wollen wir überhaupt nicht. Wir wollen sogar Entlastun-

gen bei den kleinen und mittleren Einkommen, auch des Mittelstands. Aber Sie schützen die Milliardäre und die Superreichen, und das ist inakzeptabel. Es kann doch nicht sein, dass die DAX-Vorstände in der Krise trotz bevorstehender Rezession ein Gehaltsplus von 25 Prozent haben. Es ist eben schon gesagt worden: Bei der Tafel gibt es 100 Prozent mehr Kundschaft. Das ist die Wahrheit, und das ist doch nicht normal, meine Damen und Herren. Da muss doch politisch gehandelt werden. Das Land ist eben nicht gut gerüstet für den Winter. Es droht eine Verarmungslawine über Deutschland zu rollen.

Dann haben Sie gestern gesagt, sehr geehrter Herr Finanzminister: Wir haben breitflächig entlastet. – Das waren Ihre Worte. Ehrlich gesagt: Was ist denn das für eine Realitätsverweigerung? Ja, ich weiß, es gab Entlastungspakete mit Vernünftigen. Aber viel zu wenig ist bei den Menschen angekommen, die die Entlastungen wirklich so dringend brauchen, meine Damen und Herren.

Es ist doch so, dass viele Menschen Verständnis dafür haben, dass es zurzeit wegen des furchtbaren Kriegs Putins und der Krise schwieriger ist als zuvor. Aber viele Menschen fühlen sich eben nicht geschützt und unterstützt

von ihrer Regierung. Die fühlen sich schlicht ausgeliefert. Sie haben das Gefühl, dass sie die Folgen von Krieg und Krise allein tragen müssen, dass sie die Zeitenwende bezahlen müssen. Und das ist doch inakzeptabel. Es reicht nicht, Blackouts und einen Zusammenbruch der Gasversorgung zu verhindern. Sozial, wirtschaftlich und auch politisch steht dieses Land vielleicht vor dem schwierigsten Jahr in der Nachkriegszeit.

Schauen Sie auf die Herbstprognose der EU-Kommission: 0,3 Prozent Wachstum für die gesamte EU und in Deutschland minus 0,6 Prozent. Ehrlich gesagt: Für kein anderes Land ist die Prognose so schlecht. Da muss man doch vielleicht Schlussfolgerungen ziehen. Mit dem Haushalt 2023 hätten Sie einen großen Schutzschirm über Deutschland spannen müssen, einen Schutzschirm für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen: gegen Inflation, gegen Insolvenzen und gegen Verarmung. Aber Ihr Haushalt ist kein Schutzschirm, kein „You'll never walk alone“. Ihr Geist spiegelt sich in diesem Haushalt eben nicht wider. Ihr Haushalt ist Wellness für die Wohlhabenden und unterlassene Hilfeleistung für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Vor allen Dingen aber ist er zutiefst unehrlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Die Wahrheit ist:
Die Tankmultis,
die Ölmultis
verdienen sich
dumm
und dämlich.**

**Wir brauchen
endlich eine Ver-
mögensabgabe
für Milliardäre
und Multi-
millionäre!**

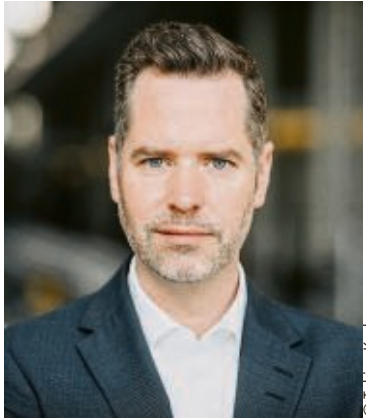


Letzter Ausweg Stricken? Während die Fraktionen im Plenum über Gaspreisbremsen, Ölpreisdeckel und Energiepreisexplosionen debattieren, frieren viele Bürgerinnen und Bürger in den eigenen vier Wänden.

© picture alliance / Winfried Rothermel

Christian Dürr, FDP:

Wir lösen das Versprechen, das wir gegeben haben, ein



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Das erste Jahr dieser Koalition fällt in eine Zeit von Krise und wirtschaftlicher Unsicherheit, die entschlossenes Handeln verlangt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist der Auslöser für hohe Energiepreise und für die wirtschaftliche Unsicherheit in unserem Land, die so niemand vorhersehen konnte. Aber: Der Grund liegt woanders. Der Grund liegt auch in falschen Entscheidungen in der Vergangenheit, die in Deutschland getroffen worden sind, und mutmaßlich ist da von den demokratischen Fraktionen hier im Haus niemand frei von Schuld. Es sind falsche Entscheidungen in der Vergangenheit getroffen worden, die diese Bundesregierung jetzt korrigieren muss und korrigieren will.

Ich will eines vorweg sagen, insbesondere vor dem Hintergrund des Themas Energiepreise: Diese hohen Energiepreise kann sich niemand leisten, und mit diesen Preisen darf in Deutschland deshalb niemand alleine gelassen werden, meine Damen und Herren.

Wir haben mit drei Entlastungspaketen die privaten Haushalte, die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Unternehmen stark entlastet. Insbesondere bei der Energiepolitik – ich sprach es gerade an – haben wir neue Entscheidungen getroffen. Ich will das in Richtung der Kolleginnen und Kollegen der Union sagen: Mit den LNG-Terminals und jetzt mit der Eröffnung des Terminals in Wilhelmshaven hat diese Koalition in neun Monaten mehr zur Energiediversität, mehr zur Energiesicherheit in Deutschland beigetragen als die Bundesregierungen in 16 Jahren unter der CDU/CSU. Das muss man feststellen. Mutige Entscheidungen in den ersten Monaten hätte uns wahrscheinlich damals keiner zuge-
traut.

Mit dem Abwehrschirm stabilisieren wir die Energiepreise in Deutschland ganz gezielt über die Gaspreisbremse und die Strompreisbremse. Ihn haben wir bereits durch den Deutschen Bundestag gebracht. Wir stellen uns dieser Krise entschlossen entgegen, wir wollen sie bewältigen, auch wenn richtig ist, dass der Staat nicht alles leisten kann. Aber diese Bundesregierung tut alles, was in diesen schwierigen Zeiten für die Unternehmen und die Menschen in Deutschland möglich ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es umso bemerkenswerter, was dieser Bundesregierung, dieser Mehrheitskoalition im Deutschen Bundestag mit dem Bundeshaushalt 2023 gelingt. Wir lösen das Versprechen des Koalitionsvertrages ein und kehren in Deutschland endlich zur Schuldenbremse zurück. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Stabilität Deutschlands und für Deutschland in der Europäischen Union, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich fand an der Stelle aber – Sie haben es in der Rede nicht untergebracht, Herr Merkel – die Haltung der Union bemerkenswert. Sie machen ja dieser Tage viele Termine vor Ort – ich lese das in der Zeitung -, mit Bäckereien beispielsweise, mit Handwerksmeistern. Es ist, Herr Merz, umso bemerkenswerter, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Abwehrschirm für die Wirtschaft, für die privaten Haushalte in Deutschland nicht mitträgt, sondern dagegengestimmt hat, liebe Kollegen. Sie haben dagegengestimmt. Und es bleibt Ihr politisches Geheimnis, wie Sie die Forderung selbst aufgebracht haben. Hier haben Sie beispielsweise in Reden einen Gaspreisdeckel gefordert, in Reden hier vorne, lieber Kollege Merz. Aber bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag haben Sie sich dagegen entschieden.

Jetzt kommt Ihr Argument – ich will es aufgreifen, weil Sie sich nicht mehr trauen, es hier vorzubringen -: Herr Kollege, Sie haben gesagt, das müsse über den Bundeshaushalt finanziert werden, also über den Kernhaushalt 2023.

Ich habe mir die Mühe gemacht, die Änderungsanträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchzuschauen, und habe festgestellt: Zu einem Abwehrschirm für die Wirtschaft, zur Finanzierung der Gas- und Strompreisbremse steht in den Entwürfen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion exakt gar nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gar nichts schlagen Sie an dieser Stelle vor – nichts!

Ja, diese Koalition hat den Beschluss der alten Bundesregierung zum abgelaufenen Haushalt 2022, die Schuldenbremse auszusetzen, aufgegriffen und fortgesetzt, insbesondere

auch, um diesen Abwehrschirm zu finanzieren. Aber ich finde es bemerkenswert, dass gerade Sie, die Sie ja in Karlsruhe dagegen klagen, Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds zu nutzen, in Ihren Änderungsanträgen zum Bundeshaushalt fordern, genau diese Mittel einzusetzen. Wie logisch ist das denn noch? Das grenzt doch an Schizophrenie, liebe Kollegen. Da sind Sie gesplante Persönlichkeit; das ist absurd.

Ich sage auch: Wie viel besser wäre es haushaltspolitisch gewesen, wenn zu Zeiten der Coronakrise die Große Koalition nicht die Schuldenbremse für alles Mögliche im Bundeshaushalt aufgehoben hätte, sondern sie wie diese Regierungskoalition nur für sehr gezielte Hilfsmaßnahmen ausgesetzt hätte. Der Grund, warum wir

im kommenden Jahr im Vergleich zum Haushalt 2021 das Zehnfache an Zinsen zahlen müssen, liebe Kollegen – ohne zu investieren in Bildung, in die Bundeswehr und all die wichtigen Dinge, die der Bund tun muss -, ist, dass

Ihre Coronaschulden für alles Mögliche gewesen sind. Das war die Verantwortung der CDU/CSU in der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir lösen das Versprechen, das wir gegeben haben, ein. Trotz dieser Herausforderungen und der Erblasten der letzten Regierungskoalition erhöhen wir den Investitionsanteil im Bundeshaushalt auf ein Rekordniveau in Höhe von 70

Milliarden Euro. Der erste echte Haushalt dieser Koalition löst das Versprechen des Koalitionsvertrages zur finanziellen Solidität und zur Investition in die Zukunft Deutschlands ein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Versprochen, gehalten – das muss an dieser Stelle bemerkt werden.

Gleichzeitig sorgen wir für milliardenschwere Entlastungen im kommenden Jahr, nämlich für steuerliche Entlastungen, wie es sie in Deutschland seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Mit dem Inflationsausgleichsgesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, schaffen wir die umfangreichsten Entlastungen, und zwar in Höhe von 50 Milliarden Euro in den kommenden zwei Jahren. Wir gleichen die kalte Progression vollständig aus. Der Ausgleich der kalten Progression, liebe Kollegen, ist das Zeichen an die hartarbeitende Mitte in Deutschland: Leistung lohnt sich, auch steuerlich. Dafür steht diese Regierungskoalition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Studentinnen und Studenten werden bis zu 1 000 Euro mehr im Jahr haben. Es gibt die größte Kindergelderhöhung in der Geschichte unseres Landes auf 250 Euro pro Kind, und jede Familie mit zwei Kindern in Deutschland wird bis zu 2 000 Euro mehr Netto in der Tasche haben.

Diese Koalition setzt ein Zeichen für Leistung und Aufstieg. Das ist der Kern an dieser Stelle. Seit Jahrzehnten wurden die arbeitenden Menschen in diesem Land nicht mehr so stark entlastet. Der Ausgleich der kalten Progression ist das erste wichtige Zeichen von Leistungsgerechtigkeit dieser Regierungskoalition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das zweite Zeichen werden wir hoffentlich am heutigen Abend setzen können, und zwar gemeinsam. Ich freue mich ausdrücklich über den wahrscheinlich gefundenen Kompromiss beim Bürgergeld, der heute Abend im Vermittlungsausschuss Thema sein wird. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft ist doch in Wahrheit in Deutschland schon seit Langem beschädigt. Man könnte sagen: Es ist teilweise kaputtgegangen. Für Familien ist Langzeitarbeitslosigkeit seit Jahren eines der größten Risiken für Armut.

Mit dem neuen Bürgergeld gehen wir also ein fundamentales Gerechtigkeitsproblem unseres Sozialstaates an. Nach der alten Rechtslage – ich will das beispielsweise sagen – würden einem Auszubildenden von 800 Euro Ausbil-

dungsvergütung lediglich 240 Euro übrig bleiben. Das ändert diese Koalition. Über 600 Euro hat dieser junge Mensch in der Tasche. Gerade für junge Menschen, die in die Berufsausbildung gehen und im Leben etwas leisten wollen, muss sich Leistung lohnen.

Der Kern dieses Bürgergeldes ist nämlich, das Aufstiegsversprechen für diejenigen einzulösen, die es im Leben am schwersten haben. Es geht um Arbeitsanreize, die wir verbessern werden, insbesondere bei den Hinzuverdienstregeln sowie bei der Weiterbildung und den Qualifizierungsmöglichkeiten.

Da will ich noch einmal in Erinnerung rufen: Wäre es hier komplett nach der Union gegangen, hätten wir heute kein Bürgergeld und keine Aufstiegschancen, sondern wir hätten lediglich Hartz IV mit höheren Regelsätzen. Das war für uns als Koalition und für mich als FDP-Politiker zu keinem Zeitpunkt eine Option. Der Kern des Bürgergeldes ist, das Aufstiegsversprechen und die Arbeitsanreize endlich wieder in den Sozialstaat zu bringen; denn wir wollen, dass die Menschen von eigener Hände Arbeit leben können. Das ist das Signal des Bürgergeldes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Seit der Rede des Bundeskanzlers ist das Wort „Zeitenwende“ hier richtigerweise immer wieder erwähnt worden. Ja, geopolitisch, geowirtschaftlich muss diese Koalition neu reagieren und korrigieren, was in der Vergangenheit an Fehlern gemacht worden ist. Die Zeitenwende gilt deshalb insbesondere auch für unseren Blick auf die Welt, meine Damen und Herren. Trotz aller Anstrengungen, die wir hier vor Ort unternehmen, dürfen wir deshalb das Große und Ganze nicht aus dem Blick verlieren.

Herr Merz, Sie haben richtigerweise auch den Systemwettbewerb angesprochen, beispielsweise mit China. Sie haben die Handelspolitik der Vereinigten Staaten angesprochen, die uns Probleme bereitet, gerade unseren mittelständischen Unternehmen. Ich teile das ausdrücklich. Aber als Antwort auf USA und China kommt als erster konkreter Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU die Abschaffung der Verbandsklage in Deutschland. Da werden die in Peking zittern; davon bin ich überzeugt. Die kriegen alle Angst bei diesem Vorschlag von Herrn Merz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ja, es ist richtig: Die internationale Ordnung, das Kräfteverhältnis im wirtschaftlichen Sinne zwischen den Ländern hat sich geändert, und wir müssen in der Ge-

Leistung lohnt sich, auch steuerlich. Dafür steht diese Regierungskoalition.

Diese Koalition setzt ein Zeichen für Leistung und Aufstieg. Das ist der Kern an dieser Stelle.

genwart und in der Zukunft insbesondere auf die Demokratien in der Welt setzen. Deutschland muss seine Wettbewerbsfähigkeit auf neue Füße stellen, und das gelingt eben nur mit den richtigen internationalen Partnern an unserer Seite. Deutschlands wirtschaftliche Stärke muss basieren auf Diversifizierung, freiem Handel, Kooperation, Weltoffenheit und Demokratie; denn was wir jetzt brauchen, ist doch mehr Austausch und Handel mit den Demokratien der Welt. Das bisherige Modell in Deutschland – günstige Energie von Autokraten, Absatzmärkte, verstärkt in den letzten Jahren, in Diktaturen und hohe Steuern in Deutschland – hat an Fundament verloren. Für die Zukunft muss es doch ganz klar unser Geschäftsmodell sein, dass wir auf die Demokratien in der Welt setzen. Mit einer neuen Handelsagenda setzt

diese Koalition deshalb ein wichtiges Zeichen. Meine Damen und Herren, in der kommenden Sitzungswoche des Deutschen Bundestages werden wir das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada im Deutschen Bundestag ratifizieren, nachdem Ihnen von der Union das jahrelang nicht gelungen ist. Das ist die Zeitenwende, die wir hier anstreben.

Kann sich einer von den heutigen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion daran erinnern, dass Sie jemals einem Freihandelsabkommen hier im Deutschen Bundestag zugestimmt haben? Nichts ist in den 16 Jahren passiert, nicht mal CETA. Nichts haben Sie erreicht beim Freihandel, gar nichts. Das ist die Wahrheit. Aber wir gehen weiter. Es soll doch nicht bei CETA bleiben. Wir setzen uns für eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens ein. Wir bringen die

Freihandelsabkommen mit Chile und mit Mexiko zum Abschluss. Ich sprach vom transatlantischen Verhältnis; ich sprach davon, dass wir mit den Demokratien der Welt zusammenarbeiten müssen. Diese Koalition strebt einen neuen Anlauf zu einem transatlantischen Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika an. Auch das ist ein wichtiges Zeichen dieser Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag, meine Damen und Herren. Deswegen will ich zum Schluss auf all die Dinge, die wir jetzt konkret in dieser Woche mit dem Bundeshaushalt 2023 umsetzen, und auf das verweisen, was wir politisch vereinbart und bereits auf den Weg gebracht haben, beispielsweise bei der Planungsbeschleunigung – was wir in Wilhelmshaven geschafft haben, ist geradezu eine Blaupause für das, was wir in Deutschland machen

müssen, insbesondere bei der Energiepolitik; ich sprach es an -, aber auch ganz konkret bei Zukunftsthemen wie der Stärkung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland, insbesondere bei der Rente. Deutschland steht vor einer demografischen Krise. Diese Regierungsmehrheit, diese Bundesregierung haben sich auf die Fahnen geschrieben, sich dieser Aufgabe endlich zu stellen. Mit der Aktienrente führen wir die Kapitalbasierung in die erste Säule der deutschen Rentenversicherung ein. Das ist eine Zeitenwende, auch für die sozialen Sicherungssysteme in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Schluss. Deutschland steht vor einer demografischen Krise, insbesondere auch, weil die Union über Jahre, wahrscheinlich sogar Jahrzehnte, negiert hat, dass Deutschland ein Einwanderungs-

land ist, ja, auch deshalb, weil Einwanderungspolitik in den letzten Jahren nicht stattgefunden hat, weil Sie, insbesondere Ihre Innenminister, dies regelmäßig verhindert haben. Der Wohlstand in Deutschland beruht auf besserer Energiepolitik in der Zukunft; aber er beruht auch darauf, dass wir ausreichend Menschen am Arbeitsmarkt haben. Deswegen wird diese Koalition ihr Versprechen einlösen: ein Einwanderungsgesetz für den deutschen Arbeitsmarkt, damit unser Mittelstand florieren kann, damit die Industrie florieren kann und damit wir den Wohlstand in Deutschland auch in Zukunft sichern. Dieses Versprechen lösen wir ein!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Dobrindt, CSU:

Sie verwechseln Fortschritt mit Verschleierung



Alexander Dobrindt (*1970)
Wahlkreis Weilheim

Verehrter Kollege Dürr, man muss sich nicht nur in diesem Fall, sondern über eine ganze Reihe von anderen Themen in Ihrer Rede erheblich wundern. Da scheint ja manches durcheinandergegangen zu sein, wenn Sie davon reden, dass jetzt endlich Freihandelsabkommen abgeschlossen werden: CETA kommt jetzt, ein Freihandelsabkommen mit den USA wird geschlossen. Dann werfen Sie aber mal einen Blick in diese Reihen: Keine einzige Hand bei der SPD hat sich zum Beifall bewegt. Und da kommen Sie auf den Gedanken, es habe an der Union gelegen, dass wir diese Freihandelsabkommen nicht haben? – Lieber Herr Dürr, man muss sich mit Ihrer Rede weiter beschäftigen, weil Sie ganz offensichtlich vieles durcheinanderbringen. Sie verwechseln in der Fortschrittskoalition auch Fortschritt mit offensichtlicher Verschleierung. Sie reden

von der Einhaltung der Schuldenbremse im nächsten Jahr. Das Geld dafür beschaffen Sie sich in diesem Jahr. Sie reden von Rekordinvestitionen: Ein wesentlicher Teil davon, 10 Milliarden Euro, ist der FDP-Beitrag zur Rentenversicherung, Ihre Aktienrente. Sie reden von soliden Finanzen, schaffen aber einen Schattenhaushalt nach dem anderen. Sie geben dem Wort „Schattenkabinett“ eine ganz neue Bedeutung, Herr Dürr. Sie verwechseln Fortschritt mit Verschleierung, und Sie verwechseln übrigens auch Investitionsquote mit Illusionsquote. Das ist die Realität in Ihrem Haushalt!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wenn wir schon bei Illusionen sind: Sie bedienen sich bei Alice im Wunderland: Was groß ist, ist klein, und was klein ist, ist groß. So Ihre Worte. Mir fällt bei dieser Bundesregierung ganz ehrlich nur eins ein: Jim Knopf und der Scheinriese. Je näher man Ihrer Bundesregierung kommt, umso kleiner werden Ihre politischen Leistungen. Das ist die Realität!

Herr Bundeskanzler, Sie haben vorhin am Rednerpult betont, Sie wollen und Sie werden 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investieren. Das Problem ist doch nur: Sie machen es nicht, Herr Bundeskanzler! Sie haben gesagt, es müssten erst Maschinen angeschafft werden, damit überhaupt irgendwas produziert werden kann. Geht es eigentlich noch kleiner in der Argumentation? Ihre Verteidigungsministe-

rin hat bei den Verhandlungen zu den 100 Milliarden Euro Sondervermögen zugesagt, dass sie noch in diesem Jahr für 10 Milliarden Euro Munition beschaffen wird. Keine einzige Patrone ist bisher bestellt worden. Das Problem, Herr Bundeskanzler, sind nicht die fehlenden Maschinen in Deutschland, sondern die fehlende Führung in Ihrem Verteidigungsministerium! Darum geht es!

Bei der Einbringung dieses Haushalts, Herr Bundeskanzler, am 7. September dieses Jahres haben Sie uns noch – sehr bescheiden – mitgeteilt, dass Sie die Energieversorgungsprobleme bereits gelöst hätten, bevor wir sie überhaupt erkannt hätten. Wie Ihre Lösung aussieht, das sagte uns vorgestern Ihr Behördenchef der Bundesnetzagentur Klaus Müller auf Twitter – ich zitiere wörtlich -:

Keine Panik. So kann es tatsächlich zu Stromabschaltungen im Winter kommen. Doch diese dürften meist vorab angekündigt werden ... und maximal vier Stunden dauern.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, vier Stunden Blackout mag ja für diese Bundesregierung der Normalfall sein, aber für die Bürger ist es eine Bankrotterklärung Ihrer Energiepolitik!

Frau Kollegin Dröge, Sie haben hier vorhin als Vorsitzende einer Regierungsfraktion, wie Sie sich ja zu Recht genannt haben, davon gesprochen, dass ab dem Jahr 2023 keine Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen. An welcher Stelle dieses Koalitionsvertrags steht das eigentlich? Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe es nicht gefunden. Vielleicht sollten Sie das mal aufklären. Entweder war diese Aussage frei erfunden, oder Sie haben gerade eine ganze Branche in die Insolvenz geschickt. Das ist ein grundlegender Fehler, den Sie hier begangen haben. Korrigieren Sie das bitte!

Meine Damen und Herren, dass die Lage am Energiemarkt so dramatisch ist, das haben wir in den letzten Tagen und Wochen intensiv diskutiert, übrigens auch mit unseren Nachbarländern, weil wir auf Stromlieferungen dieser Nachbarländer angewiesen sind. Sie, Herr Habeck, haben allerdings ganz offensichtlich eine hohe Bereitschaft, unsere europäischen Partner vor den Kopf zu stoßen. Das schafft kein zusätzliches Vertrauen. Sie haben in den letzten

Monaten mit der Übernahme von Uniper auch unternehmerische Verantwortung für die Energiepolitik in Deutschland übernommen, und Sie haben damit unternehmerische Verantwortung für die Energiepolitik in anderen europäischen Ländern übernommen.

Die Schweden beispielsweise setzen neben der Wasserkraft und anderen erneuerbaren Energien weiter auf die Kernenergie. Uniper betreibt in Schweden auch die Kernkraftwerke. Der Bau eines

weiteren Kernkraftwerks, das in Schweden geplant ist, wurde jetzt von Uniper aus Deutschland heraus öffentlich abgesagt. Und, Herr Bundeswirtschaftsminister, die schwedische Energieministerin Ebba Busch wurde zu keinem Zeitpunkt von Ihnen darüber informiert. Wenn das der Umgang mit unseren europäischen Partnern ist, dann schaffen Sie kein Zusammenwachsen in Europa, sondern Sie isolieren Deutschland energiepolitisch in Europa.

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister, Sie haben hier in Ihrer Haushaltsrede am 8. September dieses Jahres gesagt – ich zitiere -:

Inflation bekämpft man nicht mit immer neuen Staatsschulden, sondern nur dadurch, dass man zurück zur Seriosität und Solidität findet.

Diese Aussage ist richtig, aber zwischen Ihrer Rede und dem heutigen Tag liegen 250 Milliarden Euro weitere neue Schulden, und die Inflationsrate ist von 7,9 Prozent auf 10,4 Prozent gestiegen. Die Ampel hat jetzt 550 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Das ist der Schuldenstand, den alle Bundesländer zusammen seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland geschaffen haben. Das ist die Realität in Ihrem Haushaltsansatz! So, und dabei sagen Sie nach wie vor nicht genau, für was und zu welchem Zeitpunkt Sie dieses Geld in Anspruch nehmen wollen. Sie bauen einen großen Schuldensack im Keller Ihres Finanzministeriums auf und glauben offensichtlich daran, dass er da in den nächsten Monaten unbehelligt stehen wird. Schauen Sie sich doch bitte mal Ihre Koalitionspartner an: Das ist wie mit dem Hund und dem Wurstvorrat. Das kann an dieser Stelle definitiv

Mir fällt bei dieser Regierung ganz ehrlich nur eins ein: Jim Knopf und der Scheinriese.

nicht gut gehen. Deswegen rate ich Ihnen dringend: Kehren Sie zur Solidität zurück! Nehmen Sie Ihre eigenen Worte ernst, und vertrauen Sie doch nicht Ihren Koalitionspartnern, dass sie Ihren Geldsack im Keller zufriedenlassen.

Sie haben in Ihrer Rede gestern, Herr Bundesfinanzminister, deutlich gemacht, dass sich diese Bundesregierung entschieden habe, keine Steuererhöhungen vor-

zunehmen. Das irritiert etwas, weil wir zurzeit bei den Notaren Hochkonjunktur erleben in Vorbereitung Ihres Jahressteuergesetzes, bei dem zu erwarten ist, dass Erbschaft- und Schenkungsteuern auf Immobilien massiv erhöht werden. Sie haben in Ihrer Rede dazu definitiv nichts gesagt. Ich kann Ihnen sagen: Die Angst ist berechtigt, und sie ist groß. Ein Erbrechtsexperte hat nachgerechnet, dass beim Vererben oder

Verschenken eines Hauses die Erbschaft- oder Schenkungsteuer deutlich ansteigt. Ein Wertanstieg von 61 Prozent führt dazu, dass für das Häuschen, das bisher für 10 000 Euro verschenkt oder vererbt worden ist, jetzt 60 000 Euro an Schenkung- oder Erbschaftsteuer anfallen.

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister, wir brauchen keine Steuererhöhungen auf Immobilien durch die Hintertür. Wir

brauchen hohe Freibeträge, damit keine Erbschaftsteuer beim Übergang von Immobilien anfällt. Deswegen sage ich Ihnen an dieser Stelle – ich zitiere Ihren Parteikollegen Kubicki -: „Der Spaß hört jetzt auf!“ Die SPD fordert eine Vermögensabgabe, die Grünen fordern Steuererhöhungen, und das Finanzministerium ist für die Erbschaftsteuer zuständig – das ist eine grundfalsche Aufstellung dieser Regie-

rung. Wir brauchen endlich Freibeträge, damit es nicht zu Steuererhöhungen durch die Hintertür kommt. Die Leute haben berechnete Angst davor, dass Immobilien nicht vererbt werden können, weil Sie ihnen in die Tasche greifen wollen. Das ist die Wahrheit über die Politik dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Leif-Erik Holm (AfD))

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Ohne Hoffnung können wir die Demokratie nicht verteidigen



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Wir leben in extremen und anstrengenden Zeiten. Der von Präsident Putin wissentlich und willentlich entfachte Krieg ist die schlimmste Form extremer Politik. Aber auch das Abgleiten ehemals stabiler Demokratien oder die Leugnung des Klimawandels sind Folgen und Zeugen von Radikalität und Ignoranz. In diesem Umfeld wächst die Versuchung, extreme politische Debatten zu führen, leider auch bei uns. Ich denke, wir Demokratinnen und Demokraten müssen uns diesem Extremismus entgegenstellen. Weil die Wirklichkeit komplex ist, müssen wir den Vereinfachern mit unserer Fähigkeit zur Vernunft und zum Kompromiss begegnen.

Rigorismus ist Gift für den notwendigen Zusammenhalt und für eine kluge Politik. Besonnenheit, Pluralismus und ein Höchstmaß an Freiheit und Gerechtigkeit sind die Voraussetzungen für den inneren und äußeren Frieden. Deutschland hat hierbei eine wichtige Rolle inne. Die Koalition wird von sehr unterschiedlichen Parteien getragen. Diese einzigartige Chance müssen wir – davon bin ich überzeugt – nutzen. In einem Bündnis gleichberechtigter Parteien wollen wir unsere gemeinsamen Anliegen wie Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bündeln und einlösen, und das

mit Augenmaß und einem Sinn für neue Realitäten. Das ist der Auftrag für eine Koalition des Fortschritts, und wir sind stolz, mit Olaf Scholz an der Spitze daran mitwirken zu dürfen, meine Damen und Herren.

Die Gesetzgebung der letzten Monate und der neue Haushalt – darum geht es heute – ergänzen sich. Das ist eine kluge Politik. Der Bundesfinanzminister hat zum Abschluss der Haushaltsberatungen bei der Bereinigungssitzung die Haushälterinnen und Haushälter, wenn ich mich recht entsinne, als „interessantes Völkchen“ bezeichnet. Ich nehme an, daraus klingt Sympathie, Unterstützung und Respekt. Lassen Sie mich sagen: Es sind selbstbewusste und kompetente Abgeordnete, ausgestattet mit dem Vertrauen des Souveräns, die noch einmal 31 Milliarden Euro bewegt haben. Eben weil wir uns auf nachhaltige öffentliche Güter wie Arbeit, Wohnen, Bildung und Mobilität konzentrieren, hat es sich gelohnt, diesen Haushalt zu verbessern.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Haushalt uns gut durch das neue Jahr tragen wird. Gleichzeitig schafft dieser Haushalt die Voraussetzung für den Umbau der Wirtschaft, für eine klimaneutrale Produktion, für neue und gut bezahlte Arbeitsplätze und auch für die Entwicklung von Ideen. Bei diesen Herausforderungen, meine Damen und Herren, müssen wir vorankommen. Im Vergleich zu den vielen Jahrhunderten vor uns, wo der Strukturwandel über Gesellschaften immer hereingebrochen ist, haben wir diesmal die einzigartige Chance, diesem Strukturwandel vorab den Weg zu bereiten. Das ist die Konsequenz aus den Entwicklungen und der Auftrag an diese Koalition: Wir können ein modernes Deutschland schaffen, das sich in den nächsten Jahrzehnten in einem neuen internationalen Um-

feld behaupten kann und auch muss.

Diese Agenda, meine Damen und Herren, ist natürlich überlagert von einem brutalen Krieg insbesondere gegen die Zivilbevölkerung, der bei uns eine Energiekrise hervorgerufen hat und damit verbunden auch einen wachsenden Kaufkraftverlust. Aber es ist unbestritten, dass wir die Ukraine, die so brutal und auf Lügen aufgebaut angegriffen worden ist, unterstützen müssen, und zwar, ja, mit Waffen, gleichzeitig aber auch durch humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung, die schon vor dem Krieg vonseiten Deutschlands sehr groß geworden ist. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist, der Entgrenzung des Krieges durch eine kluge Politik vorzubeugen, und das muss man sich jeden Tag neu erarbeiten. Das tut diese Bundesregierung, das tut der Bundeskanzler. Deswegen bedauere ich, dass vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse des Raketeneinschlags in Polen manche übereilt, manche, wie ich finde, zu gefährlich und zu risikvoll reagiert haben. Um dieser Entgrenzung des Krieges vorzubeugen, gehört auf der einen Seite, die Ukraine zu unterstützen, aber auf der anderen Seite auch eine kluge Diplomatie, eine Reisediplomatie, wie sie der Bundeskanzler unternommen hat. Es geht insbesondere darum, die Länder mitzunehmen, die unmittelbar nach Ausbruch dieses Krieges nicht auf der Seite der 141 Staaten gestanden haben, die eine entsprechende Resolution verabschiedet haben, sondern die sich der Stimme enthalten haben, aber trotzdem gegen den Krieg sind. Deswegen war es richtig, diese Länder zum G-7-Gipfel einzula-

den und in diese Länder zu reisen. Man muss auch mit jenen sprechen, die nicht von Anfang an mit einem einer Meinung sind. Deswegen ist Diplomatie kein Relikt vergangener Tage, sondern aktueller denn je.

Wir brauchen auf der einen Seite eine kluge Außenpolitik, auf der anderen Seite eine kluge Sozialpolitik, die sich den inneren Herausforderungen stellt. Ich bin froh, dass meine Fraktion in Dresden drei notwendige Bedingungen formuliert hat, die sozusagen den Pfad vorzeichnen: auf der einen Seite unmittelbare, soziale, direkte Hilfen, auf der anderen Seite eine Grundsicherung für bezahlbare Energie, Sicherheit und Zuversicht für die Verbraucher. Aber es hängt noch mehr daran: Wir wollen mit dieser Grundsicherung den industriellen Kern in Deutschland erhalten. Wir wollen uns wappnen, was die USA zurzeit versucht, und für günstige Energie sorgen.

Gleichzeitig sage ich: Voraussetzung für die Grundsicherung im Bereich Energie ist, dass die Standortsicherung in Deutschland garantiert wird. Letztlich geht es auch um Beschäftigungssicherung. Wir wollen die Arbeitsplätze für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland halten.

Es war deswegen gut, dass die Bundesregierung zusammen mit den sie tragenden Fraktionen die Konzentrierte Aktion auf den Weg gebracht hat, dass sie anknüpfend an die guten Erfahrungen vergangener Jahrzehnte hier Unterstützung gegeben hat, dass sie die Tarifvertragsparteien an ihre Pflichten erinnert hat, gute Arbeit mit gutem Einkommen zu unterlegen, dass sie auf der anderen Seite aber auch Abgaben- und Steuerfreiheit anbieten können. Alle verantwortlichen Tarifvertragsparteien haben in den vergangenen Wochen auf dieses Mittel zurückgegriffen. Das schafft Solidarität, aber auch Zuversicht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Konzentrierte Aktion war eine wichtige Bedingung und gerade für uns Sozialdemokratinnen und Sozialde-

mokraten, die so eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, ein gutes Signal.

Die zweite Bedingung, die wir auf unserer Klausur im September in Dresden formuliert haben, ist: Die Menschen dürfen nicht von Almosen abhängig sein. Sie brauchen soziale Rechte in dieser Gesellschaft. Da geht es um die Erhöhung des Mindestlohns, aber auch um die Ausweitung des Kreises der Wohngeldempfänger, was wir in den letzten Wochen gemeinsam geschafft haben. Aber noch wichtiger ist die Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro. Jedes Kind ist gleich viel wert, meine Damen und Herren. Das ist die Basis für eine Kindergrundsicherung, und ich bitte jetzt die Bundesregierung, die Kindergrundsicherung anzupacken und sie noch in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen. Durch die Erhöhung des Kindergeldes haben wir die Basis dafür gelegt.

Zum anderen geht es um das Bürgergeld. Da haben wir ein gutes Ergebnis erzielt. Ich lasse einfach mal zur Seite, wer sich wo durchgesetzt hat. In ein paar Wochen interessiert das die Menschen überhaupt nicht mehr. Wichtig ist, Qualifizierung und Weiterbildung, den Wert der Arbeit über diese Grundsicherung, dieses Bürgergeld zu erhalten. Aber es ist auch ein Basisschutz für die Demokratie in einem sozialen Bundesstaat, das, was uns die Väter und Mütter des Grundgesetzes auferlegt haben. Dafür ist das Bürgergeld eine Rückversicherung.

Die dritte Bedingung ist, systemische Eingriffe dort vorzunehmen, wo der Markt, der alles richtet, eben aufgehalten wird, was korrigiert werden muss. Wir verlangen in den nächsten Tagen, wenn die Vorlagen da sind, uns genau anzuschauen, ob das auch erreicht wird.

Meine Damen und Herren, ich habe von extremen und anstrengenden Zeiten gesprochen. Die Zeiten sind nicht mehr so wie in den vergangenen Jahrzehnten; wir müssen uns das endlich vor Augen führen. Leider repräsentieren Diktaturen, autoritäre Regierungen

Fortsetzung auf nächster Seite

Ich bin überzeugt, dass Demokratien die Probleme am besten lösen können.

mittlerweile 70 Prozent der Weltbevölkerung. Die Zahl der liberalen Demokratien ist auf dem niedrigsten Stand angelangt. Deswegen war es für mich bitter, zu erfahren, dass in der Europäi-

schen Union wie zum Beispiel im Gründungsland Italien mittlerweile Parteien an der Spitze sind, die diesem Extremismus das Feld bereiten. Aber ich sage gleichzeitig: Ohne Hoffnung können wir

die Demokratie nicht verteidigen. Deswegen sind der Wahlausgang in Brasilien, die Midterms in den USA, die deutliche Ernüchterung über den Brexit in Großbritannien Lichtblicke. Ja, die Zeiten

sind anstrengend. Wir müssen uns dem mit Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit entgegenstellen. Aber ich bin überzeugt, dass Demokratien die Probleme am besten lösen können. Das können wir ge-

meinsam beweisen, meine Damen und Herren.
Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Tino Chrupalla, AfD:

Dieser Wirtschaftsminister ist eine Schande für dieses Land



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Nach zwölf Monaten Bundesregierung: Wie sieht eigentlich aktuell unser Land aus? Die Inflation treibt Deutschland, seine Bürger und die heimische Wirtschaft immer mehr um. Die Spirale dreht sich immer weiter und schneller: Entwertung des Geldes, sinkende Kaufkraft, rückläufiger Absatz und Umsatz. Die Menschen halten das Geld zusammen; das ist ganz verständlich. Geringere Investitionsleistungen von Unternehmen sind die Folge. Im Gegenzug steigen die staatlichen Transfer- und Unterstützungsleistungen.

Gleichzeitig fehlen mehr und mehr Arbeitskräfte, die überhaupt noch zur Wertschöpfung beitragen können. Sie gehen wieder auf das übliche Patentrezept zurück: weitere Migration. Sie erreicht mittlerweile Höchststände, die die des Jahres 2015 übersteigen. Welche Erfolge für den Wirtschaftsstandort Deutschland haben Sie damit eigentlich erreicht? In welchem Verhältnis stehen diese Investitionen und der volkswirtschaftlich erwirtschaftete Gewinn überhaupt noch? Und nein, ich spreche nicht von Kriegsflüchtlingen, die hier um Asyl bitten. Ich spreche von denen, die nicht in dieses System integrierbar sind, die von Transferleistungen leben müssen, aber gewalttätig in unserem Land auftreten. Die können und wollen wir uns nicht länger leisten, meine Damen und Herren. Deshalb: Nutzen Sie endlich die rechtlichen Möglichkeiten voll aus, das Dublin-Abkommen – über das redet mittlerweile überhaupt niemand mehr – genauso wie die Rückführung in die Hei-

matländer. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Diese Regierungspolitik bringt unser Land immer weiter in ein Ungleichgewicht. Die verantwortlichen Bundesminister stolpern von Woche zu Woche, ohne eine langfristige Vision zu haben. Sie investieren nicht in unser Land, in unsere kritische Infrastruktur, sondern in die wertegeleitete Außenpolitik; das ist Ihr Schlagwort. Mit den Sanktionen und geplanten Embargos schaden Sie uns, unseren Bürgern und unserer Wirtschaft in Deutschland. Das wird jeden Tag offensichtlicher. Weder Russland noch China sind auf uns überhaupt angewiesen. Neue Märkte haben diese Länder bereits seit Jahren erschlossen. Nur wir leisten uns, kein Teil mehr davon sein zu wollen. Das ist purer Übermut.

Wir haben weder Gas- noch Ölvorkommen und investieren seit Jahrzehnten in nicht grundlastfähige Energieträger. Wir brauchen aber eine stabile und zuverlässige Energieversorgung. Deshalb muss Nord Stream als ein Teil davon repariert, in Betrieb genommen und auch gesichert werden; wir haben es heute schon gehört. Der Bundeskanzler hat da übrigens Aufklärung versprochen. Es wird totgeschwiegen, es kommt dazu nichts. Sagen Sie doch, wer von unseren Freunden dafür Verantwortung trägt. Sie machen es nicht. Das ist einfach eine Schande.

Wir brauchen in unserem Land Stabilität und Zuversicht. Weshalb sollte sich ein Unternehmen überhaupt noch in Deutschland ansiedeln, überhaupt noch diesen Standort wählen? Das verraten Sie nicht. Nehmen wir als Beispiel die BASF. Die Bürger in den alten Bundesländern werden wohl genau das gleiche Schicksal erleiden wie die Bürger der neuen Bundesländer nach 1990. Firmen werden abwandern, Regionen werden deindustrialisiert, Arbeitsplätze verschwinden, und junge Menschen ziehen weg. Genau das scheint das Ziel von Wirtschaftsminister Habeck zu sein. Ihre Politik der Symptombekämpfung beseitigt die Ursachen der Misere eben nicht. Wer sich als Bundeswirtschaftsminister leichtsinnig in einen Wirtschaftskrieg be-

gibt, hat einfach nur versagt. Dieser Wirtschaftsminister ist der schlechteste der Bundesrepublik. Er ist wirklich eine Schande für dieses Land.

Unsere Nachbarn zeigen, wie es anders funktioniert: bezahlbare Energieversorgung oder auch eine geringere Steuerlast überall in Europa. Vor allem richten die verantwortlichen Regierungen ihr Handeln auf die Bereitstellung von Strukturen aus. Das ist der Auftrag an die Politik, nicht ideologiegetriebene und starsinnige Projekte auf Kosten des Bundeshaushaltes und damit auch der Steuerzahler. Es braucht endlich wieder den Willen, für unser eigenes Land, für unsere Bürger eine vernünftige und verlässliche Politik zu machen. Und das vermissen wir bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, und Ihrer Ampelregierung von Anbeginn. Sie sorgen dafür, dass die Deindustrialisierung Deutschlands immer weiter vorangetrieben wird, dass sich der Wohlstand und die Vermögen dezimieren. Weite Teile der Bürger leben mittlerweile nur noch von der Substanz. Ihre Lösung: Sie steuern im Mikrobereich nach und feiern die sogenannten Entlastungspakete – 200 Euro für Studenten, 300 Euro für Rentner – bei einer Inflation, die mittlerweile weit über 10 Prozent liegt. Was am Ende ankommt, sind angesichts der Inflation nur Almosen. Die staatlichen Zuschüsse dürfen aber nicht immer weiter ansteigen. Das gefährdet unseren Sozialstaat in Gänze. Erklären Sie den Bürgern bitte, dass die Schulden gemeinsame Schulden sind. Gleiches gilt für die sogenannten Sondervermögen. Es war doch absehbar, dass Sie genau an diesem Instrument Gefallen finden, dass Sie dieses Instrument ausnutzen, um den Bundeshaushalt weiter umgehen zu können. Sondervermögen sind Schulden, die wir alle bezahlen müssen, alle Bürger in diesem Land.

Ich bleibe bei dem, was ich schon vor der letzten Bundestagswahl gesagt habe, dass es hier einen

Kassensturz geben muss, den der Finanzminister durchführen muss. Genau das ist das Ziel. Wir haben ja erlebt, wie der Personalaufwuchs gerade dieser Bundesregierung vorstattengegangen ist: 1 700 neue Stellen als Aufwuchs in den Ministerien in diesen Zeiten. Den Menschen predigen Sie, für die Ukraine zu frieren, aber Sie selbst vergrößern noch einmal den Wasserkopf und die Zahl der Mangelverwalter, die die Bürger durchfüttern müssen. In diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das einfach nur unerhört und unverschämt.

Ich komme zur Studie des ifo-Instituts. Sie zeichnet ein ebenso düsteres Bild. Bei grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen fallen wir im internationalen Vergleich mittlerweile auf Platz 30 zurück. Diese und die Vorgängerregierung beklagen seit Jahren den Mangel an Fachkräften – wir haben es heute wieder gehört, auch, wie man das lösen möchte –; gleichzeitig begrenzen

Sie alles auf das Mittelmaß. Man muss sich nur mal anschauen, was der Bundesbildungsbericht besagt: 52 000 junge Menschen sind im Jahr 2021 ohne Schulabschluss von der Schule gegangen. In der Alterskohorte

der 20- bis 34-Jährigen sind mittlerweile 2,2 Millionen junge Menschen ohne Berufs- und Studienabschluss – ein Großteil sitzt ja hier –; 1,2 Millionen von diesen sind beschäftigt, erwerbstätig, aber nur im Niedriglohnssektor. Genau 1 Million ist im Bezug von Hartz IV bzw. zukünftig Ihrem Bürgergeld und wird dort auch bleiben.

Das ist das Ergebnis dessen, was Sie, die jetzige Bundesregierung, und im Übrigen auch die letzte Bundesregierung vermurkst und versaut haben. Sie haben die Verantwortung für unsere Jugend aufgegeben und wollen den Fachkräftemangel nun durch Zuwanderung lösen. Das ist ein fataler Fehler, und dafür sind Sie verantwortlich. Im Ergebnis haben wir mittlerweile neue Generationen, die genau so weit denken und handeln können, wie es die Ideologien der Bundesregierung zulassen, geschaffen. Das wollen Sie wahrscheinlich. Sie, werte Bundesregierung, sind die wahre Fortschritts- und Entwicklungsbremse für dieses Land, für Deutschland, und damit für den gesamten Kontinent Europa.

Welche eigenen, nicht fremdbestimmten Ideale Sie haben, sieht man ja: ein Bundeskanzler, der bei Auslandsbesuchen nicht in seiner Muttersprache spricht, oder eine Außenministerin, die glaubt, mit Freunden zu sprechen, wenn sie auf Polnisch twittert. Daran sieht man, welche Ideale sie haben. Das ist ein Ausverkauf unserer Interessen. Die eigenen Interessen stehen für alle Staaten im Vordergrund. Das sollte eigentlich die Prämisse sein, nur nicht für diese Bundesregierung. Ihre Politik des Freund-Feind-Schemas ist aus einer anderen Zeit. Sie brechen Brücken ab, und Sie schlagen Türen zu, die die Generationen vor Ihnen für uns aufgebaut und offen gehalten haben. Das war das Erfolgsrezept einer im Übrigen erfolgreichen Wirtschaftsnation. Sie machen das binnen Monaten und Jahren zunichte. Wir verfügen heute über Kern- und Kohlekraftwerke. Aber aus klimaidologischen Gründen begeben wir uns lieber wieder in eine einseitige Abhängigkeit. Eine Unglaublichkeit folgt der nächsten, und Sie sind dabei vollkommen ungehemmt. Einerseits dürfen wir kein russisches Gas mehr beziehen, auch aus Gründen der einseitigen Abhängigkeit. Andererseits begeben wir uns in die Hände der sogenannten Freunde, die seit Jahrzehnten rund um den Globus ihre Wirtschaftskriege führen. Wo ist hier Ihre Moral? Wo sind hier Ihre Werte? Sie machen sich damit selbst und uns alle zum willfähigen Spielzeug des transatlantischen Projekts. Steigen Sie von Ihrem Elfenbeinturm herab, und machen Sie Politik für Deutschland, für unser Land zuerst! Die Zeit läuft gegen Sie. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich (fraktionslos))

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen), Otto Fricke (FDP), Kerstin Radomski (CDU), Saskia Esken (SPD), Martin Erwin Renner (AfD), Stefan Gelbhaar (Bündnis 90/Die Grünen), Thomas Hacker (FDP), Sepp Müller (CDU), Achim Post (SPD), Misbah Khan (Bündnis 90/Die Grünen), Gerald Ullrich (FDP), Christiane Schenderlein (CDU), Verena Hubertz (SPD), Matthias Helferich (fraktionslos), Erhard Grundl (Bündnis 90/Die Grünen), Thorsten Frei (CDU), Dirk Wiese (SPD), Stefan Seidler (fraktionslos) und Awet Tesfaiesus (Bündnis 90/Die Grünen).

Steigen Sie von Ihrem Elfenbeinturm herab, und machen Sie Politik für Deutschland!

leicht
erklärt!

Vermittlungs- Ausschuss

Was ist das?



Einleitung

Letzte Woche hat man in den Nachrichten häufiger von einer Gruppe von Politikern gehört.

Diese Gruppe hat den Namen: Vermittlungs-Ausschuss.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was hat der Vermittlungs-Ausschuss mit dem Bundestag und dem Bundes-Rat zu tun?
- Was macht der Vermittlungs-Ausschuss?
- Wer gehört zum Vermittlungs-Ausschuss?



Diese Wörter lassen sich leicht verwechseln.

Darum schreiben wir „Bundestag“ immer ohne Binde-Strich und „Bundes-Rat“ immer mit einem Binde-Strich.

Dann lassen sie sich etwas besser unterscheiden.



Außerdem wollen wir nicht immer das lange Wort „Vermittlungs-Ausschuss“ schreiben.

Darum schreiben wir ab jetzt nur noch „Ausschuss“.



Achtung!

Im folgenden Text tauchen die Wörter „Bundestag“ und „Bundes-Rat“ auf.



Ausschuss, Bundestag und Bundes-Rat

Der Ausschuss ist eine Gruppe von Politikern.

Diese Politiker kommen vom Bundestag und vom Bundes-Rat.

Der Ausschuss hat die Aufgabe, bei bestimmten Streitigkeiten zwischen Bundestag und Bundes-Rat zu schlichten.

Um das besser zu verstehen, erklären wir nun zuerst den Bundestag und den Bundes-Rat genauer.

Dann schauen wir, was der Ausschuss genau macht.

Was ist der Bundestag?



In Deutschland bestimmen die Bürger zusammen, was im Land passieren soll.

Das nennt man: Demokratie.

Die Bürger bestimmen aber nicht direkt.

Stattdessen wählen sie Politiker.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

Die Politiker machen zum Beispiel Gesetze.

Und sie treffen andere Entscheidungen.

Die so gewählten Politiker bilden zusammen den Bundestag.

Der Bundestag ist also die Vertretung der Menschen in Deutschland.

Er ist eine der wichtigsten Gruppen von Politikern, die es in unserem Land gibt.

Was ist der Bundes-Rat?



Deutschland besteht aus 16 Bundes-Ländern.

Zum Beispiel:

- Bayern
- Sachsen
- Berlin

Jedes dieser Bundes-Länder ist für seine eigene Politik zuständig.

Dafür gibt es in jedem Bundes-Land eine eigene Landes-Regierung.

Und es gibt in jedem Bundes-Land so eine Art Bundestag.

Den bezeichnet man dann meist als Landtag.

Eine Landes-Regierung und ein Landtag sind also nur für ihr eigenes Bundes-Land zuständig.



Manchmal können aber auch die Bundes-Länder bei Dingen mitbestimmen, die ganz Deutschland betreffen.

Und genau dafür ist der Bundes-Rat zuständig.

Im Bundes-Rat sitzen Politiker aus allen Bundes-Ländern zusammen.

Dort treffen sie Entscheidungen, die ganz Deutschland betreffen.

Neue Gesetze durch Bundestag und Bundes-Rat



Manche Gesetze für ganz Deutschland machen Bundestag und Bundes-Rat zusammen.

Das funktioniert so:

Erst einmal ist der Bundestag für neue Gesetze zuständig.

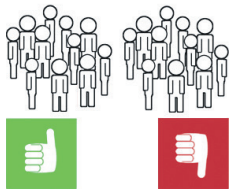
Die Politiker vom Bundestag stimmen über Gesetz-Vorschläge ab.

Wenn sie einem Gesetz zustimmen, wird der Bundes-Rat wichtig.

Denn:

Bei bestimmten Gesetzen muss der Bundes-Rat zustimmen. Ansonsten gelten sie nicht.

Bei anderen Gesetzen kann der Bundes-Rat Einspruch erheben.



Nicht immer sind sich der Bundestag und der Bundes-Rat bei Gesetz-Vorschlägen einig.

Zwischen ihnen kann es also zu Streitigkeiten kommen.

Der Bundestag stimmt zum Beispiel einem Gesetz zu.

Der Bundes-Rat will seine Zustimmung aber nicht geben. Oder er erhebt Einspruch.

In einer solchen Situation kann der Ausschuss helfen.

Er soll bei der Streitigkeit zwischen Bundestag und Bundes-Rat schlichten.

Wer gehört zum Ausschuss?



Der Ausschuss hat 32 Mitglieder.

Der Bundestag und der Bundes-Rat sind dort gleich stark vertreten.

Das bedeutet:

16 Mitglieder kommen vom Bundestag.

16 Mitglieder kommen vom Bundes-Rat.

Und zwar schickt jedes Bundes-Land genau ein Mitglied in den Ausschuss.

Wie arbeitet der Ausschuss?



Der Ausschuss hat folgende Aufgabe:

Er soll helfen, die Streitigkeiten zwischen Bundestag und Bundes-Rat zu beenden.

Er soll dafür sorgen, dass die Arbeit am neuen Gesetz zu einem guten Ende kommt.

Der Ausschuss erledigt seine Aufgaben meist durch folgende Schritte.



Auftrag

Der Ausschuss arbeitet nur, wenn er den Auftrag dazu bekommt.

Wenn er also gebeten wird, bei Streitigkeiten zwischen Bundestag und Bundes-Rat zu schlichten.

Den Auftrag bekommt er vor allem vom Bundes-Rat.

Manchmal auch vom Bundestag oder von der Bundes-Regierung.

Besprechungen



Die Mitglieder vom Ausschuss treffen sich dann zu Besprechungen.

Dort versuchen sie, eine Lösung für die Streitigkeit zu finden.

Manchmal treffen sich auch einzelne Mitglieder vom Ausschuss zu besonderen Besprechungen.

Empfehlung



Am Ende schreibt der Ausschuss eine Empfehlung an den Bundestag und den Bundes-Rat.

Darin stehen Vorschläge, wie die Streitigkeit beendet werden kann.

Der Ausschuss kann zum Beispiel Vorschläge für Änderungen am Gesetz machen.

Er kann auch vorschlagen, dass der Bundes-Rat den Gesetz-Vorschlag doch annehmen soll.

Und er kann auch vorschlagen, den Gesetz-Vorschlag aufzugeben.

Meistens versucht der Ausschuss, einen Mittel-Weg zwischen den verschiedenen Meinungen zu finden.



Was passiert mit der Empfehlung?

Der Ausschuss macht nur einen Vorschlag.

Der Bundestag und der Bundes-Rat müssen sich nicht daran halten.

Darum müssen sich der Bundestag und der Bundes-Rat noch einmal mit den Vorschlägen vom Ausschuss beschäftigen.

Und sie müssen noch mal darüber abstimmen.

Erst wenn sie hier zustimmen, wird aus dem Gesetz-Vorschlag ein Gesetz.

Ausschuss zum Thema Bürger-Geld

Letzte Woche war der Ausschuss häufiger in den Nachrichten.

Er hat sich mit einem wichtigen Gesetz-Vorschlag beschäftigt.

Und zwar zum Thema: Bürger-Geld.

Zu diesem Thema gab es im Oktober auch eine Ausgabe von „leicht erklärt“.

Und zwar Ausgabe Nummer 211.

Das war die Beilage von „Das Parlament 42/2022“.



Kurz zusammengefasst

Bundestag und Bundes-Rat machen zusammen Gesetze für Deutschland.

Manchmal sind sie sich dabei nicht einig.

Der Bundestag stimmt einem Gesetz zu.

Der Bundes-Rat will aber seine Zustimmung nicht geben. Oder er erhebt Einspruch.

Dann kann der Vermittlungs-Ausschuss helfen.

In diesem Ausschuss sitzen Politiker vom Bundestag und vom Bundes-Rat zusammen.

Sie sprechen über das neue Gesetz und geben dann eine Empfehlung.

Sie machen zum Beispiel Vorschläge für Änderungen.

Ihr Ziel ist:

Das Gesetz soll gerettet werden.

Es soll nicht an den Streitigkeiten zwischen Bundestag und Bundes-Rat scheitern.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom NachrichtenWerk der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Victoria Tucker

Titelbild: © Bundesrat/Sascha Radke. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 48/2022 Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Dezember 2022.